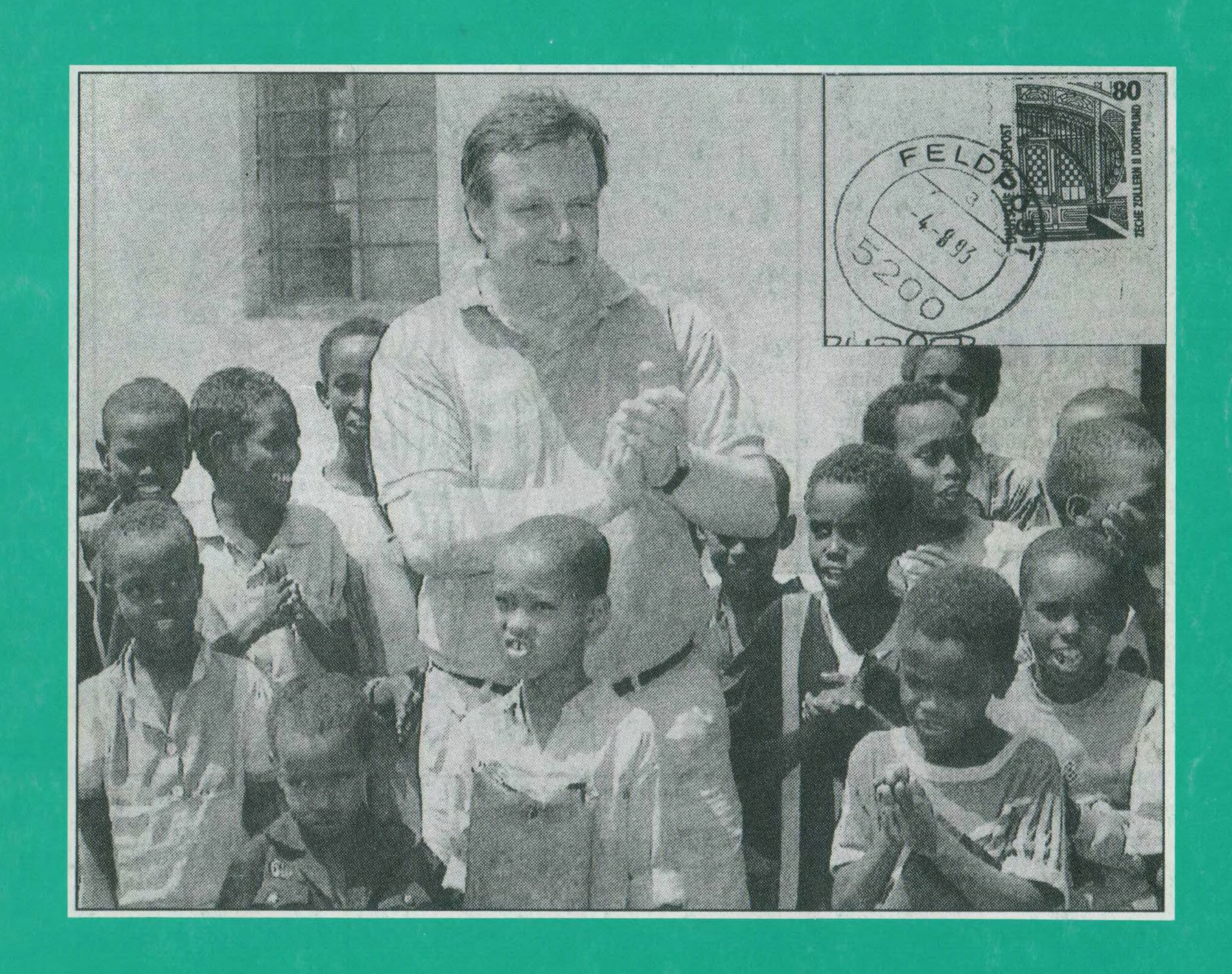
BAHAMAS

Nr. 11 Herbst 1993 6 DM
Zirkular der gruppe k

Kapitalistische Krise



militärische Intervention

Türcke-Debatte

Editorial

Es sollte der große Sieg von Marktwirtschaft und Demokratie sein: das "Ende der Geschichte" wurde verkündet. Die eine, friedliche, vom Kapitalismus durchdrungene Welt beflügelte die Phantasien. Schon vergessen? Das war 1989/90.

Die Linke in ihren diversen Abteilungen trug der herrschenden Meinung Rechnung. Geprügelt, ihrer Bezugspunkte beraubt, von allen guten Geistern verlassen, wurde sie anpassungswillig und opportunistisch. Sie schwenkte zunächst auf Marktwirtschaft ein: Daß es ohne Markt nicht geht, wurde zum gängigen Essential. Versteht sich, daß es auch weiterhin etwas zu bekämpfen gibt: die neoliberalen Markttheoretiker, die naturwüchsigen "Fehlentwicklungen" unbeherrschter Marktgesetze. Seither heißt es Zivilgesellschaft statt Sozialismus. Revolution ist out, Zivilisierung mega-in.

Damit ist auch der 89er Praxisschock überwunden. Diese Linke diskutiert um Bürgerbeteiligung und sorgt sich um die Zivilisation. Bedrohungen und Schrecken gelten nicht mehr als Produkt kapitalistischer Marktgesetzlichkeit und sie exekutierender Politik —beklagt wird nur noch ihr reales oder vermeintliches Zurückschlagen in die Metropolen. Also streiten diese Linken über Interventionen wie zuvor über den Markt: etwas Intervention, zivilere, humanitäre und kontrollierte. UNO, Weltpolizei und soziale Weltinnenpolitik sind die Vokabeln dafür.

Zugleich mobilisiert die Krise des Weltmarkts eine Neuauflage von Zusammenbruchsszenarien, für die Robert Kurz und seine Denkschule stehen. Die Diskussion um seinen krisentheoretischen Ansatz sowie um seine mehr und mehr realpolitisch gefärbten Schlußfolgerungen führen wir in dieser BAHAMAS mit einem Beitrag von Christian Schmidt fort.

Gerd Kuhnen und Holger Schlüter sehen wie Kurz das Ende des Spätkapitalismus voraus — anders als jener formulieren sie indes als Alternative nicht Barbarei oder Zivilisation, sondern: Kommunismus oder Barbarei. Ihre Thesen mögen Anlaß für eine kontroverse Fortführung der Debatte bieten.

Der "konkret"-Kongreß vom Juni ist zweimal Gegenstand der Kritik. Max Müntzel beschäftigt sich mit dem Beitrag Georg Fülberths zur Weltmacht Deutschland; dessen These, Deutschland sei es bereits, verfehle das Thema einer Kongreßdiskussion, die "Dritter Griff zur Weltmacht" lautete. In drei Artikeln dieses Heftes über die deutsche Politik in Somalia, Jugoslawien und Polen befassen wir uns mit den von Fülberth kritisierten "Phantasien" eines möglichen "Vierten Reiches".

Die "Türcke-Debatte" hat auch uns nicht kalt gelassen. Drei Beiträge setzen sich mit dem Türcke-Vortrag aus "konkret" 8/93 und den Reaktionen auseinander. Nur in Nuancen wird dabei die Kontroverse sichtbar, die in mündlichen Debatten der Redaktion hervortrat.

Berthold Brunner und Heiner Möller bewerten Türckes Ansatz als biologistisch und spitzen ihre Kritik auf seine theoretischen Voraussetzungen und politischen Implikationen zu, sehen einen bedenklichen "Anti-Antirassismus" und eine Identifikation mit der westlichen Zivilisation am Werk. Klaus Wehmeier betrachtet seinen Versuch, den Rassebegriff anders zu benutzen, als notwendig gescheitert, ist allerdings der Meinung, daß der Antirassismus einer Kritik unterzogen werden muß.

Man kann mit einigem Recht bezweifeln, daß die Debatte um den Türcke-Vortrag zu Klärungsprozessen in der Linken sehr viel Positives beitragen kann. Notwendig ist, den im Türcke-Streit aufgeworfenen Gegensatz auf den Begriff zu bringen: Hier der Versuch, den Antirassismus als politischen Ansatz theoretisch zu fundieren — dort das Anliegen, den Rassismus als Teil totaler Vergesellschaftung zu erklären. Auch mag die Frage fruchtbringend sein, ob Türcke und andere mit der kapitalistischen "One world" Elemente von Aufklärung und unzulässigem Fortschrittsoptimismus verbinden; die Gegenposition sieht in der Betonung der Feststellung, Kapitalverwertung unterwerfe alle Subjekte gleichmacherisch, eine wesentliche Voraussetzung für angemessene Analyse.

Das vorliegende Heft ist die vierte Ausgabe der BAHAMAS als Zeitschrift im offenen Verkauf. 1.000 Exemplare Auflage, 300 Abonnements sind ein bescheidenes Ergebnis der bisherigen Bemühungen. Neben weiteren AbonnentInnen benötigen wir dringend die Unterstützung durch Weitervertrieb und Verkauf. Im Oktober beraten wir über Zukunft und Konzeption unserer Publikation. Über dieses Treffen werden wir berichten.

Für das nächste Heft der BAHAMAS planen wir einen inhaltlichen Schwerpunkt zu Antisemitismus und Nationalismus in Deutschland, Europa und den nach-realsozialistischen Gesellschaften. Vorgesehen ist auch die Fortsetzung der Rassismus-Debatte. Erscheinungsdatum: Anfang Dezember. Redaktionsschluß: 3. November.

Hinweis zum Titelblatt: Erstmals seit 1945 wird wieder "Feldpost" verschickt — abgestempelt in Belet Huen; die Anknüpfung an deutsche und NS-Militärtradition ist demonstrativ.

Berichtigung zum letzten Heft/ S. 6: "Sinn und Form" existierte in der Weimarer Republik noch nicht, sondern wurde erst in der DDR gegründet. Danke für den Hinweis.

Impressum

Die "Bahamas" erscheint alle 2-3 Monate als Zirkular der Gruppe K.
Redaktion: Büro K, Karolinenstr. 21, Hs 2, 20357 Hamburg , Tel. 040/ 43 88 46
Preis: Einzelheft 6 DM (Nur Vorauskasse in Briefmarken oder auf unser Konto: Hamburger Sparkasse, BLZ 200 505 50, Kto. S. Roisch/K. Dreyer, Nr. 1228 / 122 386)
-Für 5 Hefte gibt es eines gratis dazu!-
V.i.S.d.P.: B. Schulz
Herstellung: Eigendruck im Selbstverlag
Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Bahamas

Auf die Bahamas wollte man uns im KB im April 1990 schicken, als wir die Kampagne "Nie wieder Deutschland" mittrugen. Seither haben sich innen- wie außenpolitisch, schneller als wir befürchteten, Konturen eines nationalistischen, rassistischen und expansiven Reichs herausgebildet. Die Analyse ökonomischer, politischer und gesellschaftlicher Tendenzen bei der Herausbildung der neuen deutschen Weltmacht ist uns ein wichtiges Vorhaben. Neben radikaler Deutschland-Kritik, der Erarbeitung antinationaler Positionen, sind weitere Themen und Anliegen: Kritik einer Linken, die ihre reformistische Massenpolitik unter veränderten Bedingungen unverändert fortsetzt; Kritik des "traditionellen Marxismus"; theoretische Aufarbeitungen zur Imperialismustheorie, zu Antisemitismus, Rassismus und linken Faschismustheorien. Das Ziel: zur Neuformierung einer nichtreformistischen, radikalen, antikapitalistischen, kommunistischen Linken beizutragen.

Die "Bahamas" werden von dem kleinen Zirkel Gruppe K herausgegeben. Wir bezeichnen sie bewußt als "Zirkular", um ihren provisorischen Charakter zu betonen. Wir wollen und können nicht von uns aus ein neues Zeitungsprojekt starten. Ein solches Projekt gemeinsam mit Personen, Gruppen und Zirkeln der antinationalen Linken zu erarbeiten, ist unser Wunsch. Vorläufig wünschen wir uns für die "Bahamas" Zusammenarbeit, Beiträge, Kritik und Diskussion von und mit Gruppen und Einzelnen, die unsere inhaltlichen Bezugspunkte der Diskussion wert erachten.

Inhalt

Kapitalistische Krise - Militärische Intervention

Außen- und Volkstumspolitik

Türcke-Debatte

Diskussion

Rezensionen

Abo

Hiermit bestelle ich .... Exemplare der *Bahamas* ab Nr. .... Das Abo gilt für je drei Ausgaben, verlängert sich automatisch und ist jederzeit schriftlich kündbar. Ich bitte um: Rechnungsstellung (2 DM mehr je Rechnung) / Ich zahle per Einzugsermächtigung (viel besser!)

Adresse:
Name:
Strasse:
Ort: (Neue PLZ!)

Hiermit ermächtige ich S. Roisch / K.Dreyer jeweils den Preis für drei Nummern der *Bahamas* (zur Zeit 18 DM) im Voraus von meinem Konto abzubuchen.

KontoinhaberIn:
Konto-Nr.: Bankleitzahl:
Bank:
Ort/Datum: Unterschrift:

Fronteinsatz Somalia

Nationaler Konsens und militärische Intervention

20.000 deutsche Soldaten stachen im Jahre 1900 mit Zielrichtung China in See, um gemeinsam mit den "Truppen der zivilisierten Welt" aus Frankreich, England, Italien u.a. einen Aufstand gegen die Aufteilung des chinesischen Reiches zu zerschlagen. Der "humanitäre" Einsatz richtete sich gegen die sogenannte Boxer-Bewegung, ein "räuberisches und mörderisches Gesindel", wie es damals in Deutschland hieß. Nachdem die deutschen Truppen mit Tamtam und Trara verabschiedet worden waren, ereilte sie eine Hiobsbotschaft auf hoher See: Vorzeitig war es dem internationalen Interventionskorps gelungen, auch ohne deutsche Hilfe Peking einzunehmen. Vom damaligen Kommandierenden des deutschen China-Korps, General von Lessel, wurde diese Mitteilung als "sehr schmerzlich" empfunden, hatten sich seine "jungen Krieger" die Feuertaufe in China doch geradezu ersehnt.

93 Jahre später wird dem deutschen Afrika-Korps in Somalia mehr Glück beschieden sein. Die von der Hardthöhe und dem Bundeskanzleramt so lang ersehnte "Feuertaufe" wird nicht lange auf sich warten lassen. Der Oberkommandierende, General Klaus Naumann, pflegt nicht umsonst mit jenen *"Verlusten"* zu prahlen, *"die zwangsläufig bei Unternehmungen wie in Somalia kommen werden. Diese Realität"*, so der Moltke-Verschnitt, sei *"eine betrübliche Gewißheit"*. In seinen Reden mobilisiert er bereits für den nationalistischen Tag X: Die Beerdigungsfeierlichkeiten, so Naumann, dürften *"bei uns nicht zum Streit führen"*. Sie sollten uns vielmehr *"in der Gemeinsamkeit von Trauer, Mitgefühl und Respekt einen."*

Entsprechend groß war die Erleichterung, als im August die US-Regierung die Dauer der Somalia-Intervention auf mindestens ein weiteres Jahr taxierte. Zuvor hatte Kohl seinen Kollegen in London, Rom und Paris telefonisch zugesichert, *"daß die Bundeswehr auch dann in Somalia bleibt, wenn sich die Lage in dem afrikanischen Land verschärfen sollte. 'Es wird keinen deutschen Rückzug geben.'"* (FAZ, 26.7.93)

Wurde die deutsche Armee nach Somalia gerufen? Selbstverständlich nicht, wie die Vorgeschichte der Truppenentsendung belegt.

Das ideologische Startsignal hatte Kanzlerberater Stürmer im November 1992 mit einem FAZ-Beitrag gegeben. Vorbei sei die Zeit, schrieb Stürmer, in der nur der Historiker mit *"Leidenschaft und Tragik, Krieg und Massentod"* konfrontiert sei. Begonnen habe *"wieder die Zeit der großen Stürme"*, in welcher *'Gleichungen entstehen, die nicht ohne tragischen Rest aufgehen"*, in der *"sich Kriege ereignen, die man nicht wegwünschen kann, und Bedrohungen, denen keine Eindämmung entgegensteht."* Nicht länger opportun sei eine *"Politik von Konsens, Kompromiß und Kompensation"* gegenüber Koalitionspartnern und Karlsruher Richtern, welche *"das verantwortungsvolle Entscheiden und Handeln"* nur beengen und erschweren würde.

Auf ein solches Signal hatte der Generalstab nur gewartet. In einem Brief des Führungsstabes der Streitkräfte an Volker Rühe vom 9.12.1992 hieß es:

"Unsere Situation im Zusammenhang mit der Beteiligung im Rahmen des Golf-Krieges sollte sich nicht wiederholen. Es kommt jetzt darauf an, durch die personelle Beteiligung Deutschlands an der Aktion der VN in Somalia ein deutliches Signal zu setzen und dabei verfassungsrechtliche Bedenken zurückzustellen." (siehe: Bundestagsprotokoll vom 2.7.93)

Die Konstruktion einer "Verpflichtung" zum Einsatz

Gesagt, getan. Eine Woche später kündigte der Bundeskanzler an, daß die BRD bis zu 1.500 Soldaten *"in schon befriedete Gebiete Somalias entsenden (werde), um die Verteilung von Hilfsgütern für die vom Hungertod bedrohte Bevölkerung zu organisieren."* (FAZ, 18.12.92) Als die USA ihre großangelegte Operation "Restore Hope" in Szene setzten, war freilich das Problem der Verteilung von Hilfsgütern in Somalia bereits weitgehend entschärft. *"Die Zahlen von 95 Prozent Unterernährung und 80 Prozent geplünderter Nahrungslieferungen sind seit Monaten überholt,"* hatte damals die renommierte Hilfsorganisation "Medecins Sans Frontieres" erklärt. Sie würden *"benutzt, um die Ankunft der Truppen zu rechtfertigen."* Als im Januar 1993 UN-Generalsekretär Boutros-Ghali in Bonn weilte, sprach er mit Blick auf Somalia *"nur von deutschen 'Polizisten', deren Entsendung er wünsche. Damit hielt er seine Forderung jenseits des deutschen Streits über das Grundgesetz,"* kommentierte am 13.1.93 die FAZ. Erst in den Wochen darauf, so der SPD-Politiker Klose, habe dann *"die Bundesregierung den Generalsekretär davon überzeugen können, daß aus politischen Gründen ein Bundeswehreinsatz nötig sei, für den dann mühsam ein vernünftiger Auftrag definiert wurde."* (Bundestagsdebatte vom 2.7.93) Welche Pirouetten hierbei gedreht wurden, dokumentiert ein Vermerk des Auswärtigen Amts vom 30.3.93. Man habe vor Ort feststellen müssen, hieß es dort, *"daß für eine bloße Verteilung der Hilfsgüter durch den angebotenen verstärkten Verband (1.500 Mann) kein Bedarf mehr besteht ... Angesichts der bestehenden Schwierigkeiten, geeignete Aufgaben für das angebotene Bataillon zu finden, erscheint es notwendig, unser Angebot innerhalb der verfassungsrechtlichen Grenzen an die gegebenen Umstände anzupassen ... Das VN-Sekretariat scheint ... aus politischen Gründen bereit zu sein,... unser Angebot trotz praktischer Schwierigkeiten zu berücksichtigen."* (zitiert lt. BT-Protokoll vom 2.7.93)

Im April beschloß das Bundeskabinett einen Einsatzbefehl, der mit der Ankündigung von Dezember nichts mehr gemein hatte: An die Stelle der Verteilung von Hilfsgütern gegen den Hunger trat nunmehr die Lieferung von Kriegsgütern (Munition und Treibstoff etc.) für UN-Einsätze gegen die somalischen "Banden".

Eine noch schwerwiegendere Ausweitung erfuhr der Kampfauftrag der deutschen Truppen mit den Ende Juni 1993 von der Bundesregierung verabschiedeten *"rules of engagement"*. In ihnen wurde die *"Selbstschutzkomponente"* der Bundeswehr nicht länger auf die Selbstverteidigung der Soldaten beschränkt, sondern auf die *"Verteidigung des Lebens von Personen und Einrichtungen, die unter dem Schutz der UNO stehen, gegen feindliche Aktionen oder feindliche Intentionen"* ausgeweitet. Dieser Truppenauftrag erlaubt eine Kolonialkriegsführung reinsten Wassers, bei welcher schon die vermeintliche Absicht von Somalis, Mehl zu klauen, deren Erschießung rechtfertigt.

Das deutsche Kriegsgebaren wird in erster Linie um seiner selbst willen praktiziert: als Selbstbekräftigung, wieder normal zu sein (General Bernhardt: *'Wir sind wieder in der Familie'*), als Einstieg in die weltweite Interventionspolitik (Breuer, CDU: *"Die Zukunft der Bundeswehr hat begonnen!"*) und als ein Massentherapeutikum, welches das "Golfkriegstrauma" überwindet und den *"Geist von Belet Huen"* (so Volker Rühe) an seine Stelle setzt.

Daß in Somalia auch langfristige Interessen auf dem Spiel stehen, zeigt der Blick in den Weltatlas. Hierbei "ist zunächst zu sehen", schreibt die "Europäische Sicherheit", *"daß das am Horn von Afrika liegende Somalia durch seine Lage am Golf von Aden und der damit verbundenen Kontrolle der wichtigsten Erdöltransport-Route der Welt eine bedeutende strategische Position hat. Es ist aber auch ein Sprungbrett für Interventionen in Nordafrika, im Mittleren Osten, im Mittelmeer und im Indischen Ozean."* Daß insofern weniger die Situation der Somalis als vielmehr die "nationalen Interessen" der hier engagierten Imperialismen eine "gewichtige Rolle" spielen, wird im Zentralorgan des deutschen Militarismus also gar nicht erst verschwiegen.

"Neue Weltordnung" und neuer Kolonialismus

Dem Stellenwert Somalias für den Weltimperialismus entspricht der Charakter der dort tobenden Auseinandersetzung, in welcher sich alle Kennzeichen einer militanten Kolonialherrschaft mit den Accessoires der "neuen Weltordnung" zu vermischen scheinen. Auf der einen Seite beinahe täglich Demonstrationen gegen die UN-Besatzer in Mogadiscio und unzählige Barrikaden. *"Die Bodenpatrouillen"*, schreibt der "Spiegel", *"wagen sich wegen der Heckenschützen kaum noch auf die Straßen. Und die wenigen Panzer, die zu sehen sind, fahren mit einem derartigen Tempo durch die Stadt, daß Passanten und spielende Kinder oft nur mit Mühe zur Seite springen können."* Auf der anderen Seite MP-Salven von "Blauhelmen", die auch mal in Menschenansammlungen gejagt werden, US-Raketen, die auch mal ein Krankenhaus demolieren und UN-Soldaten, die auch mal auf "Trophäenjagd" gehen. Von belgischen UN-Soldaten wird berichtet, daß sie Somalis in von Krokodilen bewohnte Gewässer getrieben, mit Elektroschocks mißhandelt und *"in mindestens dreißig Fällen vorsätzlich schwer verletzt oder getötet haben."* (FAZ, 27.8.93) Soldaten, die auf jene "gute alte Art" den Somalis eine Lektion über westeuropäische "Zivilität" erteilen, genießen Immunität: Verjagt und verlacht wurde bisher, wer mit schwarzer Hautfarbe eine Beschwerde über die selbsternannten Helfer bei UN-Stellen vorzubringen sich erkühnt hatte.

Einsatzregeln der Bundeswehr für Somalia

1. Die *German Composite Force Somalia (GerComForSom)* darf innerhalb ihrer Ausführungsbestimmungen Gewalt anwenden, den Waffengebrauch eingeschlossen: zur Selbstverteidigung, zur Verteidigung des Lebens von Personen und Einrichtungen, die unter dem Schutz der UNO stehen, gegen feindliche Aktionen oder feindliche Intentionen.
2. Warnungen: Wenn möglich, muß eine Warnung abgegeben werden, bevor das Feuer eröffnet wird. (...)
3. Prinzipien zur Gewaltanwendung: Wenn die Anwendung von Gewalt nötig wird, gelten folgende Regeln: Handlungen, von denen angenommen wird, daß sie exzessive Begleitschäden verursachen, sind untersagt. Racheakte sind verboten. Zu jeder Zeit ist minimale Gewalt anzuwenden.
4. Besondere Regeln: Wenn GerComForSom von unbewaffneten feindlichen Elementen, Menschenansammlungen und/oder Randalierern angegriffen oder bedroht werden, sind sie befugt, angemessen minimale Gewalt anzuwenden, um die Angriffe oder Drohungen abzuwehren. GerComForSom dürfen auch die folgenden Prozeduren anwenden: verbale Warnungen an Demonstranten, Machtaufgebot und Warnschüsse.

Nicht überwachte Gewaltmittel, Tretminen, Minen und Fallen, sind nicht autorisiert.

Personen, die tödliche Gewalt gegen GerComForSom, Materialien, Verteilungszentren oder Konvois anwenden oder androhen, dürfen festgehalten werden. Festgehaltene Personen werden so bald wie möglich der Militärpolizei übergeben.

5. Die folgenden Definitionen gelten:

"Selbstverteidigung": Handeln, um sich selbst oder seine Einheit gegen einen feindlichen Akt oder feindliche Intention zu schützen.

"Feindlicher Akt": Anwendung von Gewalt gegen UNOSOM-Personal oder unverzichtbares UNOSOM-Eigentum oder gegen Personen in einem Gebiet unter UNOSOM-Verantwortung.

"Feindliche Intention": die Drohung unmittelbarer Anwendung von Gewalt gegen UNOSOM-Kräfte oder andere Personen in den von UNOSOM kontrollierten Gebieten.

"Minimale Gewalt": der minimale autorisierte Grad von Gewalt, der unter den gegebenen Bedingungen notwendig, vernünftig und rechtmäßig ist.

(Quelle: taz, 1.7.1993)

Das erklärte Ziel des Krieges ist nach Verlautbarung der US-Regierung die Kontrolle über das gesamte Land sowie die Etablierung einer den USA wohlgesonnenen Regierung und Miliz. Der Charakter der US-amerikanischen Kriegsführung erinnert an die "Nixon-Doktrin" der sechziger Jahre. Nixon hatte in der Schlußphase des Vietnamkriegs, um GIs zu schonen und die Medien zu besänftigen, den Süd-Vietnamesen die Kriegsführung gegen Hanoi überlassen. Letztere wurden von US-Ausbildern, den "Green Berets" zu diesem Behufe bewaffnet, verhetzt und angeleitet. Die Vernetzung von US- und UN-Politik scheint eine neue Ausprägung der Nixon-Doktrin möglich zu machen. In Somalia sind es vorwiegend UN-Soldaten aus Pakistan, Botswana und Indien, die unter Anleitung US-amerikanischer Kommandostäbe die Drecksarbeit zu erledigen haben. Auch die Ausbildung somalischer Kriegsverbände könnte zum Programm der USA gehören. Wie die US-Zeitschrift "Workers World" berichtet, wurden kürzlich einige der in Somalia verwundeten Soldaten als Mitglieder von "Green Beret"-Einheiten identifiziert.

Für die westlichen Großmächte geht es in diesem Krieg zugleich um die Neuaufteilung von Einflußsphären in einer strategisch hochbedeutsamen Region. Schon in den ersten Tagen der Somalia-Operation wurde von lautstarken Wortgefechten zwischen französischen und US-amerikanischen Truppenführern in Somalia berichtet. Offen zugespitzt hatten sich die Widersprüche zwischen der ehemaligen Kolonialmacht Italien und dem US-geführten UN-Kommando. Als im Juli drei italienische Soldaten getötet und 30 verwundet worden waren, hatte der italienische Kommandeur auf eigene Faust, so die FAZ, *"unbegrenzten Schießbefehl ohne Rücksicht auf Zivilisten erteilt."* Zugleich wurde von Rom aus der konfrontative US-Kurs kritisiert.

Die Bundesrepublik hatte sich von Anfang an geweigert, ihre Truppen den Vereinten Nationen zu unterstellen. Die Führung der über 1.700 Bundeswehrsoldaten erfolgt durch einen Einsatzstab der Hardthöhe. Selbstverständlich ist Deutschland nicht nur an der Analyse der Befriedungsaktionen "aktiv beteiligt", wie Volker Rühe erklärt. Mit neun Bundeswehroffizieren im UN-Stab ist Deutschland für die Politik der Besatzertruppen zugleich mitverantwortlich. Das Gewicht der deutschen Stim-

me, so Rühe, wachse *"mit jeder Einheit, die hier eintrifft."* Nachdem die deutsche Parade gegen alle inneren und äußeren Widrigkeiten so mühevoll durchgesetzt wurde, will man nicht nur einen Platz an der afrikanischen Sonne ergattern, sondern zugleich eine neue Machtposition bei der Ausgestaltung der "Neuen Weltordnung". Bereits im März 1993 hatte Außenminister Kinkel in einer Grundsatzrede als "Deutschlands Hauptinteresse" nicht die UN-Konsolidierung, sondern die *"Stärkung seiner politischen und wirtschaftlichen Stellung in der westlichen Völkerfamilie und der von ihr geschaffenen freien Weltwirtschaftsordnung"* herausgestellt.

"Ein ganzes Volk muß gerettet werden"

Der nationalen Interessenpolitik in Somalia entspricht eine darauf zugespitzte Berichterstattung in den Medien. Die "Frankfurter Allgemeine" hatte die besonderen Kennzeichen unseres "Mannes von Belet Huen" besonders prägnant herausgearbeitet: *"Schlank ist er, durchtrainiert, kräftig, von athletischer Figur... aber ein Vergleich mit dem französischen Fremdenlegionär oder dem amerikanischen Marineinfanteristen führt in die Irre. Unser Mann in Belet Huen ähnelt diesen Soldaten allenfalls im Erscheinungsbild. Ansonsten unterscheidet ihn viel, die Herkunft wie die Ausbildung, die vom Leitbild des Bürgers in Uniform geprägt ist."* Apropos "Herkunft": da, so Rühe, *"kein Grund (bestehe), im internationalen Büßergewand aufzutreten"*, wurde dem Verbindungsbüro der Deutschen in Mogadiscio prompt die Bezeichnung *"Wolfsschanze"* beigegeben ("Spiegel" 30/93). Daß dementsprechend auch beim Blutvergießen erst dann ein Aufhebens gemacht wird, wenn es deutsches Blut ist, das da fließt, versteht sich von selbst. Zwar sei, erklärte Oberst Helmut Harff, auf dem Weg nach Belet Huen der deutsche Konvoi von Somalis angeschossen worden, doch sei dabei "kein deutscher Soldat" verletzt worden. Daß es stattdessen die für den Schutz der Deutschen bestellten UN-Soldaten aus Zimbabwe und Ägypten waren, die angeschossen wurden, hatte hierzulande niemanden interessiert.

Auffällig auch die Mischung aus Rambo-Konzeption und Liebe zum somalischen Volk: Unter den Überschriften *"In Somalia zu zaghaft"* und *"Mehr Druck in Somalia"* hatte die FAZ schon im Dezember 1992 die Zurückhaltung der US-Marines kritisiert: Die Amerikaner müßten, um in Somalia Ordnung zu schaffen, *"jetzt Härte zeigen und das Land möglichst rasch durchkämmen."* Falls dies nicht reicht, sind für einen FAZ-Kommentator andere Möglichkeiten vielleicht nicht empfehlenswert, aber doch zumindest denkbar: *"Mogadiscio oder was davon noch steht, kann man flach machen und von seinen Bewohnern evakuieren."* (FAZ, 10.8.93) Die Kehrseite jener mentalen Aggressivität ist — ebenfalls recht typisch — der Schmalz. *"Es geht bei dem Ganzen um das somalische Volk, ein eindrucksvolles, unendlich sympathisches Volk,"* erklärte ein CDU/CSU-Mann dem deutschen Bundestag und Volker Rühe rief aus: *"Ein ganzes Volk mußte gerettet werden."* Aber so ist es nun einmal. Je herziger "das Volk", desto gnadenloser die Abrechnung mit dem "Volksfeind", und vermag dieser auch noch so viele Anhänger zu mobilisieren.

General Naumann kann zufrieden sein: Je deutlicher der militärische Charakter der Somalia-Intervention, desto größer die Zustimmung in der BRD. Längst ist vergessen, daß ein Mann namens Engholm den Entsendebeschluß einst als "Bruch der Verfassung" gegeißelt und ein Sprecher von Bündnis 90/Die Grünen von einem "Putschversuch" gesprochen hatte. Heute wird von den Bonner Fraktionen jener Parteien der Einsatz wegen Formfehler noch ein wenig gerügt, in der Sache aber längst unterstützt. Hierbei halten sich Überzeugung und Opportunismus die Waage, hat doch inzwischen erneut "der deutsche Frontsoldat" die politische Bühne betreten. In jeder zweiten Rede der Somalia-Debatten des Bundestages kam er vor — ihm galt der Stolz, ihm werde "im Namen aller Deutschen" gedankt, ihm wünsche man "im Namen der SPD" bei der Erledigung seines Auftrags viel Erfolg. Und welche Kritik an der SPD könnte vernichtender sein als die von der kämpfenden Truppe? "Die größte Gefahr", erklärte verbittert ein Offizier, "kommt aus der Heimat." *"Die Soldaten hat es befremdet"*, rief auch Volker Rühe empört in Richtung SPD, *"daß Sie mitten in einem Einsatz vor das Bundesverfassungsgericht gezogen sind."*

Bei derartigen Tönen ist der nationale Reflex der Sozialdemokratie vorgezeichnet. Der Vorwurf, das Vaterland in der Stunde der Not im Stich zu lassen, zielt auf eine nie verheilte Wunde, die die SPD seit der "Dolchstoßlegende" von 1918 mit sich herumschleppt und die bei der geringsten Berührung wieder zu schwären beginnt. Keine Chance also für den SPD-Fraktionschef, der im Bundestag noch mit einem Spagat (*"Den Streit mit der Bundesregierung werden wir fortsetzen, den deutschen Soldaten in Somalia aber wünschen wir Glück und Erfolg ..."*) glaubte, über die Runden kommen zu können. So nicht, erwiderte der Kriegsminister. Auch in anderen Ländern habe es immer eine Debatte über die Einsätze der eigenen Soldaten gegeben. *"Aber wenn dann entschieden ist, dann sagen alle Abgeordneten der Opposition in den USA, in Großbritannien und in Frankreich: Jetzt stehen wir hinter diesem Einsatz; jetzt kritisieren wir diesen Einsatz nicht mehr! Das wäre ein wirklicher Einsatz im Sinne der Soldaten. (Anhaltender Beifall)"*

Die Identifizierung mit dem todesmutigen Soldaten bringt es mit sich, daß der Vorwurf der "Feigheit" zum Politikum wird. "Wir sind keine Drückeberger!", so die Selbstversicherung eines Klaus Kinkel. "Wollen wir als feige Pfeffersäcke abseits stehen?" fragt rhetorisch der CDU/CSU-Abgeordnete Glos, die Krämer- gegen die Kriegernation ausspielend: *"Sind wir in der Welt irgendwo nur gerufen, wenn es Geld zu verdienen gibt?"*

"Soll Afrika wieder kolonialisiert werden?"

Selbstverständlich hat es Demonstrationen gegen die Entsendung deutscher Truppen nach Somalia gegeben. Zu Protestaktionen in der nordsomalischen Stadt Hargeisa war es bereits im Februar in der Erwartung der Ankunft deutscher Soldaten gekommen, wie die "Süddeutsche Zeitung" berichtete. *"Rund 2.000 mutmaßliche Anhänger des somalischen Rebellenchefs Mohamed Fahrad Aidid haben am Mittwoch in Mogadischu gegen die Beteiligung deutscher Soldaten am UN-Einsatz demonstriert"*, hieß es vier Monate später erneut in der SZ.

In der deutschen Öffentlichkeit hatte es gegen die Entsendung der Soldaten, von Widerstand ganz zu schweigen, nicht einmal Proteste gegeben. Die Kritiker des Einsatzes hatten in der Mehrzahl entweder national argumentiert wie etwa Konrad Weiß (*"Kein deutscher Soldat darf sich dafür hergeben"*), Ex-General Schmückle (*"deutsche Knechtseligkeit"*) oder Peter Glotz, der den Kampf um einen deutschen Sitz im UN-Sicherheitsrat gefährdet sah, weil die ärmeren Länder in den Vereinten Nationen den Deutschen die Teilhabe am Kolonialkrieg verübeln könnten. Oder aber der Einsatz wurde nur aufgrund mangelnder formaler Voraussetzungen kritisiert.

Derlei kritische Anmerkungen, als Pflichtübung formuliert und vorgetragen, sind realiter ein Bestandteil des neudeut-

schen, linksliberalen Common sense, welcher umfaßt:

a. die Überzeugung, daß in den Händen der Vereinten Nationen die Zukunft der Menschheit wohl noch am besten aufgehoben ist. Die neuentdeckte Liebe zu den UN steht in einem zeitlichen und sachlichen Zusammenhang mit deren Rolle als Hilfs- und Exekutivorgan des inzwischen allmächtigen Imperialismus. Solange die Sowjetunion als der Gegenspieler des Imperialismus noch eine konsensuale Politik der Vereinten Nationen hatte erzwingen können, war der Kurswert jener Organisationen demgegenüber vergleichsweise gering. Ganz offenkundig steckt also hinter der Orientierung auf die Vereinten Nationen die Identifikation mit den Mächten, die diese neuerdings beherrschen.

b. die Überzeugung, daß die in Abhängigkeit gehaltenen Bevölkerungsgruppen, zumal in Afrika, sich gegenseitig massakrieren, falls nicht der Westen auch dort für "humanitäre" Verhältnisse sorgt. Die "Woche" etwa lag diesbezüglich mit der Organisierung einer Debatte unter der (ernstgemeinten) Fragestellung: *"Soll Afrika wieder kolonialisiert werden?"* im Trend.

Die Operation "Restore Hope" hatte nicht nur diejenigen bestärkt, die von einem "humanitären" Imperialismus träumen, sie war zugleich geeignet, das schlechte Gewissen zu beruhigen, das den hiesigen Spießer beim Anblick verhungernder schwarzer Kinder zu überfallen pflegt. Die Aktion scheint zu bestätigen, daß die eigene Stärke das Beste für alle ist. (Inzwischen ist die Fiktion von der "humanitären Mission" zwar geplatzt. Daraus folgt aber weniger die Abkehr von der Hoffnung auf die Vereinten Nationen oder die Gegnerschaft zur deutschen Truppenentsendung, als vielmehr die Überzeugung, Deutschland werde auch in Afrika den "Rambos" der USA mit dem besseren Konzept entgegentreten.)

Linker Widerstand fehlt — fünf Thesen

Jenem nationalen Konsens entgegenzutreten, tut sich bisher auch die antikapitalistische und antinationale Linke schwer. Eine Berliner Antimil-Gruppe hatte immerhin versucht, für den Tag S (Entsendung des Hauptkontingents) eine Demo vorzubereiten. Wenn der Aufruf aber davon spricht, daß die BRD sich heute *"als Juniorpartner der USA"* ein militärisches Instrumentarium zulegen müsse, wird das in den achtziger Jahren schon falsche Weltbild der Friedensbewegung (Deutschland am Gängelband der USA) nur reproduziert. Das Hamburger "Komitee gegen den imperialistischen Krieg" war — als vermutlich einzige fortschrittliche Kraft dieser Stadt — bereits am 12.6.93, unmittelbar nach den ersten massiven US-Bombardements gegen Stadtteile in Mogadiscio, mit einem Protestflugblatt auf dem Markt. Am Schluß jener Erklärung wurde die deutsche Somalia-Politik in (immerhin) drei Sätzen erwähnt. Aber auch hier war man dem alten Muster (*"Nieder mit den USA"* — so die Flugblattüberschrift) treu geblieben, ohne zu reflektieren, daß für die Linke einer inzwischen expansiv agierenden Großmacht der Hauptfeind nur im eigenen Land stehen kann. In dem Flugblattentwurf eines "Hamburger Bündnisses gegen Militäreinsätze" wird mehr Sand in die Augen gestreut als Klarheit geschaffen, wenn es heißt, die Bundesregierung wolle mit ihrem Somalia-Einsatz *"vor allem ihrem Ziel, dem ständigen Sitz im Sicherheitsrat, näher kommen."* Wer so die deutsche Militärpolitik von ihrem sozialen Gehalt und die Konkurrenz um die Neuaufteilung der Welt abzukoppeln sucht, muß ganz zwangsläufig, wie jener Aufrufentwurf, bei einer einfältigen Enttäuschung darüber landen, daß "nach Beendigung des Ost-West-Konflikts" der deutsche Rüstungshaushalt immer noch nicht reduziert und trotz erhoffter "Friedensdividende" immer noch keine Gelder in den Sozialbereich transferiert worden seien.

Die Kritik an derartigen Positionen ist freilich einfacher zu entwickeln als der eigenständige, in sich stimmige Standpunkt. Um die Diskussion hierüber zu befördern, seien abschließend einige Thesen formuliert:

1. Die Bilanz von 100 Jahren Imperialismus verbietet jede positive Bezugnahme auf Weltmarkt und Bourgeoisie. Die im "Kommunistischen Manifest" formulierte Hoffnung, die Weltmarkt-Expansion werde *"durch die rasche Verbesserung aller Produktionsinstrumente ... alle, auch die barbarischsten Nationen in die Zivilisation"* reißen, hat sich erledigt. Sie hat statt dessen auch die zivilisiertesten Nationen in die Barbarei gerissen und damit erwiesen, daß Barbarei der Zivilisation nicht gegenübersteht, sondern aus ihr folgt.

2. Der Versuch, Somalia imperialistisch zu "zivilisieren", gehört ebenso wie die deutsche Mitwirkung hieran bekämpft. Die Interventionspolitik unterstützt objektiv, wer hiergegen nicht Partei bezieht.

3. Es gibt keinen Grund, Aidid zu einem antiimperialistischen oder gar antideutschen Vorkämpfer zu stilisieren. Eher scheint es gerechtfertigt, ihn mit Hussein aus dem Irak und Noriega aus Panama in eine Reihe zu stellen. Jene sind aber nicht die Gegenspieler des Imperialismus, sondern dessen Ziehkinder. Durch die Kriegsführung der Großmächte wird jenen kleinen Diktatoren nicht das Ende, sondern nur der Boden bereitet.

4. Dennoch halte ich es für notwendig, anzuerkennen, daß Widerstandsaktionen gegen deutsche oder sonstige UN-Soldaten in Somalia gerechtfertigt sind — und zwar unabhängig davon, ob es mit den Trägern derartiger Aktionen eine politische Übereinstimmung gibt oder nicht. Denn auch dann, wenn das Antlitz dieser Kräfte verzerrt und ihr Anliegen rückständig ist, darf dies kein Alibi sein, die Somalia-Politik des Imperialismus zu akzeptieren oder zu ignorieren, daß die Politik der Ausbeutung und Ausblutung auch den Charakter der gegen sie gerichteten Opposition mitprägt. Für eine Idealisierung jener Widerstandsbewegungen besteht freilich ebensowenig ein Grund. Unter den gegenwärtigen Bedingungen kann die Forderung nach Abzug aller Besatzungsmächte nicht mehr beinhalten, als daß das besondere Gewaltverhältnis einer bewaffneten Intervention beendet und auf das alltägliche Gewaltverhältnis des Weltmarkts zurückgeführt wird.

5. Mit dem Somalia-Einsatz beginnt für den BRD-Imperialismus und damit zwangsläufig auch für dessen Gegnerinnen und Gegner eine neue Etappe. Der Einsatz deutscher Soldaten in kriegerischen Auseinandersetzungen verändert auch die innenpolitische Situation. Der chauvinistischen Euphorie in Wort und Tat entgegenzuhalten, daß nur die möglichst rasche Niederlage der deutschen Truppen dem humanitären Anliegen nützt, wird nicht lange durchzuhalten sein, wenn es bei der gegenwärtigen Vereinzelung der antinationalen Linken bleibt. Für die ersten deutschen Kriegstoten sind die Trauerheuchelfeiern schon konzipiert. Wie steht es um die Vorbereitungen, sie zu stören?

Max Müntzel

Quellen: Zeit, 6.8.93; taz, 21.7.93; konkret 8/93; FAZ, 5.11.92; FAZ, 18.12.92; FAZ, 19.3.93; Europäische Sicherheit 3/93; Kommune 6/93; SZ, 27.7.93; Spiegel 30/93; FAZ, 18.5.93; "Workers World", 19.8.93; FAZ, 15.12.92; FAZ, 21.12.92; FAZ, 10.8.93; FAZ, 21.7.93; SZ, 22.7.93;

D-Mark, D-Mark über alles

Gesellenstück beim Zusammenbruch des EWS

Am 1. August wurde das Europäische Währungssystem (EWS) faktisch aufgelöst. Die Bandbreite, in der die europäischen Währungen gegeneinander im Wert schwanken dürfen, war von 2,25 % auf 15 % erweitert worden. Damit konnte der Spekulationsdruck von den europäischen Finanz- und Devisenmärkten genommen werden. Schwächeren Währungen wie dem Franc oder der Peseta ist damit die Abwertung ermöglicht worden, mittelfristig können nun je nach wirtschaftspolitischer Zielrichtung auch die nationalen Leitzinsen gesenkt werden.

Das bisherige Währungssystem basierte darauf, daß alle Währungen der EG-Staaten (bis auf Griechenland) in einem relativ festen Austauschverhältnis zueinander standen. Von einem formalen Blickwinkel aus betrachtet, befanden sich alle Währungen in einem gleichrangigen Verhältnis, weil jede an den Wert aller anderen gekoppelt war. De facto war jedoch die DM die dominierende Leitwährung. Hinter der DM steht nicht nur die stärkste Wirtschaft in West-Europa, auch die Anti-Inflationspolitik der Bundesbank machte sie zur langfristig stabilsten Währung in Europa. Die Folge war, daß die DM an den Finanzmärkten nie abgewertet werden konnte. Durch den engen Schwankungsspielraum war für alle Teilnehmer am EWS die Verpflichtung geschaffen, sich dem hohen Kurs der DM anzupassen. Das konnten die Notenbanken der anderen Staaten in der Regel nur durch noch höhere Leitzinsen als in der BRD gewährleisten.

Dieses Währungssystem brach zusammen, weil die Bundesbank auf Grund der steigenden Staatsverschuldung die Leitzinsen immer weiter erhöhte (bzw. nicht senkte), um ein Ansteigen der bundesdeutschen Inflation zu verhindern, und West-Europa Anfang der 90er Jahre in eine Rezession schlitterte. Großbritannien und Italien verließen daraufhin bald das EWS. In Frankreich gab es auf Grund der Stabilitätspolitik keine Inflation und die Staatsverschuldung war gering, aber die Wirtschaftstätigkeit lag am Boden. Insbesondere die Arbeitslosenzahlen stehen auf einem Höchststand. Um die französische Wirtschaft ankurbeln zu können, hätten auch die von der Bundesbank hochgetriebenen Zinsen deutlich gesenkt werden müssen, das Ausscheren aus den engen EWS-Bandbreiten wurde damit notwendig.

Die europäischen Finanzminister und Notenbankchefs hatten am 1. August mehrere Optionen, der Krise zu begegnen: eine Abwertung der schwächeren Währungen incl. des Franc und der Peseta, eine Aufwertung der DM, die Herausnahme des Franc oder der DM aus dem EWS oder die sofortige Herstellung einer europäischen Währungsunion. Weil keine der jeweiligen Optionen eine qualifizierte Mehrheit unter den versammelten Abordnungen fand, einigte man sich auf den kleinsten gemeinsamen Nenner, das EWS quasi außer Kraft zu setzen. Dies geschah natürlich nicht ohne die Absichtserklärung, das alte Währungssystem alsbald wieder einzuführen. Übrig blieb nur ein DM-Block aus den Niederlanden, Österreich, der Schweiz und der BRD, wobei sich Belgien und Luxemburg sowie Dänemark nach einer Übergangsphase wieder dem DM-Diktat unterwerfen wollen.

Konkurrenz und Renationalisierung seit 1989

Seitdem das EWS 1979 maßgeblich von Frankreich und der BRD ins Leben gerufen wurde, waren dessen Struktur, die beabsichtigte Währungsunion sowie die EG als Ganzes immer auch Ausdruck jeweils spezifischer nationaler Interessen und Gegensätze. Frankreich hatte sich nach dem 2. Weltkrieg zum Ziel gesetzt, den ökonomisch stärkeren deutschen Nachbarn durch wirtschaftliche Integration in West-Europa einzubinden. Das EWS und die Währungsunion sollten aus französischer Sicht letztlich dazu dienen, in einer europäischen Zentralbank mehr als heute die europäische Finanz- und Wirtschaftspolitik mitzubestimmen.

Für die BRD war die sich ständig vertiefende Europäische Wirtschaftsgemeinschaft insoweit von Vorteil, als daß es leichter wurde, die westeuropäischen Nachbarn ökonomisch zu durchdringen. Ebenso war die BRD auf Grund der Stärke der DM maßgeblich in der Lage, die Wirtschaftspolitik und -zyklen in West-Europa zu beeinflussen. In den letzten Jahren drang die BRD im Gegensatz zu anderen Ländern immer stärker auf die Verwirklichung einer politischen Union, um damit ihren ökonomischen Einfluß auch direkt politisch umsetzen zu können. Großbritannien, als drittes einflußreiches Land, wählte im Gegensatz zu Frankreich traditionell eine andere Strategie, um sich mit dem deutschen Imperialismus auseinanderzusetzen: Das britische Establishment war immer darauf bedacht, nur soviel von seiner Unabhängigkeit abzugeben, wie gerade nötig war, um sich nicht von der jeweiligen wirtschaftlichen Entwicklung in Europa abzukoppeln. Deshalb trat man erst 1990 dem EWS bei, und verließ dieses bereits in der ersten Krise 1992 wieder. Die Währungsunion wird heute von britischer Seite solange für tot erklärt, bis sich die Wirtschaftskraft in allen west-europäischen Ländern angeglichen habe.

Der jetzige Zusammenbruch des EWS ist nur der vorerst letzte und einschneidendste Ausdruck davon, daß sich das Kräfteparallelogramm innerhalb der EG seit 1989 maßgeblich verschoben hat. Seinen Anfang nahm die Entwicklung 1990 mit der politisch motivierten Entscheidung der Bundesregierung, einen schnellen Anschluß der DDR durch die BRD mittels einer deutsch-deutschen Währungsunion und einem 1:1-Umtauschverhältnis von Mark:DM durchzusetzen. Nachdem dieser neue Kurs in der Bundesbank durchgesetzt war (ihr Chef Pöhl trat daraufhin zurück), wurde in der Folge die Hochzinspolitik betrieben, um sowohl die BRD-Staatsverschuldung als auch die Inflation zu bremsen. Die westeuropäischen Staaten zahlten derweil für die "deutsche Wiedervereinigung" mit hohen Zinsen und einer Verschärfung der Rezession. Diese Renationalisierung bundesdeutscher Währungspolitik setzte sich auf der politischen Bühne im Zusammenhang mit ihrer Jugoslawienpolitik gegen alle anderen EG-Mitglieder fort und zeigt sich gegenwärtig darin, den Zusammenbruch des EWS nicht verhindert zu haben. Mit dem quasi-Aussetzen des EWS wurde die Bundesbank auch von der Verpflichtung zu Stützungskäufen entbunden.

Das jetzige Währungssystem mit größeren Schwankungsbreiten hat kaum Nachteile für die BRD: Die DM bleibt an den europäischen Devisenmärkten weiterhin die dominante Währung und setzt die Bedingungen und die Geschwindigkeit, mit der der Rezession in Europa begegnet werden kann.

Es wird deutlich, wie eine europäische Währungsunion — wenn sie denn überhaupt eines Tages kommt — aussehen würde. Eine europäische Währung wird eine DM mit anderem Namen sein. Der Zusammenbruch des EWS läßt schließlich ein "Europa der zwei bis drei Geschwindigkeiten" erkennen — analog zu den osteuropäischen Staaten, die in ein abgestuftes System konzentrischer Kreise unterschiedlicher wirtschaftlicher Intensität um das wirtschaftliche Zentrum Europas, die BRD, eingruppiert werden.

Im Augenblick entsteht eine feste DM-Zone zwischen der BRD und ihren unmittelbaren westeuropäischen Nachbarn. Frankreich dagegen kann es sich wirtschaftspolitisch in näherer Zukunft nicht erlauben (und erst recht nicht die südeuropäischen Länder), sich wieder der DM unterzuordnen. Die Folgen wären genauso katastrophal wie in den letzten Jahren. Möglich ist deshalb, daß sich in der nächsten Zeit der DM-Block um einige wenige Länder erweitern wird, um dann zu einer faktischen oder nominellen Währungsunion zusammengeschlossen zu werden. Frankreich und andere Zuspätkommer werden sich dann bei einem nachfolgenden Beitritt nur der bundesdeutschen Dominanz und einer von Deutschland gesteuerten Zentralbank unterwerfen können.

Die gegenteilige Entwicklung, nämlich daß die Bundesbank ihre bisherige deutschnationale Ausrichtung zugunsten einer umfassenden europäischen Integration und Entwicklung aufgibt (was mit hohen Kosten verbunden wäre), ist nach den Ereignissen von Anfang August gänzlich unwahrscheinlich. Mit der Zerstörung der währungspolitischen Achse Frankreich/Deutschland wurde im Gegenteil deutlich gemacht, daß die deutsche Politik und ihre Renationalisierung auf europäischer Ebene keines Deckmäntelchens formaler Gleichheit mehr bedürfen, und deshalb das Währungssystem gesprengt werden konnte.

Da die westeuropäischen Währungen jetzt relativ frei gegeneinander bewertet werden können und die EG in einer Rezession steckt, können sich einzelne Staaten auch gezwungen sehen, in einen Abwertungskampf einzusteigen. Abgewertete Währungen haben den Vorteil, Exporte zu verbilligen und Zinssenkungen zu ermöglichen, die wiederum mehr Investitionen nach sich ziehen können. Eine solche Entwicklung würde aber auch die wirtschaftlichen und politischen Gegensätze in Europa deutlich vergrößern.

Wahrscheinlicher ist jedoch, auf Grund der wirtschaftlich hohen Verflechtungen in Westeuropa und dem selbstgesteckten Ziel der europäischen Eliten, mit den Wirtschaftsblöcken in Nord-Amerika und Ost-Asien konkurrieren zu können, daß ein Mindestmaß an wirtschaftlicher Einheit in Westeuropa erhalten bleiben und weiter versucht werden wird, diese zu vertiefen. Die Ausgangslage dafür stellt sich jedoch heute so dar, daß die BRD mehr denn je die Bedingungen und die Zeitpunkte diktiert. Das Ziel, wirtschaftlichen Einfluß zunehmend auch in direkte politische Macht umzumünzen, bleibt damit von formal egalitären Strukturen unbehindert.

Auch wenn sich Geschichte nur als Farce wiederholt, der Traum der deutschen Reichsbank von 1940 — eine europäische Wirtschaftsunion unter der Reichsmark zu schaffen — scheint in Zukunft nicht mehr ganz unmöglich. Auf dem Weg dorthin hat in den letzten vier Jahren der deutsche Imperialismus einige Punktsiege ergattert.

rat.

Ein mißlungener Griff

Eine Auseinandersetzung mit G. Fülberth's Thesen in "konkret"

"Dritter Griff zur Weltmacht?" — fragten wir auf der Titelseite der Bahamas Nr. 9. Georg Fülberth hat diese Frage im Vorfeld des "konkret"-Kongresses mit "Nein!" beantwortet. Seine These besagt, daß Deutschland bereits Weltmacht ist: Die Geschichte mit dem deutschen Sonderweg werde sich nicht wiederholen, weil das ihr zugrundeliegende Interesse seit der Wiedervereinigung befriedigt ist (vgl. "Griff geglückt" in der Kongreßzeitung "konkret"-extra 1/93). Diese Position richte sich, so Fülberth, gegen diejenigen, die wie Gremliza *"mit der Einheit Deutschlands die Gefahr einer Wiederholung des sogenannten 'deutschen Sonderweges' einschließlich seiner schlimmsten Ausprägung"* als gegeben ansehen. Auch ich fühle mich angesprochen.

"Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch ...", sagte einmal Brecht und behaupten heute jene, die die These von der Kontinuität des deutschen Imperialismus nicht widerlegt sehen. Fülberth dreht den Gedanken der Kontinuität um: Was Deutschland als Großmacht derzeit ist, hat es 1914 und 1939 eigentlich immer nur sein wollen. Den Status einer regionalen Hegemonialmacht als "Weltmacht neben anderen" habe Bethmann-Hollweg 1914 angestrebt, schreibt Fülberth, und fährt fort: *"Auch Hitlers Strategie war anfänglich auf die Stellung einer Weltmacht ... nicht auf Weltherrschaft ausgerichtet."* Letztere Ambition habe sich erst aufgrund des Kriegseintritts von Großbritannien und den USA entwickelt. Die Angelsachsen hätten darüber zum zweiten Mal den Versuch Deutschlands vereitelt, *"eine Macht zu werden, die regional herrscht und damit im Weltmaßstab zum eng begrenzten Kreis jener Großmächte (= Weltmächte) gehört"*, so definiert er, *"welche ihre Einflußbereiche wechselseitig nicht mehr in Frage stellen."*

Die Tatsache, daß nach 1989 dann schließlich der "Griff geglückt" und das "anfängliche" Konzept Hitlers Wirklichkeit werden konnte, sei der Einsicht der Kontrahenten zu verdanken: *"Die westlichen Siegermächte gestanden (Deutschland) zu, was zu verweigern ihnen 1914-1918 und 1939-1945 ein Krieg wert gewesen war. Ursache des Wandels"*, schreibt Fülberth weiter, *"war der Kalte Krieg, in dem die BRD zur Bundesgenossin der USA in der Auseinandersetzung mit der UdSSR wurde."* Heute aber werde der Bundesrepublik *"die Beute des großen Krieges 1914-1989 (der aus zwei heißen Weltkriegen und einem Kalten Krieg bestand) nicht mehr streitig gemacht."*

Dieses Geschichtsbild ist rund, aber fatal, weil es die Spezifika der deutschen Politik nicht nur ignoriert, sondern die Rollen geradezu vertauscht.

Fülberth unterstellt, daß Deutschland auch 1939 lediglich den Status einer regionalen Hegemonialmacht habe erlangen wollen, um nach "geglücktem Griff" die "Einflußbereiche" der anderen "nicht mehr in Frage (zu) stellen." Daß die Dinge dann einen anderen, weitaus blutigeren Verlauf genommen hätten, habe demzufolge weniger an Berlin, sondern an den Spielverderbern in London und Washington gelegen, die dem deutschen Aufsteiger nicht mal eine regionale Machtbasis gönnen konnten. Mit den Jahren hätten sie jedoch begriffen, daß solch kleinliches Besitzstandsdenken nichts bringt. Und da diese Länder Deutschland zukünftig in Ruhe lassen werden, kann auch die deutsche Politik nicht mehr aus dem Ruder laufen. Mit anderen Worten: Deutschland ist eigentlich friedlich, wenn man ihm nur seinen "Platz an der Sonne" zugesteht.

Die Schwachpunkte dieser These sind evident. Ich beginne mit dem Vergleich 1939-1989 und lasse hier unkommentiert, daß bei Fülberth alle NS-Spezifika ausgelöscht worden sind. Die Fülberthsche Behauptung, Hitler habe anfänglich mehr als den Status einer Regionalmacht gar nicht angestrebt, ist falsch, es sei denn man bezeichnet den Abschnitt zwischen Atlantik und Ural als "Region". Hitler hatte in "Mein Kampf" nicht nur "das Ende Rußlands als Staat" proklamiert, sondern ganz

generell erklärt, jede zweite Kontinentalmacht in Europa zu zerschlagen. Selbst wenn Fülberths Annahme richtig wäre, bliebe der Widerspruch, daß Nazi-Deutschland 1941 (zweifellos als Weltmacht) die benachbarte Weltmacht nicht in Ruhe ließ, sondern überfiel — nicht wegen, sondern trotz des Kriegseintritts der angloamerikanischen Welt.

Auch der Vergleich 1914-1989 stimmt so nicht, wie Fülberth selbst an anderer Stelle schreibt. Zwar ist es richtig, daß heute mit der Schaffung eines großen Wirtschaftsverbands ein Kernpunkt der von Reichskanzler Bethmann-Hollweg 1914 formulierten Kriegsziele realisiert wurde. *"Aber die Schaffung eines großen 'Wirtschaftsverbandes' allein begründet noch nicht die Vorherrschaft einer bestimmten Macht... Weltmacht wird man weder durch Militär noch durch Ökonomie allein. Allerdings müssen beide zum Einsatz kommen."* (Fülberth in "konkret" 11/92)

Durch das annektionistische Kriegsziel war 1914 der Anspruch auf "deutsche Führung" erheblich anders konzipiert als in der heutigen Situation, in welcher Frankreich machtpolitisch gegen Deutschland nach wie vor seinen nuklearen Status ins Spiel bringen kann. Beide: Bethmann-Hollweg wie auch Hitler wollten mehr, als Deutschland heute hat. Entweder ist Fülberths Kontinuitätsansatz richtig (dann ist die deutsche Ambition derzeit nur teilweise erfüllt), oder aber dieses Land hat sich seit 1945 tatsächlich gewandelt, was Fülberth aber keineswegs unterstellt.

Ihm zufolge war es die Einstellung der Siegermächte, die sich "gewandelt" hat. Hatten die Westmächte nach 1952 in Folge des Kalten Krieges tatsächlich eine deutsche Weltmacht angepeilt? Die Fakten sprechen m.E. dagegen. Zwar stimmt, daß Deutschland aufgrund des Kalten Krieges eine Remilitarisierung in die Wege leiten durfte. Doch hatten sich die USA die Kontrolle aller wesentlichen Kriegsfunktionen (ABC-Verbot; Nato-Integrationsgebot; alliierte Kontrolle des westdeutschen Luftraums etc.pp.) vorbehalten. Ansonsten hatte gerade der Kalte Krieg dafür gesorgt, daß Berlin unter Vier-Mächte-Verantwortung stand und Deutschland in seiner Außenpolitik somit "gefesselt" blieb. Die qualitative Veränderung der deutschen Rolle folgte aus der überraschenden Kapitulation des RgW, einer gleichzeitigen Offensive der BRD-Außenpolitik auf allen Ebenen sowie einer — weniger von Überzeugung denn von Angst gezeichneten — Appeasementpolitik der Westmächte, die nicht ihre Einstellung "gewandelt", sondern einer gewandelten Stärkeposition des BRD-Imperialismus Rechnung getragen hatten. (Dort geht man übrigens, i.G. zu Fülberth, davon aus, daß der deutsche Griff zur Weltmacht noch nicht abgeschlossen ist.)

Neues Deutschland, neue Ziele?

Jene Dynamik von Aufstieg und Abstieg imperialistischer Mächte widerspricht, nebenbei bemerkt, auch jener Fülberth-These, derzufolge die Weltmächte ihre Einflußbereiche nicht mehr in Frage stellen. Karl Kautsky hatte 1915 aus dieser Annahme gefolgert, daß eine einvernehmliche Ausbeutung der Welt fortan möglich scheint. Wenn seither aber irgendeine Theorie eindrucksvoll widerlegt worden ist, dann wohl jene Ultraimperialismus-Theorie.

Fülberth erklärt, daß heute der deutsche Status von keiner Macht mehr in Frage gestellt werde. Dies ist zutreffend, soweit man unterstellt, daß die deutsche Führung sich mit ihrem formell nicht-nuklearen Status auf die Dauer einrichten wird. Die wichtigere Auslassung Fülberths liegt darin, daß die Überlegung, Deutschland könne anderen Ländern gegenüber etwas streitig machen, nicht einmal gedanklich bei ihm eine Rolle spielt. Er schreibt, daß ein auf militärische Eroberungen zielendes Programm heute für Deutschland *"nicht nur unmöglich, sondern auch unnötig (sei), da die deutsche Vorherrschaft in Europa jetzt nicht auf bewaffneter Vorherrschaft beruht, sondern auf ökonomischer Dominanz."*

Nach welchem Kriterium ist Fülberth in der Lage festzustellen, was für einen Imperialismus "nötig" oder "unnötig" ist? Waren die Einmärsche in Böhmen, Mähren, Österreich usw. "nötig"? Ist heute die staatlich unterstützte Destablisierungsarbeit der Vertriebenenverbände in Osteuropa "nötig"?

Seine Grundannahme, daß Deutschland (in Geschichte und Gegenwart) im großen und ganzen defensiv gewesen sei (bzw. defensiver gewesen wäre, wenn man es nur hätte Weltmacht werden lassen), bezieht Fülberth auch auf die Innenpolitik: Die NSDAP habe noch etwas umstürzen wollen. Die REPs entsprächen demgegenüber lediglich *"der Gemütslage einer Nation, die festhalten will (wenn's sein muß, rabiat), was sie hat."* Diesen Gedanken hat Fülberth bereits in "konkret" 2/93 entwickelt: *"Für den Frieden, gegen den Haß, gegen Extremismus von rechts und links"* konstituiere sich eine *"deutsche Nation neuen Typs ... Das Resultat wird nicht das Vierte Reich sein, sondern die deutsche Teilhabe am neuen imperialistischen Kondominium. Wer sich damit auseinandersetzen will, muß neu anfangen und braucht dazu noch ein bißchen mehr als Antifaschismus."*

Ich bin einverstanden, wenn man dies als eine mögliche Option deutscher Politik skizziert. Das Problem liegt darin, daß Fülberth jene "Normalisierungs-"Theorie als eine geschichtlich ableitbare Realität präsentiert, ohne den pessimistischen Ansatz auch nur einer Prüfung zu unterziehen. Selbstverständlich kann heute niemand mit Sicherheit behaupten, daß sich der deutsche Sonderweg einschließlich seiner schlimmeren Ausprägungen wiederholen wird. Ebensowenig kann diese Option mit Sicherheit ausgeschlossen werden. Die Debatte in den herrschenden Kreisen bietet Indizien für den einen, wie auch für den anderen Kurs. Fülberth hat mit seiner Festlegung eben jene "Spökenkiekerei" betrieben, die er seinen Kontrahenten gerne vorzuwerfen pflegt.

Seine zuweilen anderen Einsichten bewies nicht nur sein Aufsatz "Maastricht — ein deutscher Bluff" ("konkret" 11/92), in welchem er noch die "Enthemmung" Deutschlands prognostizierte. So wurde von ihm auch auf dem "konkret"-Kongreß die Frage, ob die deutsche Einbindung in den westlichen Verband *"dem deutschen Sonderweg nur besondere Schwungmasse"* geben oder ihn verhindern würde, ausdrücklich offen gelassen. Die These vom deutschen Sonderweg ist aber gerade das, was Fülberths Aufsatz Wort für Wort negiert.

Die Analyse der allgemeinen Entwicklung von Imperialismus in einen Widerspruch zur Analyse seiner spezifisch nationalsozialistischen Ausprägung setzen zu wollen, macht genauso wenig Sinn, wie jene bei Fülberth recht beliebte Antinomie, die gegenüberstellt: hier die sorgfältige, alle Aspekte der imperialistischen Politik berücksichtigende Analyse — dort die IV. Reich-Phantasten, die sich vorwiegend im Feuilleton tummelten und einem Kritikansatz huldigten, der affirmativ schon deswegen sei, weil er sich auf den "Antifaschismus", sprich die NS-Analyse kapriziere.

Daß die Kritik der deutschen Spezifika eine Apologie des "normalen" Imperialismus bereits impliziert, ist nicht notwendig, kommt aber (auch in "konkret") vor. Eben diese Sorge dürfte Fülberth dazu veranlaßt haben, mit einer expliziten "Normalisierungstheorie" aufzumachen. Seine Vorlage für den "konkret"-Kongreß (und eine Referentenpolitik der Veranstalter, die den Eindruck erweckte, weniger am Thema denn am rhetorischen Effekt orientiert gewesen zu sein), führten auf dem Kongreß jedoch dazu, daß am Thema "Dritter Griff" vorbeigeredet wurde.

Max Müntzel

Auferstanden aus Ruinen...

Robert Kurz' deutsche Bereinigung der "allgemeinen Weltkrise"

In — bisher — zwei Büchern hat Robert Kurz die ökonomische Entwicklung Deutschlands seit Honeckers Abgang nachgezeichnet und analysiert. Die Resonanz darauf war innerhalb der deutschen Linken beachtlich und zunehmend positiv. Wer sein jüngstes Werk, "Potemkins Rückkehr", gelesen hat, kann verstehen, warum das so ist. Denn das Buch enthält eine Reihe hochbrisanter Thesen, nicht nur zur Nationalökonomie; und es bietet am Schluß die Grundrisse eines politischen Programms, das zumindest überrascht.

Die erste These von Kurz ist die, daß die ökonomische Annexion der DDR durch die BRD erstere in den wirtschaftlichen Ruin führte und letztere in eine ausweglose Schuldenspirale bringen wird. Daß dies so sei, wird auf über hundert Seiten empirisch nachzuweisen versucht, macht also den Hauptteil des Buches aus.

Was den Niedergang der Ex-DDR angeht und die hartnäckige Weigerung des westlichen Kapitals, in der Pleiteregion zu investieren, glaube ich Kurz unbesehen jedes Wort. Für all jene, die Kohls Versprechen "blühender Landschaften" im Osten schon 1990 für nackte Demagogie hielten, bietet das allerdings keine neue Erkenntnis. Ebenso bei der Politik der Treuhand, wo Kurz in zwei längeren Kapiteln aufdeckt, wie sie grotesk versagt und dazu noch kriminell gehandelt hat. Auch das leuchtet mir unmittelbar ein. Nur halte ich es für Business as usual und teile deshalb nicht die Empörung, die Kurz umtreibt.

Ähnlich geht es mir mit der anderen Seite der "Vereinigungskrise", bei dem ebenso engagiert und faktenreich dokumentierten Schuldenberg, der infolge der DDR-Annexion im Westen angehäuft wurde. Kurz erschreckt seine LeserInnen mit einer "Finanzkatastrophe", in die die BRD gerate, und summiert deren Dimensionen so: *"Bis 1995 ergibt sich... eine Gesamtbelastung von mehr als einer Billion DM aus Altlasten und unproduktiver Subventionierung..."* (149)

Mag sein. Nur, unterstellt, die schreckliche Zahl stimmt, was folgt wirtschaftlich daraus? Kurz suggeriert, daß deshalb die Deutschland AG kurz vor der Pleite steht (*"marktwirtschaftlich nicht mehr bewältigbar"*; 150). Er vergißt dabei die simple Tatsache, daß überall, wo Schulden auftauchen, dem immer Guthaben und Erträge gegenüberstehen. Kurz selbst führt an anderer Stelle die 600 Milliarden Cash-Gelder an, über die deutsche Konzerne verfügen; er hätte auch die sieben Billionen DM anführen können, über die laut Statistik deutsche Haushalte verfügen. Das aber, nebst deutschen Banken und Versicherungen, sind zum Großteil die Gläubiger, in deren Schuld Waigel steht. Daß die ihre Zinsen und Tilgungen nicht verlieren werden, glaube ich ebenso zuversichtlich wie auch daran, daß die deutsche Wirtschaft selbst am wenigsten an der Begleichung des Staatsschulden Schaden nehmen wird. Aber selbst wenn Kurz' Menetekel einer nachhaltig geschwächten deutschen Nationalökonomie zuträfe: umso besser für die anderen! Sicher, die sozialen Verwüstungen infolge der Großdeutschlandpolitik sind verheerend, und natürlich werden Zinsen und Tilgung unten abkassiert. Aber wie denkt jemand, der wie Kurz schreibt: *"Die Bilanz der deutschen Einheit ist niederschmetternd."* (219) Was hatte der erwartet? Und wäre er, Schuldenberge weg und "blühende Landschaften" unterstellt, heute über die Einheit glücklich?

... und morgen die ganze Welt!

Die zweite These von Kurz ist, daß die kapitalistische Akkumulation weltweit am Ende ist. Genauer gesagt: mit der gesamten Kultur warenproduzierender Gesellschaften, nicht weniger als rund 6.000 Jahren menschlicher Geschichte, ist es seit 1990 praktisch vorbei. Es wird nur noch abgewickelt: Attrappen-Kapitalismus. Ist dieser Untergang des Abendlandes schon für sich eine sensationelle Meldung, so ist doch der eigentliche Clou daran, daß sich das Ende der Weltgeschichte nirgends anders als bei uns in Deutschland vollzieht; denn, so schließt Kurz: *"Die Vereinigungskrise ist nur der Sonderfall einer allgemeinen Weltkrise"* (219).

Darum also wird der Krisentheoretiker Kurz nicht müde, Buch für Buch zur Kritik der politischen Ökonomie der deutschen Vereinigung zu schreiben. Da er allerdings sein empirisches Beweismaterial fast ausschließlich aus den Wirtschaftsdaten Ost- und Westdeutschlands rekrutiert, erfahren wir über die Faktenhintergründe des kollabierenden Weltmarktes äußerst wenig. Kurz beschränkt sich weitgehend darauf, das notwendige Ende theoretisch abzuleiten. Das Verfahren ist nicht neu. Immer wenn die nationale oder die Weltkonjunktur etwas in Stottern gerät, sind sie auf dem Markt, die "marxistischen Analysen", die die Flaute zur Strukturkrise hochschreiben, die finale Systemgrenze erkennen und triumphierend ausrufen: Habe ich es nicht gleich gesagt?! Bisher, soviel steht fest, war das immer Quatsch. Und gerade heute ist es absurd, den kapitalistischen Klassenfeind als so gut wie erledigt darzustellen.

Aber nun inhaltlich zur politischen Ökonomie des Weltmarktes. Sie ist, soviel ist weithin unstrittig, gekennzeichnet durch den Gegensatz relativ reicher Metropolen und einer Mehrzahl ruinierter Volkswirtschaften im Trikont und in Osteuropa. Während die bürgerliche Ökonomie diese Polarisierung wahlweise mit der Tüchtigkeit der einen und Verschwendungssucht der anderen, mit westlicher Demokratie und barbarischer Despotie oder (die mitleidige Variante) mit der Ungerechtigkeit im Tausch zwischen Starken und Schwachen erklärt, muß eine marxistische Analyse nachzuzeichnen versuchen, wie das Wertgesetz Wertschöpfung hier und Entwertung anderswo bewirkte. Bis hier besteht übrigens auch Konsens mit Kurz.

Aber bei der Darstellung, wie das Wertgesetz im einzelnen zu Wohlstand hier und Verelendung woanders führte, wird es abstrus. Warum es den Facharbeitern in den Metropolen in den vergangenen Jahrzehnten zunehmend besser ging, "analysiert" Kurz so:

'Es traten die Repräsentanten der einen lebendigen Komponente des Kapitals, die Lohnarbeiter, auf dem Arbeitsmarkt in Konkurrenz zu den Repräsentanten der anderen, in Sachmitteln dargestellten Komponente, den Kapitaleigentümern bzw. Managern; das Resultat waren Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen." (26)

Wie denn, der Wert der Ware Arbeitskraft wird bestimmt durch die Konkurrenz zwischen Arbeitern und Managern? Und diese Konkurrenz führte zu Lohnerhöhungen, während Monopole sie gedrückt hätten? Marx hatte noch behauptet, die Konkurrenz der Ware Arbeitskraft untereinander würde dazu führen, daß die Lohnhöhe am Existenzminimum orientiert bleibt.

Wenn das aber richtig ist und wir das Phänomen erklären wollen, wieso sich die Löhne in den kapitalistischen Metropolen dennoch beachtlich nach oben entwickelt haben, dann bleibt nur die Schlußfolgerung, daß die Ware Arbeitskraft nicht so beliebig verfügbar, ein ständiges Heuern und Feuern zwecks Lohndrücken nicht möglich war. Und da kommen wir zum Kern. Das war erkennbar der Fall. Es haben sich mit dem Fordismus so etwas wie Monopollöhne in den produktivistischen Zentren herausgebildet, eben weil der Arbeits- und Kapitalmarkt erheblich nationalen Beschränkungen unterworfen war und sich z.B. die Facharbeiterschaft von Detroit zu Monopolbedingungen verkaufen konnte.

Und die Gesetzmäßigkeiten der Konkurrenz erklären auch zur anderen Seite hin, wie es, zugespitzt in den 80er Jahren, zur Trikont-Verelendung kam. Die entscheidende ist die Konkurrenz der Profitraten, die Pleiten dort und den Boom hier diktierte. Und damit einher ging, daß der Wert der Ware Arbeitskraft von Millionen Gruben- und Plantagenarbeitern im Trikont ins Bodenlose sank. So sind, von Marx vorgeführt, die grausam einfachen Gesetze kapitalistischer Verwertung und Entwertung. Und wie so oft, wenn ausgesucht kluge Köpfe über Marx hinausgehen wollen, kommt nur Unfug dabei heraus; bei Kurz dieser:

"Tatsächlich ist es evident, daß die in den vergangenen Jahrzehnten vielgeschmähte Verelendungstheorie noch nie soviel Berechtigung hatte wie heute. Freilich müßte sie auf der jetzigen Entwicklungsstufe anders begründet werden. Denn nicht mehr in der und durch die abstrakte Arbeit... vollstreckt sich in der heutigen Welt der Verelendungsprozeß, sondern gerade umgekehrt dadurch, daß die rentable Vernutzungsfähigkeit menschlicher Arbeitskraft aufgrund der hohen Sachkapitalintensität zu erlöschen beginnt." (29)

Auch hier mischt sich etwas Richtiges mit viel Unfug. Richtig ist, daß das Elend zur einen Seite durch gigantische Arbeitslosenraten geprägt ist. Allerdings erfordert dies Phänomen keine neue Verelendungstheorie. Die Gründe sind die alten: Brachlegung von Kapital und Zerschlagung von Subsistenzwirtschaft. Aber was in den Metropolen gern vergessen wird: Daneben gibt es hunderte von Millionen, die durchaus "konventionell" verelenden, indem ihre Löhne an oder unter das Existenzminimum gedrückt werden; etwa bei den 80 Millionen PlantagenarbeiterInnen etc., die für den Kaffeegenuß in den Metropolen schaffen. Die hat der theoretische Neuerer Kurz mal eben übersehen.

Und auf diesem Niveau bewegt sich auch seine Erklärung, warum der ganze Kapitalismus mit dem gescheiterten Wiederaufbau der Ex-DDR zugrunde geht. Er schreibt: *"Die Logik kapitalistischer Selbsterstickung durch den Expansionsprozeß des Sachkapitals ist in das Stadium ihrer realhistorischen Erscheinung getreten, und dies gilt für das Weltkapital als Ganzes, das gerade in diesem Erscheinen seiner inneren absoluten Schranke erst unmittelbar zum Weltkapital wird."* (78)

Zusammenbruch und tendenzieller Fall der Profitrate

Es sei mithin das überproportionale Wachstum des konstanten Kapitals, das die weitere Akkumulation unmöglich mache. Theoretisch bezieht er sich damit auf Marx' Ausführungen zum "tendenziellen Fall der Profitrate". Aber auch hier verballhornt er. Wo Marx nur schreibt, daß der Fall der Profitrate zur *"periodischen Entwertung des vorhandenen Kapitals"* führt (MEW 25, 259), und die "Schranke der kapitalistischen Produktionsweise" darin sieht, *"daß die Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit im Fall der Profitrate ein Gesetz erzeugt, das ihrer eigenen Entwicklung auf einem gewissen Punkt feindlichst gegenübertritt und daher beständig durch Krisen überwunden werden muß"* (ebenda, 268), konstruiert Kurz die "absolute Schranke". Und es ist aufschlußreich, wie er sie veranschaulicht. Nicht aus marxistischem Fundus, sondern aus der "Wirtschaftswoche" greift er sich folgende Zahlen, mit denen er beeindrucken will: *"Setzen wir die Kosten eines rentablen Arbeitsplatzes mit... 300.000 DM, dann heißt das für 1 Million Arbeitskräfte Sachkapitalinvestitionen von 300 Milliarden DM. Für die ursprünglich 10 Millionen Arbeitskräfte der DDR wären dies 3 Billionen DM. Für 100 Millionen Arbeitskräfte in Osteuropa 30 Billionen DM. Für 150 Millionen GUS-Arbeitskräfte 45 Billionen DM. Und für 500 Millionen rentable Chinesen noch einmal 150 Billionen DM. Reicht das?"* (33)

Wie denn, das ist die historische "Schranke", die Marx mangels "realhistorischer Erscheinung" nicht ahnen konnte: Bis 299 .000 DM pro Arbeitsplatz funktioniert der Kapitalismus noch; aber jetzt, bei 300.000, muß er passen? Das kann nur schreiben, wer seit Jahren nicht anderes im Kopf hat als den "Wiederaufbau-Ost", wo ständig mit solchen Kalkulationen Nationalökonomie betrieben wird.

Wer nicht ganz blind für den "Rest der Welt" geworden ist, hat aber z.B. mitgekriegt, wie inzwischen in den USA Millionen Arbeitsplätze geschaffen wurden (Fast Food u.a. Dienstleistungen), die nur lächerliche Bruchteile jener Investitionskosten verursachten; daß bei den Wachstumsrennern wie Microsoft & Co, im gesamten Finanz-, Consulting- und Marketingsektor die "Sachkapitalintensität" auch von geringstem Übel war. Und wenn ohne blöde Zahlenspielereien tatsächlich auf die VR China geblickt wird, so ist gerade bemerkenswert, daß dort vor keiner Investitionssumme zurückgeschreckt wird und regionale Wachstumsraten von 20 bis 50 Prozent Realität sind.

Über solche Details geht Kurz souverän hinweg. Statt zu untersuchen, wo, wie und warum die Akkumulation vorangeht (oder nicht), kanzelt Kurz alles ab, was seiner aus deutschen Landen aufgetischten Zusammenbruchstheorie widerspricht. Die Wachstumsregion Nummer 1, Japan & Co, erledigt er mit diesem Stammtisch-Urteil: *"Die ostasiatische Option erweist sich... als große Seifenblase."* Zur Begründung liefert er dreierlei: *"Erstens"* sei *"der Schritt über die Schwelle zum Club der alten Industriestaaten noch keineswegs geschafft... Zweitens reicht das Volumen des ostasiatischen Marktes... nicht aus... Drittens aber ist der ostasiatische Aufschwung extrem einseitig exportorientiert"*. (82f.)

Auch das ist eine originelle Verbesserung marxistischer Erkenntnisse. Marx hatte vielerorts als Spezifikum kapitalistischer Wirtschaftsweise die Tatsache bezeichnet, daß die Produktion von Mehrwert und dessen Verwandlung in Profit Ziel sei, nicht aber die Befriedigung von Konsumbedürfnissen. Und niemand, außer Kurz, kann übersehen, daß Japan, Korea & Co weltweit diesem Ideal am nächsten gekommen sind (aufopferungsvoll arbeiten — bescheiden leben). Daraus resultieren ihre gigantischen Wachstumsraten und die Tatsache, daß sie in vielen Branchen die Weltmärkte erobert haben. Inzwischen aber wird mit Lean Production, Billiglohnauslagerung und einer Ethik der Verzichts die "ostasiatische Option" im Westen übernommen — nur Kurz hält diese Realität für Seifenblasen.

Es ist wohl richtig, daß die Akkumulation von Kapital unter den neueren Weltmarktbedingungen zu bisher nicht dagewesenen Verwerfungen führte; daß die weltweite Konkurrenz ganze Weltregionen verelenden ließ, daß damit auch der Wert der Ware Arbeitskraft variabler denn je geworden ist und absinkt. Und alles spricht dafür, daß dieser Prozeß weitergeht und also die dann

weiter schrumpfenden Märkte zu normalen oder gar dramatischen Verwertungskrisen führen müssen. Nur wissen wir seit Jahrzehnten, daß Krisen wie die momentane meist schon auf dem Wege zur Bereinigung sind, während sich die Untergangstheorien noch im Druck befinden. Selbst wenn es in den Metropolen zum Big Bang käme, dann würden zeitweilig auch dort gewaltige Kapitalmengen brachgelegt und entwertet. Das wäre sozial verheerend. Nur wenn sich insofern in den Metropolen das nachvollziehen würde, was Trikont und Osteuropa erlitten, dann existiert qua Annahme kein Weltkapital, kein G7-Club und IWF, die über erdrückende Konkurrenz oder strangulierende Auflagen die Wiederaufnahme der Wertproduktion weithin verunmöglichen. Es würde also wieder, mit Nachkriegsmentalität, kräftig in die Hände gespuckt, und die ganze Scheiße begänne von neuem.

Auch das ist ein Grund, die Kritik der politischen Ökonomie nicht als Wahrsagerei zu betreiben. Schon bei normalem Geschäftsverlauf produziert die Akkumulation von Kapital wahrlich genug an Krisen, Elend und Zerstörungen. Und der Kritik daran wird nur die Spitze abgebrochen, wenn mit dieser oder jener Theorie ihr Ende geweissagt wird. Denn die politische Intervention, die allein schrankensetzend ist, würde damit zur Nebensache, oder sie erübrigte sich ganz. Bei Kurz ist das mittlerweile anders. Wohl wegen der deutschen Frage scheint es ihn zu Politischem zu drängen. Das macht die Sache nicht besser.

Imperialismus heute: Milchbärte vs. Stoppelbärte

Kurz beläßt es nicht bei gewagten politökonomischen Thesen; Umwälzendes bietet er auch zur politischen Theorie. Hier verkündet er, daß erstens von einer imperialistischen Renaissance keine Rede sein könne und zweitens (entsprechend) *"der innere Zusammenhang von Kapitalismus und Faschismus... systematisch reformuliert werden"* müsse. Die These, daß der Imperialismus "out" sei, stützt Kurz auf die "Zurückhaltung" des westlichen bzw. deutschen Kapitals bei Investitionen im Osten. Auch dieses Argument ist überraschend. Denn wenn es richtig ist, daß das internationale Kapital derzeit nur zuschaut, wie die RGW-Ökonomien ausbluten, ohne groß zu intervenieren, wofür ist das ein Beleg? Seit wann ist die imperialistische Sauerei an der Höhe der geleisteten Investitionen meßbar? Länder und Völker ausbluten zu lassen, die Normalität, sie reif zu machen für die Übernahme, das ist kein Imperialismus?

Oder andersrum: Wenn das der Beweis sein soll, daß die BRD kein imperialistischer Staat ist, weil sie die osteuropäischen Märkte rechts liegen läßt, dann bleiben ihre westlichen und südlichen Märkte im Umkehrschluß als Beleg dafür, daß sie doch imperialistisch ist. Die Geschichte hat ja nicht erst 1990 angefangen! Schließlich: Wenn seit 1990 die BRD "erst" um die 10.000 Wirtschafts- und Verwaltungsfachleute als Vorposten in den Osten gebracht hat, bisher nur Pläne für den "Wiederaufbau" in der Schublade liegen hat, sie an Schlüsselindustrien bisher nur Skoda aufkaufte und nur bei zwei Milliardenprojekten beim Öl- und Gaslieferanten Rußland tätig geworden ist, so spricht das für nichts anderes, als daß planvoll vorgegangen wird. Als das Deutsche Reich 1890 massiv daran ging, den "Platz an der Sonne" zu erobern, dauerte es auch über zehn Jahre bis in Wilhelmshaven Kriegsschiffe vom Stapel liefen. Weder in Deutsch-Südwest- noch in Deutsch-Ostafrika wurde nennenswert investiert, und auch damals gab es nationalistische Nörgler zuhauf, die lamentierten, daß Kolonien ein reines Zuschußgeschäft seien.

Kurz schreibt, daß die BRD mit dem Deutschen Reich unvergleichbar sei; denn: *"Im Unterschied zum Deutschen Reich der Zwischenkriegszeit ist die BRD ein völlig exportabhängiges Land mit internationalisiertem Kapital im Kampf um global schrumpfende Realmärkte. Deshalb gibt es nicht einmal der Erscheinung nach irgendeinen Schulterschluß von Management der großen Industrie bzw. des Bankensystems und neuem Rechtsradikalismus. Im Gegenteil, niemand fordert so lautstark eine Öffnung für Ausländer und ein hartes Vorgehen gegen die Neofaschisten... Erst recht unsinnig ist... die Unterstellung imperialer Gelüste des deutschen Kapitals... auf die territoriale Annexion fremder Gebiete."* (188f.)

Das nenne ich Umwertung aller Werte: Dominiert eine imperialistische Volkswirtschaft die Weltmärkte, so bittet Kurz um Mitleid für sein "völlig exportabhängiges Land". Sagt der BDI, Pogrome sind (derzeit) geschäftsschädigend, macht Kurz daraus einen antifaschistischen Schutzwall. Und während die Oststaaten gerade mundgerecht zerlegt und mit nationalistischen Destabilisierungen Interventionszwänge geschaffen werden, ist das Beleg für einen kapitalistischen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen. Dabei weiß niemand besser als Kurz, wie argumentiert werden muß, um "fremde Gebiete" annexionsreif zu machen; er sorgt sich:

"Noch viel bedenklicher ist der Verfall der Staatsautorität, wie er jede Zusammenbruchsökonomie kennzeichnet. Das gilt eben nicht allein für die islamischen Länder. Völkerschaften... gehen in Gestalt stoppelbärtiger und bis an die Zähne bewaffneter Figuren aufeinander los. Und es ist fraglich, ob diese das notwendige Verständnis für westliche Investoren aufbringen." (45)

Und die deutsche Angst vor stoppelbärtigen Barbaren schlägt um in nackte Wut, wenn "Altlinke" die zivilisierten Deutschen der Aggression bezichtigen; dann packt er aus: *"Und waren es die Abchasen oder waren es die Osseten, die mit dem Einsatz taktischer Atomwaffen drohten, die sie sich angeblich unter den Nagel gerissen haben? Die Sibirier sollen übrigens im Verteilungskampf auch nicht von schlechten Eltern sein. Alles in allem: ideale Bedingungen für den westlichen Investor. Oder meint Rainer Trampert, daß die Milchbärte der Bundeswehr demnächst doch noch die imperialistische Ordnung vom Kaukasus ostwärts wiederherstellen?"* (46)

Ich denke, da muß Trampert passen. Denn die "Milchbärte" üben tatsächlich erst noch in Somalia — und da auch nur in der Etappe. Grund nicht allein für Kurz, sondern für alle Landser-Leser und Freunde der Fremdenlegion, Hohn und Spott auszugießen.

Da also weder Bundeswehr noch Unternehmer zu Imperialismus und Rechtsradikalismus taugen; letzterer nun aber Realität ist, müssen andere verantwortlich gemacht werden. Kurz denunziert als Täter: *"Es sind doch hauptsächlich die Verlierer, ...die den neuen 'Nationalismus nach innen' vertreten."* Genauer: *"das Bündnis von Arbeitern und Bauern (nebst sonstigen kleinbürgerlichen Bündnispartnern) gegen das Großkapital ist es, das den neuen rassistischen Rechtsradikalismus trägt. Es handelt sich um einen veritablen Arbeiter-und-Bauern-Faschismus..."* (198)

"Arbeiter-und-Bauern-Faschismus"

Das macht Sinn: Wenn die BRD unschuldig wie ein Lamm ist, muß das Übel aus der DDR kommen. Und weil der ideelle Gesamtkapitalist BRD auf radikal antifaschistischem Kurs ist, müssen beim Rechtsradikalismus Spalter am Werk sein. Deshalb urteilt Kurz: *"Der neue Nationalismus faßt die Nation nicht mehr zusammen, sondern*

er spaltet sie... Ausgegrenzt werden... nicht nur die offensichtlichen Ausländer oder Menschen mit anderer Hautfarbe usw., sondern die gesellschaftliche Binnenraserei besetzt... auch andere Konfliktlinien..., und sei es mit an den Haaren herbeigezogenen Kriterien." (201)

Da wird deutlich, daß sich nicht nur der BDI, völlig glaubwürdig, dem Antirassismus verschrieben hat. Auch Kurz: mit Haut und Haaren. Und weil er so deutlich unterscheiden kann zwischen verständlichen Pogromursachen und solchen, die "an den Haaren herbeigezogen" sind, gilt seine Zukunftsangst mehr letzterem, daß die Volksgemeinschaft übereinander herfällt:

"Die Verteilungsschlacht wird also nicht nur... zwischen Inländern und Ausländern geschlagen, sondern die Deutschen grenzen sich auch wechselseitig aus... Der Tatbestand mag gegenwärtig... von den Pogromen gegen Asylbewerber und andere Ausländer überdeckt werden." (202) Aber: *"Das Undenkbare kann Wirklichkeit werden, und es schleicht sich auf leisen Sohlen ein, bevor es als offene Katastrophe ausbricht... Die Pogrome gegen Asylbewerber könnten das Vorspiel anderer (und vielleicht auch deutsch-deutscher) Gewaltausbrüche von verheerenden Ausmaßen gewesen sein. Schon werden... Waffenlager angelegt. Solche Prozesse können schnell unkontrollierbar werden..."* (217)

Man sieht, Kurz hat nicht nur fürchterliche Angst vor dem "Verfall von Staatsautorität", vor "stoppelbärtigen und bis an die Zähne bewaffneten Völkerschaften"; vor Abchasen und Osseten, die uns mit Atomwaffen bedrohen; auch die mit Ablenkungsmanövern gegen Asylbewerber begonnene Verschwörung der "Arbeiter-und-Bauern-Faschisten" gegen das eigene Volk und Vaterland treibt ihn um. Da wundert es nicht mehr, wie er am Ende seiner "Reformulierung" vormals linker Faschismustheorien auch dem antifaschistischen Kampf eine neue, "gesunde" Wendung gibt: *"So vorsichtig man sein muß, soziale Phänomene mit physikalischen und biologischen zu vergleichen, hier* (bei den Rechtsextremen) *ist der Vergleich bis zu einem gewissen Grade angemessen. Wie... Triebtäter, Geisteskranke, Hirnverletzte oder Drogenberauschte nicht schlechthin als Menschen aufgegeben sind, wenn sie als nicht zurechnungsfähig behandelt und notfalls gewaltsam aus dem Verkehr gezogen werden, so muß dies auch für die Träger der neuen rechtradikalen Barbarei als Faustregel gelten. Sie stehen durch ihre Vorgehensweise außerhalb der menschlichen Zivilisation..."* (230)

Diese zwischen gutbürgerlich-psychiatrischen Anstalten, dem Archipel Gulag und noch schlimmeren Ausgrenzungslagern einzuordnende Maßnahme zum Schutz der Volksgemeinschaft ist nicht das einzige, was der Fachökonom Kurz an politischen Lösungen bereithält.

Deutscher Kommunismus: VEBs plus Deputat

Gegen Ende des Buches kündigt er generell jede Zurückhaltung auf und diese Zugabe an: *"Zwar ist es nicht die Pflicht des Analytikers und Theoretikers, der Analyse unbedingt ein Bewältigungsrezept anzuhängen. Die Aufgabe der kritischen Analyse kann nur darin bestehen, die real existierenden immanenten Widersprüche aufzuzeigen und auch vor einem worst-case-Szenario im Sinne einer absoluten Systemschranke nicht zurückzuschrecken; selbst auf die Gefahr hin, daß der Analytiker als unbestechlicher Zeuge des Zynismus beschuldigt... wird... Es wird also notwendig, über das... warenproduzierende System... hinauszudenken."* (220)

In aller Bescheidenheit entwirft Kurz deshalb im Schlußkapitel *"Perspektiven einer anderen Transformation nicht nur in Deutschland"*. Freilich bleibt ihm Deutschland Dreh- und Angelpunkt. Und als Protagonist einer neuen "Dritten Position" sieht er zwei Ansätze zur spezifisch deutschen Transformation. Erstens seien da die Lichterketten, die er strategisch so einordnet: *"Vielleicht könnte hierin, wenn der Prozeß selbsttätiger Initiativen auch in Bezug auf andere Krisenprobleme weitergeht, der Keim einer neuen Qualität liegen: nämlich der einer Entmachtung der politischen Klasse, der perspektivisch übereinstimmt mit der Transformation des Marktsystems."* (232)

Der andere Ansatz zur Weltrevolution kommt aus Deutschlands Osten: *"Obwohl Ostdeutschland der historisch rückständigere Teil der neuen Gesamt-BRD ist, wird also vielleicht in Deutschland auf diesem Territorium zuerst die Alternative von Barbarisierung einerseits oder Überwindung des Staat-Markt-Systems andererseits heranreifen. Da die alte Staatsökonomie zusammengebrochen ist und die neue Marktökonomie nicht greifen kann, ist der deutsche Osten unversehens zum historischen und strukturellen Niemandsland geworden..."* (233)

Und in diesem, ansonsten vom "Arbeiter-und-Bauern-Faschismus" geprägten "Niemandsland" hat der unbestechliche Analytiker und Theoretiker Kurz völlig freie Hand, Weltgeschichte zu machen: *"Jetzt... ginge es... darum, daß die von den staatsökonomischen Planungszwängen befreiten Betriebe... von sich aus unbürokratisch Kontakt mit alten und neuen Partnern in den anderen Zusammenbruchsökonomien aufnehmen und ein... System gegenseitiger Belieferung zu installieren beginnen... Und zweitens könnte dies ein System sein, das innerhalb seiner eigenen Kreisläufe überhaupt nicht mehr in Geldkategorien nach den Äquivalenzkriterien des Warentauschs verfährt, sondern in naturalen Größen nach sinnlichen Bedürfnis- und ökologischen Verträglichkeitskriterien."* (235)

Die Sinnlichkeit der Werktätigen verlangt anfangs aber noch Einschränkungen, die der ausgefuchste Fachökonom in Rechnung stellt: *"Zum anderen ist eine Weiterentwicklung der betrieblichen Naturalbeziehungen nicht möglich, wenn nicht auch die marktförmige Konsumfreiheit eingeschränkt wird, d.h. zumindest ein Teil des... Arbeitslohns in... Naturalgütern erscheint. Was in diesem Kontext zunächst vielleicht als teilweise Naturallohn erscheinen mag, wäre aber perspektivisch das Element einer Aufhebung des Lohnverhältnisses überhaupt."* (236)

Für den Fall, daß das mit dem Naturallohn beim Übergang der VEBs zum Kommunismus auch noch klappt, sieht Kurz nicht nur die Transformation der Ostzone als gelungen an, sondern ist auch sicher, daß die Herrschenden im Westen kapitulieren und den Beitritt zum Naturallohn-Kommunismus beantragen: *"Mit fortschreitender Krise werden auch die westdeutschen Weltmarktkoryphäen, so sehr sie sich noch sträuben mögen, an einer solchen neuen und anderen Orientierung teilhaben müssen."* (239)

So erhellt sich zum Schluß, warum Kurz sein Buch "Potemkins Rückkehr" titelte. Im analytischen Bereich ist es schlicht eine Verwechslung. Die Bewegungsgesetze des Kapitals sind ihm nicht Potemkinsche, sondern nur "Böhmische Dörfer". Und was das Perspektivische angeht, so ist er selbst der Architekt: *Seine* Potemkinschen Dörfer stehen in Hennigsdorf und Bischofferode, in Schwedt und Bitterfeld. Und auch wenn sie längst abgerissen sind, wird Kurz immer noch behaupten, hinter den Fassaden vollziehe sich die Weltrevolution. Daß Marx und Engels das nicht mehr erleben durften: "Es geht ein Gespenst um..." — in Bitterfeld!

Christian Schmidt

Banditen und Eingeborene

Historischer Ausklang des Spätkapitalismus

Mit dem Verschwinden des sogenannten "Reichs des Bösen" traute sich das wirklich Böse in unserem Land wieder an die Öffentlichkeit. Zu Recht bemühen sich die verbliebenen, völlig vereinzelten Linken um Erklärungen. Ist es schon das IV. Reich und ist dieses Land wieder auf dem Sprung? Vielleicht wiederholt Geschichte sich doch? Man wird verleitet, diese Frage zu bejahen, wenn allein die Analyse des spezifisch deutschen Wesens als Kriterium herangezogen wird. Doch Schrittmacher der Geschichte ist heute längst nicht mehr das Wesen eines Volkes, obwohl es die Erscheinungsformen maßgeblich beeinflussen kann.

So wenig wie aus dem je eigenen Wesen, so wenig erklärt sich heute die Entwicklung der historischen Prozesse aus der inneren Konstitution einzelner Staaten. Ohne den Zusammenbruch einer Weltmacht hätte es z.B. keinen Jugoslawienkrieg gegeben. Ohne Einflußnahme äußerer Mächte, maßgeblich der Deutschen, hätte wahrscheinlich nicht einmal dieser Zusammenbruch dazu gereicht. Seit Vietnam, das für das Ende der Kolonialzeit steht, und dem Zusammenbruch der Sowjetunion, der das Ende der Aufteilung in zwei Blöcke bedeutete, hat die durchgesetzte "One World" die weltweite Entwicklung quasi zum inneren Widerspruch gemacht. Mit ihr ist eine völlig neue Konstellation entstanden, die Geschichtswiederholung nicht mehr zuläßt, obwohl Parallelen aufzuzeigen sind und Begriffe verwendet werden müssen, die aus der Vergangenheit kommen.

Der Zusammenbruch eines Imperiums ist nicht gerade neu, obwohl er natürlich immer eine völlig veränderte Konstellation hervorbringt. Neu am Zusammenbruch des RGW ist der daraus hervorgehende Weltmarkt, den es in dieser Form noch nie gegeben hat. Er hat den bisherigen, vermittelten Weltmarkt in eine unvermittelte Weltproduktionsstätte verwandelt, in der zum ersten Mal alle als Konkurrenten gesetzt sind. Was das bedeutet, hat noch am allerwenigsten die ehemals zehntgrößte Industrienation der Welt zu spüren bekommen. Quasi über Nacht wurde nicht nur das Geld, sondern wurden die Produktionsmittel selbst wertlos. Nur bei wenigen Fabriken lohnte sich das Ausschlachten, in anderen konnte man noch Giftmüll unterstellen; alles andere müßte vom Metropolenbruder neu gebaut werden. Für diesen handelt es sich um ein Faß ohne Boden, das es zum ersten Mal seit dem Faschismus nötig macht, die absolute Mehrwertrate zu erhöhen. Ohne das Glück, Blut einer Herrenrasse in den Adern zu haben, wäre der freie Fall in die Peripherie für die Ossis unabwendbar gewesen, und die Mecklenburger hätten sich vielleicht überlegt, ob in Sachsen oder Thüringen nicht noch was zu holen ist.

Von der Zerstörung der Subsistenzproduktion ...

Natürlich war der Weltmarkt nie eine idyllische Angelegenheit. Er entstand aus dem Handelskapital und der ursprünglichen Akkumulation, die es nötig machten, unglaubliche Mengen von Waren auf andere Kontinente zu bringen, wenn man von der Sache wirklich etwas haben wollte. Da einem die Waren, mit denen man handeln wollte, aber nicht gehörten, mußte man sie der dortigen Bevölkerung erst einmal stehlen. Also klaute man alles zusammen, was woanders großen Gewinn versprach: Opium aus Ostindien, Silber aus Südamerika und Menschen aus Afrika. Die Eingeborenen wurden in den Minen oder auf den Pflanzungen regelrecht verschlissen und mußten durch afrikanische Sklaven ersetzt werden, da diese mehr aushielten. Marx meinte 1858, daß der Weltmarkt mit der Kolonisation von Kalifornien und Australien und dem Aufschluß von China und Japan hergestellt sei. Diese Kolonisation bedeutete für die Aborigines und die Präriendianer die fast vollständige Ausrottung, da sie als Sklaven nicht zu gebrauchen waren. Brutale Gewalt gebrauchte man auch, um den abgeschotteten chinesischen Markt zu öffnen, indem man China durch Krieg zum Opiumkonsum zwang.

Der Weltmarkt entstand also nicht durch abenteuerliche, friedliche Händler; und Kolonien entstanden nicht, weil die einen besser handeln oder tauschen konnten als die anderen. Tauschwert besaßen die Waren nur für die Kolonialisten. Den Kolonien wurden sie einfach geraubt und nicht, auch nicht gegen Glasperlen, eingetauscht. Genau das aber ist der Unterschied zum Weltmarkt mit IWF und Weltbank, wie wir ihn in den letzten Jahrzehnten erlebt haben.

Während des Kolonialsystems existierten in der überwiegenden Mehrzahl der Länder nämlich noch zwei grundlegend verschiedene Formen von Ökonomie. Nur in Ausnahmefällen, wie in den USA und in Australien, also dort, wo die ursprünglich dort lebende Bevölkerung fast vernichtet wurde, gelang es den Kolonialisten, eine eigenständige kapitalistische Wirtschaft zu entwickeln. In den übrigen Ländern blieben die Produktion von Rohstoffen für die Kolonialisten, die über diese vermittelt auf den Weltmarkt kamen, und die Produktion fürs Überleben der Bevölkerung deutlich geschiedene Sektoren. Die Subsistenzproduktion, die der Erhaltung des Status quo der Gemeinschaft diente und in der die Produktion von Waren etwas Zufälliges, die Ausnahme war, bot dem Kapital keinen Ansatzpunkt und war gegen sein Eindringen abgeschlossen. Erst im Laufe der Jahrhunderte gelang es den Europäern, die Subsistenzwirtschaft zu zerschlagen. Mit massiver Gewalt wurden die einheimischen Bauern immer weiter vertrieben, um auf dem so gewonnenen Grund und Boden Rohstoffe und Nahrungsmittel als Waren für den Weltmarkt herzustellen.

... zur "One World"

Als es durch nationale Befreiungskriege gelang, das Kolonialjoch abzuschütteln, nützte dies den neuen Nationen wenig. Ihre selbsthergestellten Produkte wurden ihnen zwar jetzt nicht mehr gestohlen und sie konnten, besser: sie mußten mit ihren Waren selbst auf den Weltmarkt gehen. Die jahrhundertelange Herrschaft der Europäer hatte ihnen nämlich als wichtigstes Erbe die Einbindung in den Weltmarkt hinterlassen, aufgrund der meist einseitigen Ausrichtung der Produktion, die ausschließlich für den Export taugte. Die Funktion der Peitsche des Kolonialherren übernahmen nun die Zinssätze und die "Terms of Trade". Das Kommando fiel dem in Weltbank und IWF organisierten internationalen Kapital zu, das inzwischen das durchgesetzt hat, was den Kolonialisten nur in Ansätzen gelungen war: die Ablösung der Subsi-

stenzproduktion durch die Mehrwertproduktion, die Umwandlung von Subsistenzproduktion in die Produktion von "Cash-Crops". Die naturwüchsige Gebrauchswertproduktion wurde also vollständig durch eine Produktion abgelöst, die sich ausschließlich an der Verwertung des Werts orientiert.

Obwohl damit alle Länder unabänderlich an den Weltmarkt gebunden waren und ihre Waren quasi als freie Händler anbieten konnten bzw. mußten, handelte es sich doch noch nicht um den totalen, unvermittelten Weltmarkt, wie wir ihn jetzt vorfinden. Es gab eigentlich zwei Weltmärkte, die zwar untereinander in allen möglichen Formen Handel trieben, für sich aber jeweils einen abgeschlossenen Markt bildeten. Im nachhinein war diese Konstellation für die Länder des Trikonts noch ein großes Glück, was zynisch klingen mag angesichts Millionen Hungertoter, die es in dieser Zeit gab. Als das Kapital noch Konkurrenz hatte, konnte man mit dem Versprechen, nicht zur Konkurrenz zu gehen, z.B. Energie billiger als auf dem heutigen Weltmarkt kaufen oder gar Subventionen für Rohstoffe bekommen. Dem jeweiligen Konkurrenten geostrategisch günstige Lagen als Militärstützpunkte anzubieten, brachte mindestens zusätzliche Gelder und oft die Möglichkeit, Waren zu festen Quoten und Preisen auf dem jeweiligen Markt loszuwerden. Mit dem Verschwinden der Konkurrenz sind solcherlei Werbungskosten fürs Kapital nicht mehr nötig, denn jetzt gibt es sie ja endlich — die "One World".

Das Kapital hat den Weltmarkt durchgesetzt, total und unvermittelt. Doch in der Totalität zerfällt er, denn ohne Konkurrenz sind jetzt alle ganz unvermittelt als Konkurrenten gesetzt. Jetzt muß die eigene Nationalökonomie stark genug sein, um sich auf dem Weltmarkt durchsetzen zu können. Dieses darwinistische Prinzip gilt auch für die westlichen Industrienationen, trotz G7, NATO und unglaublichen Kapitalverflechtungen. Denn mit dem Untergang des "Reichs des Bösen" verschwindet natürlich auch das "Reich des Guten": kein Pol ohne Gegenpol — obwohl gerade die neu in die Peripherie geschleuderten Ostblockländer glauben, er sei noch da. Regionen wie Slowenien, Kroatien und Tschechien haben sich deshalb rigoros aus ihren bisherigen Staatsgrenzen gelöst und versuchen, über alte Seilschaften aus dem Trikont zu entkommen.

Wo die Nationalökonomie zerfällt, das heißt auf dem Weltmarkt chancenlos ist, zerfällt auch die Nation. Die unzähligen Stammeskriege, die z.Zt. in Schwarzafrika geführt werden, resultieren eben nicht aus den künstlich gezogenen Grenzen der Kolonialisten, nach denen Stamm A mit Stamm B in einem Staat zusammenleben mußte.

Die Entstehung der Raubökonomie

Nur durch die völkische Brille betrachtet gehört die Nation zur Ersten Natur. In Wahrheit ist die Nation eben nichts anderes als der gelungene Versuch unterschiedlichster Menschen einer Region, während der Herrschaft des Bürgertums eine gemeinsame Ökonomie herzustellen. Jede Nationalökonomie und damit jede Nation ist ein künstliches Gebilde, das zerfällt, sobald es seinen Zweck nicht mehr erfüllt, z.B. die dort lebenden Menschen zu ernähren. Eine Rückkehr in die Subsistenzwirtschaft läßt die durchgesetzte kapitalistische Produktionsweise aber nicht mehr zu, und für eine notwendig innovative Weiterführung dieser Produktionsweise langt der Tauschwert ihrer Waren bei weitem nicht. Es bleibt ein Leben von der Substanz, das unweigerlich in den gegenseitigen Raub führen muß. Dabei entstehen durch den Zerfall neben den alten Clans und Stämmen auch ganz neue Cliquen und Banden, die die neue Form der Ökonomie, eben die Raubökonomie, durchsetzen. Da die meisten Raubzüge bisher noch auf festgelegtem Territorium stattfinden, verwechseln viele sie mit Befreiungskriegen aus der Kolonialzeit. Warum sollen nicht jeder Stamm und jede religiöse Sekte ihre eigene Nation bekommen?

Nun, erstens weil es dann Eingeborenendörfer und keine Nationen wären, auch wenn man sie so nennen würde, und zweitens weil diese Form des Gemeinwesens genausowenig zurückzuholen ist wie die dazu gehörende Ökonomie, die Subsistenzwirtschaft. Bei den ganz "Fortschrittlichen" ist diese Verbrämung von gemeinsamem Blut und Stamm, Ideologie oder Religion, heute schon ganz weggefallen, wie man an den somalischen "Technics" sehen konnte, die zum Teil tageweise die Fronten wechselten. Mit dem schönen Satz "Mein Herrschaftsgebiet ist da, wo meine Männer sind" machte ein afghanischer "War-Lord" deutlich, daß auch die Zeiten, in denen man noch ein bestimmtes Territorium für sich beanspruchte, seit langem vorbei sind. Wie Heuschreckenschwärme ziehen diese modernen Nomaden durchs Land, mit der einzigen Aufgabe, die verbliebenen Reste einer maroden Ökonomie in Trümmer zu legen und auszuschlachten. Die Produktionsmittel selbst werden zerstört und lassen so eine kapitalistische Verwertung nicht mehr zu. Was von Linken revolutionär gedacht war, wird in diesen Regionen durchgesetzt: die Abschaffung des Geldes. Mögen diese modernen Banden noch Beute machen, die auf abgeschotteten Mafiamärkten auf Dollarbasis getauscht werden kann, für die zurückgelassene Bevölkerung ist das Geld negativ aufgehoben. Sie ist auf den direkten Tausch, wie Eingeborene vor der Kolonialzeit, angewiesen; diesmal allerdings ohne funktionierende Schattenwirtschaft. So entstehen auf der von Metropolenmenschen gemachten Landkarte wieder weiße Flecken, wie zu Columbus' Zeiten — zuerst nur auf der ökonomischen Karte, später aber auch auf der geographischen, weil Gebiete, in denen außer Raub und Mord nichts mehr passiert, keiner mehr sehen und schon gar nicht dorthin fahren mag.

Mit vollem Recht könnte man schon an dieser Stelle von einer Regression sprechen, weil zum einen der Weltmarkt nicht mehr die ganze Welt umspannt und zum anderen in den rausgefallenen Gebieten die kapitalistische Produktionsweise nicht mehr funktioniert. Doch wäre es müßig, mit Metropolenmenschen darüber zu reden, bliebe diese auf den Trikont beschränkt. Zu sehr ahnten die Menschen hier, daß ihr Wohlstand in direkter Beziehung zu den Hungertoten dort stand. Daß die Grenze nur zwischen oben und unten verlaufe und nicht auch zwischen den Völkern, war nur eine andere Form der bürgerlichen "Brot-für-die-Welt"-Weihnachtsspende und hatte die gleiche Alibifunktion. Die jetzt endende Etappe der indirekten Gewalt durch Zinssätze und Weltbankdiktate machte es den Menschen hier offensichtlich leicht, Zusammenhänge nicht verstehen zu wollen. Aber die Regression vollzieht sich natürlich keineswegs nur im Trikont, sondern auf dem gesamten Weltmarkt und damit in der bürgerlichen Gesellschaft, deren eigentliche Aufgabe es einmal war, diesen herzustellen.

Ursprüngliche Akkumulation und Zweite Natur

Um später zusammenzukriegen, was diesmal in der Tat zusammengehört, ist noch einmal ein kurzer Rückblick nötig. Oben haben wir einen Aspekt der ursprünglichen Akkumulation betrachtet, der letztendlich zum Weltmarkt führte, Raub und Handel.

Der andere wichtige Aspekt ist die Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise und der damit verbundenen bürgerlichen Gesellschaft. Die kapitalistische Produktionsweise konnte nur eingeführt werden durch die völlige Zerschlagung jeglicher Subsistenzwirtschaft. Es mußte eine absolute Trennung des Produzenten von seinen Produktionsmitteln erreicht werden. Der Bauer durfte nicht mehr an die Scholle oder als Leibeigener an den Fürsten gefesselt sein, genauso wenig wie der Handwerker an seine Zunft. Zum Aufbau der kapitalistischen Produktionsweise brauchte man den wirklich freien Arbeiter, und zwar in Massen. So wurden die Bauern von ihren Äckern vertrieben und ihre Höfe angezündet, um z.B. in England Weideland daraus zu machen. Gleichzeitig wurden Terrorgesetze gegen das Vagabundieren erlassen, die sich gegen die richteten, die keine Arbeit fanden oder nicht arbeiten wollten. Die Strafpalette reichte vom Auspeitschen, Brandmarken und Ohrenabschneiden bis zum Dienst auf der Galeere und Aufhängen. Jahrhunderte dauerte es, den Menschen die für den Kapitalismus nötige Disziplin einzutrichtern.

Mit der Zehnstundenbill bewies der Kapitalismus 1850 in England erstmals, daß er in der Lage war, die Arbeiterklasse der führenden Industrienation auszubeuten, ohne sie gleichzeitig physisch zu vernichten. Marx sprach damals von der "physischen und moralischen Wiedergeburt" der englischen Arbeiterklasse (MEW 23, S. 313).

"Im Fortgang der kapitalistischen Produktionsweise entwickelt sich eine Arbeiterklasse, die aus Erziehung, Tradition, Gewohnheit die Anforderungen jener Produktionsweise als selbstverständliche Naturgesetze anerkennt." (ebd., S. 765) Diese Anerkennung setzte die Befriedigung der existentiellen Bedürfnisse durch das Kapitalverhältnis wesentlich voraus. Der Verkauf der Ware Arbeitskraft war die Haupterwerbsquelle, aus der die Mittel für die Reproduktion stammten; es existierten daneben aber noch lange andere Möglichkeiten des Zuerwerbs, die an ältere Formen der Subsistenz erinnerten, wie beispielsweise die Bestellung kleinerer Äcker oder Gärten sowie die Haltung von Kleinvieh. Diese Arbeiten wurden nach Schichtende oder von Frauen und Kindern erledigt. Mit dem Wegfall dieser außerkapitalistischen Residuen war der Integrationsprozeß der Arbeiterklasse ins Kapitalverhältnis abgeschlossen, insofern die Reproduktion selbst Gegenstand einer eigens dafür sich herstellenden Industrie wurde. Jetzt, wo sie von nichts anderem mehr weiß, wird die Ware Arbeitskraft vollständig Teil der Totalität des Kapitalverhältnisses. Die Konkretisierung der Bedürfnisse wird nun über das Angebot hergestellt. Krahl sah in diesem Prozeß die "Nivellation des Marktes"; es hat "nicht nur endgültig die Verpackung über das Produkt gesiegt — der Gebrauchswert ist zerstört — wir konsumieren Reklame, wenn wir essen und trinken, und ernähren uns doch davon." (Konstitution und Klassenkampf, S. 84) Die Menschen leben unter dem Diktat der Verwertung des Werts wie unter den Bedingungen natürlicher Notwendigkeiten; die Bewegungen des Kapitals, Hochkonjunkturen, Überproduktion und Rezession erleben sie wie vormals den Wechsel der Jahreszeiten, als quasi natürliche Ereignisse, über die niemand wirklich Macht hat und mit denen man sich folglich nur arrangieren kann. Der Begriff der kapitalistischen Gesellschaft als Zweiter Natur beinhaltet weiter, daß die Menschen in den Metropolen die Totalität des Kapitalverhältnisses nicht mehr als historisch entstandene und damit auch veränderbare Gesellschaftsformation erleben, sondern in ihr die eigentlich natürliche menschliche Produktions- und Lebensweise erblicken.

Verdinglichtes vs. völkisches Bewußtsein

Als Pendant zu diesem verdinglichten Bewußtsein, das im Kapitalverhältnis die Bedingung fortschreitender Naturbeherrschung ist, entstand im 20. Jahrhundert vor allem in Deutschland eine pseudokritische Haltung des Denkens, die in unterschiedlicher Art und Weise die Totalität der Zweiten Natur als "künstliches Gebilde" denunzierte, das dem menschlichen oder auch deutschen Wesen gänzlich fremd sei. Die Ahnung, daß die wachsende Naturbeherrschung nicht freier macht, sondern die Fessel nur noch straffer zieht, bringt immer wieder aufs Neue Reaktionen hervor, deren Gemeinsamkeit die Suche nach einem kosmischen Ganzen ist, in dem der Mensch sich glücklich schätzen darf, wenn ihm erlaubt wird, eine ihm zugewiesene Nische einzunehmen. Indem wahrheitswidrig behauptet wird, die gesellschaftliche Unterjochung der Natur habe zur Grundlage, daß der Mensch sich zum Mittelpunkt der Schöpfung gesetzt habe, also alle Produktion ausschließlich menschlichen Zwecken und Bedürfnissen unterworfen sei — was sie im Kapitalverhältnis ja gerade nicht ist — wird ihm, gegen seinen vorgeblichen Größenwahn, seine Ohnmacht gegenüber dem Naturganzen als sein wahres Schicksal vorgehalten, in das er sich zu fügen habe.

Diese Haltung, von Heidegger und den Seinen als "Seinshörigkeit" empfohlen, die heute neben allerlei Hexenhokuspokus und Schamanentum von den Grünen erfolgreich als Common Sense etabliert wurde, war die Grundlage des deutschen, völkischen Dunstkreises, aus dem die Nationalsozialisten hervorgingen. Die aus der falschen Kritik am Kapital abgeleitete Propaganda für die schicksalhafte Ohnmacht des Menschen in seiner Naturverfallenheit festigt nur die Unterwerfung unter die zunehmende Willkürherrschaft sich politisch organisierender Banden, die die anonyme Macht des Marktes, wie sie für das 19. Jahrhundert charakteristisch war, im 20. Jahrhundert überlagert und phasenweise abgelöst hat.

Die teuflische Befangenheit der Menschen in den Metropolen oszilliert je nach Bedarf zwischen diesen beiden Polen: dem verdinglichten Bewußtsein, das die historische Wirklichkeit der Zweiten Natur als überhistorisch ontologisiert, und dem pseudokritisch-völkischen Bewußtsein, das der Barbarisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse zuarbeitet und der unmittelbaren Gewalt zum Durchbruch verhilft. Ein Ausbruch aus der Totalität der Zweiten Natur scheint hier nur als Regression hinter die Kapitalverwertung, zurück zum einfachen Raubkrieg möglich zu sein.

Trikont und RGW-Staaten

Die Integration der im Trikont lebenden Menschen ist bis heute nicht vollständig gelungen. Sie wird inzwischen wieder rückgängig gemacht. Die ökonomische Einbindung der politisch selbständig gewordenen jungen Staaten durch die Ersetzung der Subsistenzproduktion durch "Cash-Crops", die mit der "Grünen Revolution" durchgesetzt wurde, blieb stets unsicher und prekär. Durch wenige Bewegungen auf dem Markt wurde oft eine ganze Jahresproduktion schlagartig entwertet. Halbwegs sichere Produktionsergebnisse scheint nur der Anbau von Mohn und Hanf zu gewährleisten.

Spätestens seit dem Ende des RGW erscheint den "Verdammten dieser Erde" der Kapitalismus als nachahmenswerte Entwicklungsweise, die — wenn sie nur gründlich kopiert werde — auch ihnen die Reichtümer der westlichen Staaten bescheren soll. Von diesen sind sie fasziniert wie Kinder, die sich an Schaufenstern die Nase

plattdrücken. Der Zustand der Metropolen wird ihnen zum Inbegriff des richtigen Lebens, die spätkapitalistische Gesellschaft als Ganzes zum Fetisch. Der objektive Zwang zur Kapitalverwertung, der vermittelt durch das Individuum als rücksichtsloser Bereicherungstrieb erscheint, ist ohne die materielle Basis der Metropolen (die ja das Ergebnis 500jähriger Plünderung und Ausbeutung sind) nicht gesellschaftlicher Motor einer ungehemmten Entwicklung, sondern wird zu nichts anderem als blankem Raub, der den einen um das bereichert, was er dem anderen nimmt. Post festum ist es wahrscheinlich richtig, anzunehmen, daß diese Staaten am Ende ihrer siegreichen Befreiungskämpfe keine Chancen hatten, nichtkapitalistische Gesellschaften zu bilden, solange der Spätkapitalismus seine Herrschaft über den Weltmarkt konstituiert. Che Guevara, der das Finanzministerium verließ und in den bolivianischen Dschungel ging, mag diesen objektiven Druck gespürt haben.

Der Zusammenbruch des RGW, der immerhin behauptet hatte, der blinden Verwertung des Kapitals die Planung der Produktion nach menschlichen Bedürfnissen entgegenzusetzen, erschien dem falschen, verdinglichten Bewußtsein als Triumph der unverfälschten, "natürlich"-menschlichen Produktionsweise, eben der des Kapitals über seinen unnatürlich und voluntaristisch verzerrten Widerpart. Die Naivität, zu glauben, mit ein wenig Hilfestellung würden auf dessen Terrain "blühende Landschaften" entstehen, rührte von der Gewißheit her, der ganze produktive Apparat müsse nur zurück in sein natürliches Scharnier, das Produktionsziel Kapitalverwertung, gehoben werden und alles würde laufen wie am Schnürchen. Im Kern war das gescheiterte Modell jedoch nie über den Staatskapitalismus hinausgekommen. Nicht zuletzt aufgrund der furchtbaren Rückständigkeit der russischen Gesellschaft von 1917 steht der Kommunismus erst heute auf der Tagesordnung. Daß er heute möglich wäre, macht seine Realisierung aber nicht gerade sicherer. Die faschistischen Konterrevolutionäre setzen nicht ohne Grund auf die Hoffnung vieler Menschen, sie müßten nur den Westen imitieren, um schon bald im Mercedes zur Arbeit fahren zu können. Ein Traum, der für die neuen Führer und Banden zur Wirklichkeit wurde.

Die Niederlage des RGW auf dem Weltmarkt und damit der Zerfall des Ostblocks erzwingt dort die gleiche Ökonomie wie in den alten Trikontländern, mit sämtlichen Folgen. Versuche, bestimmte Territorien abzustecken oder neu zu gliedern, stellen ausschließlich Rückzugsgefechte dar und sind gerade das Gegenteil der bürgerlichen Nationenbildung des 19. Jahrhunderts. Diese neuen Staaten- und Nationengebilde bleiben instabil, weil sie ökonomisch auf dem Weltmarkt keine Chance haben. Kurzfristig halten sich einige Regionen über Wasser, indem sie einfach einen großen Räumungsverkauf veranstalten. Kapitalistische Produktionsweise kann man das aber kaum noch nennen, weil kein Kapital mehr akkumuliert wird. Fabriken abzuwracken, um aus dem Schrott Stahl zu produzieren, verschafft einem auf dem Weltmarkt nur kurzfristig Vorteile und verschleiert für ein paar Jahre die wahre Situation. Hier entsteht keine Krise durch den tendenziellen Fall der Profitrate, indem das Capital fixe prozentual immer größer wird, sondern hier wird Capital fixe vernichtet. Die durch den Ausverkauf noch kurze Zeit fließenden Devisen reichen nicht einmal mehr zur notdürftigsten Versorgung der Bevölkerung; sie können also in keiner Weise akkumuliert werden. Zynisch drängt der Westen auf freie Marktwirtschaft, ohne selbst auch nur eine müde Mark zu investieren. Zu deutlich hat die BRD vorgeführt, wie sehr man sich selbst bei dem Versuch, ein so winziges Land wie die DDR auf Weltniveau zu bringen, verheben kann. Weil jeder die ausweglose Lage kennt und der Zusammenbruch eines Riesenreichs zu so etwas immer herausfordert, wird das Primat der Ökonomie verdrängt vom Primat der Politik.

Politik der Vorkriegszeit

Wir haben oben bereits gesehen, wie aus dem Zusammenbruch des RGW die Regression des Weltmarkts resultiert und warum mit dieser Regression der Zerfall von Staaten bzw. Nationen in Clans und Rakkets verbunden ist. Diese Rückentwicklung von Ökonomie in modernes Raubrittertum geschieht natürlich nicht nur im Trikont, sondern ist im Prinzip auch für die ehemaligen RGW-Länder und den Westen von Bedeutung. Der Zusammenbruch und Zerfall vor allem der Sowjetunion eröffnet den Siegern, also den westlichen Metropolen, ganz neue Möglichkeiten; dies allerdings gerade nicht ökonomisch, weil sich etwa neue Absatzmärkte etc. auftäten, sondern rein politisch. Der verzweifelte Versuch vieler Linker, einen vernünftigen ökonomischen Grund zu finden, warum Deutschland z.B. den Jugoslawienkrieg angezettelt hat, stammt noch aus einem Denken der Nachkriegszeit. In der jetzt herrschenden Vorkriegszeit können aber politische Handlungen durchaus vernünftig sein, selbst wenn sie einem ökonomischen Kalkül vorläufig widersprechen. Die auch den Siegern gesetzte Konkurrenz als Totalität macht es nötig, sich auch nach außerökonomischen Vorteilen umzusehen, und der Zerfall des RGW birgt gute Möglichkeiten, sich solche zu verschaffen. Ist der Gegner ökonomisch am Boden, weil er auf dem Weltmarkt niedergerungen wurde, heißt das ja keineswegs, daß es keine Beute zu verteilen gibt. Zunächst aber kommt es darauf an, den Sieg zu vervollständigen, nach der ökonomischen Niederlage also den politischen Todesstoß zu versetzen. So ist der Zerfallsprozeß ehemals handlungsfähiger Staaten in Operettenstaaten und Stämme ein enormer Herrschaftsgewinn für die Sieger. Das krampfhafte Bemühen, einen versoffenen Banditenhäuptling als Staatschef von Rußland zu halten, gilt weder der Person (die beim jetzigen Lesen vielleicht schon keiner mehr kennt) noch dem Pathos von Demokratie und Marktwirtschaft und erst recht nicht der Erhaltung des russischen Staates. Erst jugoslawische Verhältnisse würden den Sieg perfektionieren. Nur weil es noch nicht ausgemacht ist, ob alte Cliquen und neue Banden ihren Herrschaftsbereich regional absichern können oder ob sich aus den damit verbundenen Wirren ein russischer Napoleon erhebt, der die noch vorhandene militärische Macht in neue politische Macht umsetzen kann und gen Westen zieht, agiert der Westen zur Zeit vorsichtig. Natürlich ist auch die jugoslawische Variante ein Vabanquespiel, schon weil nicht klar ist, wievielen Verrückten damit ein großes Arsenal von Atomwaffen zur Verfügung stehen würde.

Die BRD jedenfalls scheint sich auf genau diese Zukunft vorzubereiten. Von der Ostsee bis zum Mittelmeer wurde ein Cordon sanitaire aus Polen, Tschechen und Kroaten gegen alles geschaffen, was mal aus dem Osten kommen mag. So wird aus einem eventuellen Frontabschnitt ein durch Hilfsvölker abgesichertes Hinterland, und die NATO-Strategie der schnellen Eingreiftruppen erscheint so erst im richtigen Licht. Als Abwehr und Räuberbande zugleich soll diese moderne Söldnertruppe kurzfristig genehme Parteien und Cliquen unterstützen, um z.B. Rohstofflieferungen zu sichern; aber sie soll auch Totalfrustrierten den Druck aufs rote Knöpfchen verwehren. Somalia ist dafür ein gutes Übungsfeld, weil es genauso harmlos wie bedeutungslos ist. Notwendig ist nur der Test, was eine Truppe in einem Land anstellen kann, das

völlig aus dem Ruder gelaufen ist und in dem die chaotisch-barbarischen Zustände bereits herrschen. Der Test taugt für die Ostrealität wohl nicht viel, weil sie es hier nicht nur mit "Technics" und Maschinengewehren zu tun bekommen werden. Deshalb ist die dahintersteckende Strategie, aus einem gesicherten Hinterland heraus operieren zu können, auch absurd. Die schönen, ruhigen Zeiten sind für die Metropolen ein für alle Mal vorbei, weil der rein ökonomische Raub über den ungleichen Tausch nicht mehr richtig funktioniert und weil es den inneren Markt des RGW gar nicht mehr gibt. Vorbei ist auch die Zeit, in der man auf diesem Markt immer mal wieder einen Großteil der Überproduktion wie z.B. Butter- und Weizenberge verscherbeln konnte. Heute haben diese Aktionen keinen ökonomischen Sinn mehr, sondern nur noch einen politischen, nämlich den jeweils genehmen Führer zu stützen, der dann auch bereit ist, die Drecksarbeit für seine Gönner zu verrichten. Daß diese Führer aber auch eigene Vorstellungen haben und keineswegs immer an der kurzen Leine gehalten werden können, hat sich schon im Irak gezeigt. Nur machen das militärische Potential und die Anzahl der alten Clans und Rackets den Wüstensturm im nachhinein zum harmlosen Sandkastenspiel. Auch in puncto Skrupellosigkeit und Brutalität braucht sich keiner dieser neu ernannten Häuptlinge hinter dem irakischen Diktator zu verstecken. Die Vorstellung vom ruhigen Hinterland ist schon deshalb eine Illusion, weil man die Festung immer wieder verlassen muß, um im eigenen Sinne regulierend einzugreifen. Vor allem aber ändern sich die gesellschaftlichen Verhältnisse im Hinterland, also in den Metropolen, gravierend. In der Nachkriegszeit blieb es den Schreibtischtätern von IWF und Weltbank vorbehalten, durch "Terms of Trade" und Zinssätze ganze Länder auszuplündern und damit Millionen von Hungertoten in Kauf zu nehmen. Die Metropolenbevölkerung ahnte zwar die Zusammenhänge, schaffte es aber durch hervorragende Verdrängungsleistungen und die damit verbundene Verblödung, ihr Gewissen rein zu halten. Der vermittelte Raub durchs Kapital blieb eine saubere Sache und ließ das Seelenheil unbeschadet; schließlich hatte man ja auch was davon, wenn die Jeans oder der Kaffee wieder mal billiger wurden. Nun gab es in der Nachkriegszeit natürlich auch Militäraktionen, aber es gab ja auch das "Reich des Bösen". Diese bösartigen Menschen strebten immerhin nach der Weltherrschaft, um der Metropolenbevölkerung dann das Bananenessen verbieten zu können. So blieb der Seelenfrieden ungetrübt, weil für die Vernichtung des Bösen eben Opfer gebracht werden müssen. Ist das Böse aber vernichtet, ist alles gut — oder alles böse! Der Kristallisationspunkt fällt weg und damit der letzte verbliebene Sinn der bürgerlichen Demokratie. Die bürgerliche Gesellschaft zerfällt, und es entsteht eine Raubrittermentalität, die quer durch alle Schichten geht, aber das nach wie vor funktionierende Kapitalverhältnis, also die Verwertung des Werts, beibehält. Auf diese Weise tritt zur Willkürherrschaft der sachlichen Verhältnisse eine zusätzliche — die politische — hinzu und setzt jene so als gedoppelte.

Die Zerstörung der Vernunft

In Frankreich spricht man von der größten moralischen Herausforderung seit dem Zweiten Weltkrieg, in Deutschland, wo der Mob gerade wieder anfängt, Politik zu machen, indem er Menschen verbrennt, ist von Politikverdrossenheit die Rede, und in Italien hat schon jeder zehnte gewählte Politiker ein Strafverfahren am Hals. Völlig willkürlich werden dabei Politiker oder Konzernbosse von der Justiz oder der Meute geschaßt, weil es wirkliche Unterschiede nicht mehr gibt. Ob Zuckermafia, Müllmafia oder Mafia, wer heute noch den großen Boß mimt, kann morgen schon ganz unten sein, weil er den falschen Richter oder Journalisten geschmiert hat. Was war schon der legendäre englische Postraub gegen den genialen Coup mit dem Grünen Punkt? Wo aber reine Willkür herrscht, kann jeder mit gutem Grund annehmen, er müsse selbst sehen, wo er bleibt, und sich halt nehmen, was ihm zusteht. Dieser innere Zustand ist nur die Reflexion einer Außenpolitik à la Genscher, die versuchte, mit Hilfe faschistischer Banden Jugoslawien zu zerschlagen, um sich eigene kleine Satellitenstaaten zu schaffen.

Mit der durchgesetzten Totalität der Willkürherrschaft sachlicher Verhältnisse war schon jegliche Vernunft am Ende, seit aber die politische Willkürherrschaft dazugekommen ist, wird auch jegliche ökonomische Gesetzmäßigkeit außer Kraft gesetzt (oder auch kurzfristig reinstalliert). Es läuft einem eiskalt den Rücken runter, wenn man sich dieses Horrorszenario konkret vorstellt. Trotzdem — als auf die Spitze getriebene politische Willkürherrschaft wird der Schein der Zweiten Natur, die Willkürherrschaft der Sachen, transparent und aufgehoben, wenn auch nur durch barbarische Regression. Vielleicht besteht damit aber noch einmal die Möglichkeit, durch die militärische Zerschlagung der unmittelbaren Herrschaft gesellschaftliche Verhältnisse zu schaffen, in denen die Produktion nicht Selbstzweck, sondern vernünftig wäre. Die eventuell in einem Dritten Weltkrieg sich stellende Alternative hieße dann nicht mehr Kommunismus oder Barbarei, da Barbarei bereits der heutige Zustand der meisten Staaten ist. Der Verlauf des Krieges entscheidet zwischen Kommunismus und dem Tod jeder zivilisierten menschlichen Gesellschaft.

Gerd Kuhnen, Holger Schlüter

Die Avantgardefunktion der deutschen Jugoslawienpolitik

Intervention — Selbstbestimmungsrecht — völkisches Prinzip

Die Veränderungen in der Welt entziehen sich den traditionell linken Vorstellungen des Kampfes um Befreiung. Nicht erst im Golfkrieg (dort aber offensichtlich) ist deutlich geworden, daß Konflikte zwischen Imperialismus, Subimperialismen, Regionalmächten und abhängigen Staaten immer weniger mit Befreiung und immer mehr mit Herrschafts- und Elitenwechsel verbunden sind. Auch in der Vergangenheit war dies häufig das Ergebnis nationaler Befreiungsbewegungen, aber heute bildet es zumeist das einzige übriggebliebene Ziel; es gibt keine darüber hinausgehende Programmatik. Der Zusammenbruch der RGW-Ökonomien hat Machtkämpfe der Eliten um eine nationalkapitalistische Herrschaft ausgelöst. Jugoslawiens Zerfall ist dafür ein markantes Beispiel. Man wird als Kommunist oder radikaler Linker das Bestreben neuer politischer Nationaleliten in Slowenien und Kroatien nach Eigenstaatlichkeit so wenig einen Befreiungskampf nennen können wie den Kampf der serbischen Führung gegen Sezession und Einmischung von außen und für ein serbisch dominiertes Rest-Jugoslawien. Wer den einen Kampf als gerecht und den anderen als ungerecht voneinander scheiden möchte, irrt nicht nur, sondern findet sich, egal für welche Seite er sich entscheidet, im falschen Lager wieder.

Wer im gnadenlosen Konkurrenzwettlauf der einen zu Lasten der anderen um einen Platz an der marktwirtschaftlichen Sonne Begriffe wie Selbstbestimmung, Demokratie und Menschenrechte für bare Münze nimmt, wird zugeben müssen, daß sie nicht für alle gedacht sind und sein können. Eine "europäisch" begründete Entscheidung für Kroatien und Slowenien muß zu Lasten der Abgekoppelten gehen. Wer also meint, mit "Menscheln" die Entwicklungen moralisch qualifizieren zu können (böse Serben gegen gute Kroaten und Muslime), hat vom grundsätzlichen Dilemma im jugoslawischen Konflikt nicht viel verstanden, wenn nicht sowieso das "Menscheln" die eigene proimperialistische Parteinahme vertuschen soll: Es gibt auf der Basis der aktuellen Alternativen keine friedliche und schon gar keine "selbstbestimmte" Entwicklung.

Die deutsche Politik hat dies frühzeitig begriffen und deshalb die brutalste Variante — die Sezession und Auflösung Jugoslawiens — unterstützt. Die Parteilichkeit zur einen wie zur anderen Seite muß bis zur Unkenntlichkeit dessen, was links ist, argumentieren. Im Golfkrieg war die Konsequenz der linken Realpolitik der Übergang vieler Linker ins Lager der "Bellizisten", die Parteilichkeit für die westlich-imperialistischen Hegemoniebestrebungen und ihre Weltordnungsvorstellungen.

Immerhin war diese in der deutschen Diskussion teilweise überlagert vom ehrenwerten Motiv, antisemitische, antiisraelische Positionen in spezifisch deutscher Tradition zu bekämpfen. Das hat allerdings die Analyse der Entwicklung nicht richtiger und die reale Konsequenz nicht ehrenwerter gemacht. Bereits in der französischen und italienischen linken Golf-Diskussion zählte das antideutsche Moment nicht, und doch war die Debatte vergleichbar polarisiert. Im Streit um eine Intervention in Jugoslawien wiederholt sich das Motiv der besonderen Verantwortung gerade von Deutschen in antifaschistischer Tradition, einen Völkermord zu verhindern. In diesem Fall hat es auch seinen Ehrenwert verloren.

Partei gegen den Imperialismus

Allerdings wird die neue Diskussion gegenüber dem politischen Frontverlauf im Golfkrieg seitenverkehrt geführt. Die "konkret" hat sich im antideutschen Motiv blamiert, als sie im Oktober 1991 meinte, eine Rede von Milosevic vor der Jugoslawien-Konferenz in Den Haag veröffentlichen zu müssen, *"die in ihrer Klarheit und Vernünftigkeit verstehen läßt, warum die Deutschen mit ihrer antiserbischen Hetze so allein dastehen."* Die Parteilichkeit für den Nationalisten und Demagogen Milosevic war so fehl am Platz, wie es die anderer für Saddam Hussein war. Vor allem aber täuschte sich die "konkret" in der Isolation Deutschlands. Der bisherige Verlauf zeigt, daß es der deutschen Politik gelungen ist, den Bündnispartnern ihre antiserbische Linie der Zerschlagung Jugoslawiens aufzuzwingen. Nicht Deutschland war isoliert, sondern es trieb die anderen vor sich her. Über die Gründe dafür weiter unten. Demgegenüber haben sich die Gegner einer Golf-Intervention vom ehemaligen KB ("Mehrheit"), denen das antideutsche Motiv ein Greuel ist, beharrlich von der antiserbischen Einschätzung des jugoslawischen Konflikts zu Interventionsbefürwortern entwickelt (siehe den nebenstehenden Kasten).

Die Veränderung der Weltlage, die Durchsetzung des einen, nur noch von den imperialistischen Konkurrenten beherrschten Weltmarkts und das Fehlen jeglicher sozialistischen Alternative hat bewirkt, daß es für eine Befreiung in der derzeitigen Lage weder ein "Subjekt" noch eine Perspektive gibt. Es existiert keine relevante sozialistische Bewegung, die unterstützenswerte ökonomische und politische Ziele hat. Das macht, daß "Antiimperialismus" der Tat im wesentlichen eine Sache der Saddams, Milosevics und wessen auch immer ist. Die Parteilichkeit der Linken muß heute deshalb darin bestehen, strikt antiimperialistisch über den Charakter der Konflikte aufzuklären und eine antiimperialistische Kritik zu entwickeln sowie die wenigen Rudimente antiimperialistischer Gegenwehr in "sozialistischer Absicht" wie z.B. Kuba zu unterstützen. *Die Parteilichkeit definiert sich als Partei gegen den Imperialismus.*

Jeder Gedanke an ein anderes als humanitäres Eingreifen (das in der Regel auch politisch funktionalisiert wird), beispielsweise im jugoslawischen Konflikt, muß sich der eigenen politischen *Ohnmacht* bewußt sein. In Jugoslawien besteht die Ausweglosigkeit darin, daß es mehr oder weniger westlich und marktwirtschaftlich orientierte nationalistische Bewegungen gab, zwischen denen der Jugoslawismus zerrieben wurde.

Zerfall Jugoslawiens und Selbstbestimmungsrecht

Die Krokodilstränen, die für ein kosmopolitisches Sarajewo/Bosnien vergossen werden, sind in der westlichen Realität nichts weiter als ein Kampfmittel gegen die "Serbokommunisten" in Belgrad. Real hat es keine Kraft gegeben, die ernsthaft diese Alternative erhalten wollte, sonst hätte die Sezession vermieden werden müssen. Sie hat jedem Zusammenleben der verschiede-

nen Traditionen, Religionen und Kulturen den Boden entzogen.

Die Auflösung Jugoslawiens hat eine innere Dynamik und eine außenbestimmte Verlaufsform. Die innere Dynamik ist davon bestimmt, daß der ökonomische Zusammenbruch der zentral verwalteten Regionalwirtschaften (Autonomie der jugoslawischen Republiken) in Abhängigkeit von der Weltbank/IWF-Verschuldung und dem Handel mit der EG den im alten Jugoslawien gepflegten Regionalismus als neuen Nationalismus hervorbrachte. Das wirtschaftliche Nord-Süd-Gefälle vom "reichen" Slowenien zum armen Kosovo und Mazedonien begünstigte die nationale Sezession in dem Augenblick, in dem der Vorteil nicht mehr im gemeinsamen Staats- und Wirtschaftsverband gesehen, sondern vor allem seit 1989/90 im schnellstmöglichen Anschluß an den Westen, die EG, erhofft wurde. Daß Slowenien und Kroatien als wirtschaftlich stärkere Regionen sich hierfür größere Chancen durch die Abtrennung von den ökonomisch weniger entwickelten Republiken ausrechneten, wurde durch das Vorbild der vermeintlich bevorstehenden EG-Assoziierung Polens, der CSFR und Ungarns angespornt.

Doch war diese Vorstellung von Anfang an illusorisch, da die EG-Hierarchie "konzentrischer Kreise" von "abnehmender wirtschaftlicher Intensität" um den EG-Kern wohlweislich verhindert, daß jeder an die Fleischtöpfe rankommt. Auch die Widersprüche in der EG um die Osterweiterung, die in erster Linie ein deutsches Projekt ist, standen gegen die erhoffte schnelle Wirtschaftsintegration. Die Hoffnung des slowenischen Wirtschaftsministers Muncinger aus dem November 1991, daß nach den Zerstörungen des Krieges der Wiederaufbau die Möglichkeit böte, "den Wirtschaftsaufbau auf moderner Basis zu bewerkstelligen, wie in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg", konnte nicht aufgehen, da das Marshall-Plan-Interesse der USA an Deutschland sich ökonomisch auf ein hochentwickeltes Industrieland bezog und politisch-strategisch auf den Wiederaufbau Westdeutschlands als "Bollwerk gegen den Kommunismus" ausrichtete.

Der kroatische und slowenische Nationalismus zur Vorbereitung der Sezession steuerte zielstrebig die eigene Westorientierung mit Deutschland als "Schutzmacht" an (der Kongreß der früheren slowenischen Kommunisten im Februar 1990 stand unter dem Motto "Europa jetzt!"). Entgegen der weitverbreiteten Anschauung, in Slowenien habe es nur einen vergleichsweise "gemäßigten" Nationalismus gegeben, diskutierten slowenische Intellektuelle bereits seit 1987 die "kulturelle Zugehörigkeit zu Mitteleuropa" und setzten sich von jugoslawischen "Lumpennaivlingen" und "Lumpenrevolutionären" und den "übervermehrten Ratten oder Ameisen" im Kosovo ab, jenen Albanern, die im jugoslawischen Slowenien den Defacto-Status von "Gastarbeitern" hatten. Ähnlich wie in Kroatien war die christlich-katholische Abgrenzung gegenüber den "tribalistischen" und "asiatischen" Slawen in Belgrad und dem südlichen Jugoslawien für die slowenische Nation konstitutiv. In einem offenen Brief an amerikanische Wissenschaftler warb der slowenische Technologieminister Tancig im Juni 1991 für die Anerkennung des Landes sowohl mit der westlichen Kultur Sloweniens als auch mit seiner Funktion als "cordon sanitaire" gegen die "östliche Flut des Chaos" (1). Die ethnische Homogenität Sloweniens, seine Tradition als Teil des Habsburger Reiches und sein bewußt auf Westeuropa orientiertes Bekenntnis zu den westlichen Freiheitswerten haben eine andere innere Verlaufsform des Konflikts ermöglicht, zumal die serbisch dominierte jugoslawische Führung sich nach kurzem Kriegsverlauf schnell aus Slowenien zurückzog, um die Gebiete zu erobern und zu

Linke Realpolitik und Intervention: der Ex-KB ("Mehrheit")

Die Zeitung des ehemaligen KB ("Mehrheit"), der "ak", hat ihre strikt antiserbische, prodeutsche Parteinahme im jugoslawischen Krieg programmatisch untermauert (1).

In einer Jugoslawienbeilage des "ak" (Nr. 356) überraschen uns die AutorInnen der "ak"-Redaktion nicht nur mit der bahnbrechenden Erkenntnis, daß die meisten sogenannten Nationalitätenkonflikte gar nicht nationalistisch oder ethnisch motiviert seien, sondern andere Widersprüche, z.B. ökonomische Konkurrenz, zum Hintergrund hätten. Wer dies als "neue Analyse" verkauft, beweist nur, daß er selber dem Mythos von Nation und ethnischem Volk als "natürlichen Gegebenheiten" aufgesessen ist. Zwar hält der "ak" eine Militärintervention gegen Serbien wegen unklarer Frontverläufe für nicht akzeptabel, doch ist für ihn auch klar, daß die Ursache dafür im Versagen der EG und der USA gelegen habe, die *"mit ihrem geradezu erpresserischen Bestehen auf der Einheit Jugoslawiens"* den Schlamassel angerichtet hätten. Weil die AutorInnen nicht nur die Konsequenz aus der Konkurrenz — die ökonomisch Stärkeren (Slowenien und Kroatien) hängen die Schwächeren ab — für natürlich halten, sondern auch die ethnisch und territorial definierte Staatenbildung (sofern sie nicht von Serben betrieben wird) entlang angeblich gewachsener Grenzen, klagen sie die fehlende Erpressung gegen Jugoslawien/Serbien zu Beginn des Krieges als mögliche "Kriegsverhinderung" ein. Die EG und die USA hätten 1990/91 Kredite und Unterstützung nur an die Bedingung einer Aufteilung Jugoslawiens knüpfen dürfen. Für die Zukunft fordert ein Teil der ganz realpolitisch in Alternative zu Carrington, Vance und Owen argumentierenden "ak"-RedakteurInnen die Notwendigkeit einer *"Polizei-Möglichkeit"* der *"internationalen Gemeinschaft"*, die nicht *"im Interesse der großen imperialistischen Staaten"* agiert.

Solcherart Realpolitik kann bei der Alternative zwischen der Wahl für die ethnisch-nationalistischen und kriegerischen Auflösungsprozesse bisheriger Nationalstaaten bzw. auch Zentralstaaten einerseits und dem ökonomischen, politischen und militärischen Neuordnungsdiktat der die Welt beherrschenden Mächte andererseits nur auf ganz schnödes Einschwenken auf Interventionen hinauslaufen. Das Linkssein beschränkt sich dann, wie in der Friedensbewegung, bei Semler in der "taz" und eben neuerdings auch im "ak" auf die Klage, daß *"die internationale Gemeinschaft nicht über effektive Gegenmittel verfügt"* (ak 356). Konsequente Schlußfolgerung aus diesem "Dilemma": Zwischen "internationalem Faustrecht" und deformierter UNO-Intervention entscheiden sich die linken Realpolitiker dann doch lieber für das vermeintlich kleinere Übel, die Intervention mit kritischer Begleitmusik. Daß diese Position gar nicht so weit von der der sozialdemokratischen Opposition entfernt ist, ist nur ein Kritikpunkt. Daß sie dem Interesse deutscher Politik à la Kinkel/Genscher nahekommt, deutsche Interventionen als in humanitärer Hinsicht am besten und im Vertreten von Minderheiten- und Menschenrechten unübertroffen zu verkaufen — und sich damit auch von den international unbeliebten und rabiaten Weltmacht-Militärpolizisten der USA zu unterscheiden —, wiegt schwerer.

Wer den "Ausweg" realpolitisch in der Reform internationaler Gremien sucht, muß sich fast zwangsläufig am herrschenden "Diskurs" über die Ausgestaltung von Deutschlands "Verantwortungsrolle" in der Welt beteiligen. Da ist der ehemalige KB ("Mehrheit") angekommen, und entsprechend verzichtet er auf Kritik an der deutschen Jugoslawienpolitik und beklagt nur, daß in der deutschen Diskussion *"die Interventionsforderung ausschließlich dazu dient, das politisch-ideologische Klima für Einsätze der Bundeswehr zu verbessern"*, was dem "ak" weniger schlimm erschiene, wenn dies durch *"erkennbare Vorteile für die betroffene Bevölkerung ... kompensiert wird."* Diese indirekte Position für das Gute im Schlechten ist übrigens gar nicht so weit von der kritischer Golfkriegs-Befürworter entfernt.

1) Jugoslawienbeilage zu ak 356, Juli 1993, besonders die Thesen "Neue Entwicklungen erfordern neue Analysen"

sichern, die als genuin serbisch reklamiert werden.

Die herrschenden Eliten in Serbien betrachteten sich als absehbare Verlierer der reinen Westorientierung Jugoslawiens gegenüber den neuen nationalen (personell häufig den alten, kommunistischen) Eliten in Kroatien und Slowenien. Seit 1986 bezog sich der serbische Nationalismus nur noch insoweit auf den Jugoslawismus, als er den eigenen territorialen Machtansprüchen nützte. Aber auch die serbischen Nationalisten hatten nicht nur ein großes, serbisch dominiertes Staatsgebiet zum Ziel, sondern auch die Überführung des Landes in die Marktwirtschaft und die wirtschaftspolitische Anbindung an die EG. Die Behauptung, Slowenien und Kroatien hätten den jugoslawischen Verbund erst dann konsequent verlassen wollen, als im Juni 1991 die ersten Schüsse zwischen der jugoslawischen Bundesarmee und der slowenischen Territorialverteidigungsarmee fielen, ist Legende. Die Eigenstaatlichkeit und die Veränderung der Republikgrenzen war erklärtes Ziel *aller* Nationalisten in Serbien, Slowenien, Kroatien und dem Kosovo/Albanien, die 1990 alle ihre eigenen Parteien gegründet haben. Allein taktische Gründe haben Tempo und Ausmaß dieser Entwicklung bestimmt. So war beispielsweise die Aufteilung von bzw. der serbisch-kroatische Machtkampf um Bosnien-Hercegowina ausgemachte Sache für den Fall, daß der Prozeß der Auflösung Jugoslawiens beginnt.

Warum die deutsche Politik hegemoniefähig ist

Es gilt in der deutschen Diskussion über Jugoslawien als gesichert, daß Drohungen gegen Serbien und die schnelle Anerkennung der einzelnen Republiken den Krieg verhindert hätten. So einhellig, wie die serbische Politik die alleinige Schuld am Krieg erhält, ist auch die Schuldzuweisung und Hetze der deutschen Verlierer in zwei Weltkriegen gegen Serbiens/Jugoslawiens damalige Verbündete Frankreich und Großbritannien, denen eigennütziges Taktieren zugunsten von Serbien vorgeworfen wird. Dabei gehört es zur Legendenbildung, daß diese Staaten Jugoslawien unter serbischer Dominanz als Zwangsvereinigung erhalten wollten. Natürlich war weder ihr Agieren noch das der USA uneigennützig, so wenig wie es die deutsche Kritik daran ist. Die Unterschiede im Handeln verdienen jedoch Beachtung, weil sie ein Schlaglicht auf die besondere Entwicklung der deutschen Außenpolitik werfen.

Identisch waren die westlichen Interessen bei der Angliederung Jugoslawiens an den westlichen Markt und die Abhängigkeit von der EG. Doch damit hörten die Gemeinsamkeiten auf. Unterschiedlich sind die Optionen gegenüber Osteuropa und die daraus resultierende künftige Europakonzeption ebenso wie die strategischen Interessen. Schließlich unterscheiden sich die Vorstellungen vom internationalen Recht, das in seiner deutschen Tradition stärker völkisch und in der westlichen eher staatsbürgerlich definiert wird. Gerade die völkische Definition liegt allerdings im Trend internationaler Krisen und Auflösungs- bzw. Umbildungsprozesse.

Der oben benannte Widerspruch zwischen Imperialismus und verzerrter "Befreiung" bedeutet nicht, daß das jeweilige imperialistische Agieren gleich zu werten ist. Es fällt auf, daß die deutsche Politik seit Juli 1991 immer wieder aggressiv antiserbisch aus der Minderheit heraus agiert hat, sich dennoch bei der von außen beförderten Zerschlagung Jugoslawiens und der Isolierung Serbiens durchsetzen konnte. Deswegen irrt Jürgen Elsässer (wie zuvor schon die "konkret" 1991, s.o.), wenn er in "konkret" 8/93 von einer "Blamage Kohls" schreibt, weil die anderen Staatschefs auf dem EG-Gipfel Mitte Juli die Forderung Kohls, das Waffenembargo gegen alle jugoslawischen Staaten einseitig für die Muslime aufzuheben (Elsässer: "Isolierter ist Deutschland in diesem Gremium wohl selten gewesen"), abgelehnt haben. Das halte ich für eine eklatante Fehleinschätzung der deutschen Jugoslawienpolitik. Da ist vermutlich ähnlich wie bei seiner Hoffnung, die Alliierten mögen die Wiedervereinigung verhindern, oder der, Maastricht möge das destruktive deutsche Politikpotential einbinden, der Wunsch der Vater des Gedankens gewesen.

Nur wenig später starteten die USA, von Deutschland unterstützt, ihren Vorstoß zur Bombardierung serbischer Stellungen durch die NATO, den wiederum Deutschlands "Gegner" in der EG nur abbremsen konnten, indem sie dafür das Mandat des UN-Sicherheitsrats erwirkten. Solch begrenztes Vorpreschen der deutschen Politik charakterisiert den Anspruch auf eine eigene Außenpolitik seit der Wiedervereinigung. Zugleich läßt diese sich einbinden, da es derzeit erkennbar nur die Strategie einer Außenpolitik im europäischen Verbund gibt. Im Unterschied zur vorsouveränen Unterordnung unter die politische Führungsrolle Frankreichs in Europa wird dabei auch der Anspruch formuliert, selber zu führen. Die Maastrichter Gemeinsamkeit wird überall dort nicht auf die Probe gestellt, wo die ökonomischen und politischen Interessen identisch sind. Sie wird künftig dort mit dem eindeutigen Willen zur Durchsetzung deutscher Eigenständigkeit konfrontiert werden, wo es um das jeweilige Eigeninteresse geht.

Deswegen wird sich auch die politische Position Frankreichs, Deutschland immer wieder einzubinden, die noch aus der Zeit der "Siegermächte" datiert, nicht durchsetzen können. Der Grund liegt auf der Hand: Solange die deutsche Politik nur formuliert, was unter Imperialismen unstrittig ist, daß man seine Einflußzonen abzusichern und seine nationalen Interessen zu verfolgen hat, und dies nicht in Abkoppelung von den internationalen Gremien vollzieht, kann die Bremse nicht mehr wirken, weil mit den Zwei-Plus-Vier-Verträgen dafür die Grundlage entfallen ist. Die jetzige Konkurrenz der großen Mächte in Europa wird das Machtgefüge ganz real zu Gunsten Deutschlands verschieben und den Einfluß Großbritanniens und Frankreichs auf absehbare Zeit ebenso reduzieren, wie der der USA als europäische "Schutzmacht" mit dem Ende der Sowjetunion *real* gesunken ist. Auch das Konzept Mitterands, Deutschland über die im Maastrichter Vertrag vereinbarte "Europäische Zusammenarbeit" und gemeinsame Außenpolitik zu bremsen, kann schnell zur anderen Seite losgehen: Die neue Geschäftsgrundlage in Europa hat die Voraussetzungen so weit verändert, daß Deutschland nicht gebremst wird, sondern zieht.

Nur eine knappe Woche nach der Unterzeichnung der Maastrichter Verträge hat die Bundesregierung im Dezember 1991 ihren bisher härtesten Affront gegen ihre Bündnispartner gestartet: Sie begann unter der Drohung eines außenpolitischen Alleingangs die Anerkennung Kroatiens und Sloweniens vorzubereiten, und alle sind sie mitgezogen, weil es europapolitisch kein Druckmittel gegen das deutsche Vorgehen gab, in der EG nicht und nicht in Jugoslawien. Denn das deutsche Vorgehen stützte sich auf demokratische Prozesse: Volksabstimmungen in Kroatien und Slowenien für die Abtrennung sowie die Erosion bisheriger Völkerrechtsgrundlagen, die ihre Basis im nationalistischen Druck in den zerfallenden Zentralstaaten und den Krisen in den ehemaligen Kolonialländern hat. Zielsicher hat die deutsche Politik hierauf am schnellsten reagiert und ihre Definition von Nation, Selbstbestimmungsrecht und Rechten der Minderheit — gestützt auf reale Bewegungen — zum Gegenstand neuer internationaler Normen gemacht: mit der Konsequenz, daß diese Normen Deutschland größer und einflußreicher machen, während alle anderen zerfallen.

Kohl und Genscher haben seit 1989, weniger einer strategischen Konzeption folgend, "instinkt-" und machtsicher diesen Weg beschritten, und niemand konnte und wollte sie aufhalten, weil die ökonomische

Weltmacht Deutschland zur politisch unumgänglichen Vormacht in Europa geworden ist und zugleich eine Stärkung aus Osteuropa und Teilen der zerfallenden Sowjetunion erhält, für die Deutschland das bevorzugte Anlaufland auf dem Weg in die westeuropäischen Arme ist, auch wenn ungewiß bleibt, ob sie dort jemals ankommen werden. Praktisch "über Nacht" standen alte Verbündete und alte Einflußgebiete für das neue Deutschland wieder offen. Die Außenpolitik orientiert sich sowohl an diesen Traditionen als auch daran, in den internationalen Gremien eine erheblich gewichtigere Rolle zu spielen.

"Risiko- und Krisenvorsorge" weltweit

Mittlerweile hat die deutsche Außenpolitik Konturen gewonnen. Sicherlich ist es auch ein sprachlicher Lapsus gewesen, als Kinkel formulierte: *"Nach außen müssen wir etwas vollbringen, woran wir zweimal zuvor gescheitert sind: im Einklang mit unseren Nachbarn zu einer Rolle zu finden, die unseren Wünschen und unserem Potential entspricht."* (FAZ, 19.3.93) Der dritte Griff zur Weltmacht folgt der Logik der beiden ersten, gescheiterten. Er hat allerdings erheblich andere, bessere Voraussetzungen, weil er auf der derzeitigen Grundlage ökonomischer Stärke von Akzeptanz und maßgeblicher Beteiligung in den internationalen Gremien ausgeht. Allerdings beginnt sich im Prozeß der Neuordnung der One World die Grundlage zu verschieben: Die Gemeinsamkeit der imperialistischen Zentren nimmt nach dem Zusammenbruch der SU ab, die Konkurrenz zu. Die europäische Politik gerät in die Zerreißprobe zwischen relativer Gemeinsamkeit (Maastricht) und deutscher Ostorientierung (nach Lage der Dinge Maastricht Zwei). Die ökonomische Option hat der Wirtschaftsliberale Kinkel formuliert: freier Welthandel für die Exportnation Nummer Eins, "eine große Kraftanstrengung zur Stärkung unserer Stellung auf dem Weltmarkt" auf der Basis der europäischen Führungsrolle: *"Das nationale Interesse gebietet, den europäischen Weg weiterzugehen — und zwar kategorisch!"* Das ist das Programm für heute. Ob es morgen noch Gültigkeit besitzt, bleibt offen.

Die Bundeswehr assistiert und formuliert darüber hinaus bereits für morgen. In den "Verteidigungspolitischen Richtlinien" (26.11.92) aus dem Hause Rühe wird als sicherheitspolitische Zielsetzung benannt: *"Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt im Rahmen einer gerechten Weltwirtschaftsordnung".* Der bisherige Auftrag der "Landesverteidigung" wird ausgedehnt: *"Verteidigungsvorsorge kann künftig nicht auf das eigene Territorium beschränkt bleiben"*, sondern soll *"im Sinne einer erweiterten Landesverteidigung"* verstanden werden. *"Risikovorsorge"* als Auftrag betrifft nicht nur die militärische Bedrohung, sondern *"viel schwerwiegender sind negative Einflüsse auf die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit der Industriestaaten."* Sie darf daher *"nicht eurozentrisch sein, sondern muß sich vermehrt an der Interdependenz regionaler und globaler Entwicklungen orientieren. Risiken müssen schon am Ort ihres Entstehens ... aufgefangen werden".* Das ist das Programm einer interventionswilligen Weltmacht, dessen Schwerpunkt auf *"Krisenvorsorge"* und entsprechende "Krisenreaktionsstreitkräfte" umgestellt wird.

"Militarisierung der deutschen Außenpolitik" nennt der Freiburger Militärhistoriker Wolfram Wette dieses Programm. *"Was wir hier vor uns haben, hätte man früher rundheraus als ein imperialistisches Programm bezeichnet"*, ein *"Militärinterventionismus im Bündnis mit anderen Industriestaaten zur Domestizierung des Rests der Welt"* (Zeit, 30.7.93).

Die Parzellierung Rußlands, der Tschechoslowakei und Jugoslawiens ist Teil dieses Programms für Europa. Der Sicherheitskordon nach Osten bedeutet, deutsche bzw. europäisch angebundene Vasallen zu schaffen, die wirtschaftlich von der EG abhängig sind, militärisch in Beistandspakten und der NATO an der kurzen Leine gehalten und politisch mit deutschen und europäischen Normen versehen werden (derzeit vor allem im Asylrecht). Zugleich gilt es, die "slawischen" Bedrohungen (Rußland, Serbien) auf Distanz zu halten. Zu diesem Zweck werden die Beziehungen zur eher "europäischen" Ukraine intensiviert, zu diesem Zweck sind auch die bevorzugten Beziehungen zu Kroatien und Slowenien bedeutsam. In diesem Rahmen macht die deutsche Jugoslawienpolitik Sinn, wenngleich sie die Schwäche eigener Handlungsfähigkeit jenseits des diplomatischen Drucks offenbart hat. Die Somalia-Aktion ist die Probebühne für die Gewinnung von militärischer Interventionsfähigkeit über Europas Rahmen hinaus.

Völkische Selbstbestimmung: Ethnisierung

Weitgehend übersehen und belächelt wird der Hinweis auf eine grundlegende Tradition deutscher Außenpolitik, die Volkstumspolitik. Sie ist mehr als Traditionspflege, der Bezug auf völkische Traditionen bezeichnet eine besondere Eigenständigkeit deutscher Machtpolitik.

Es sind nicht nur Journalisten der "Welt" und der "FAZ", die die Parzellierung des sowjetischen, jugoslawischen und tschechoslowakischen Staates mit einem Begriff von Nation und Staat begründen, dem eine völkische Definition zugrundeliegt. Das deutsche Agieren in Jugoslawien ist von einem tiefen Abscheu gegen ein so heterogenes Staatswesen wie das jugoslawische erfüllt. Dieser Haß ist historisch motiviert, weil Jugoslawien und sein Mehrheitsvolk der Serben in zwei Weltkriegen auf Seiten der deutschen Gegner gestanden hat. Zugleich waren Staaten wie Jugoslawien und die Tschechoslowakei Produkte der Nachkriegsverhandlungen 1918/19. Im deutschen "Trauma" von Versailles verbarg sich nicht nur der Haß auf das Versailler "Diktat", sondern auch der Wunsch nach der Korrektur "künstlicher" Grenzen. Ist der Gedanke einer homogenen Nation erst einmal verbreitet, dann kann international wieder in Erinnerung gebracht werden, daß es nach der Überwindung der "unnatürlichen" Teilung Deutschlands, dem Zerfall "unnatürlicher" Staaten, noch mehr unnatürliche Zustände gibt. Die ehemals deutschen Ostgebiete harren der Selbstbestimmung. Die Parzellierung der "Kunststaaten" kann daher als Vorbild für ihre Aushebelung gelten. Daß dies nicht nur Gespinste einiger Vertriebenenfürsten sind, soll am Begründungszusammenhang der deutschen Jugoslawienpolitik erläutert werden.

"Das bisherige Jugoslawien ist ein 'Staat ohne Nation'", schreibt Dr. Herwig Roggemann vom Osteuropa-Institut an der FU Berlin (FAZ, 27.6.91). "Jugoslawien" — in Anführungsstriche gesetzt — ist ein *"künstliches Produkt"* ohne *"nationale oder nationalstaatliche Homogenität"*, so der Staatsrechtler und Ex-Verteidigungsminister Rupert Scholz. Gleiches gelte für die Tschechoslowakei, *"denn auch Tschechen und Slowaken sind äußerst verschiedene Völker". "Originäre Völker"* dürften nicht weiter in *"ungewollten, widernatürlichen oder aufgezwungenen staatlichen Organisationen"* festgehalten werden, begründet er seine Interpretation von Selbstbestimmungsrecht (Welt, 12.12.91). Der Zusammenbruch des RGW, der Zerfall ökonomisch und politisch entwurzelter Staaten in nationalistische und ethnisch definierte Staatsvorstellungen, wird in der deutschen Diskussion als Gewinn des Selbstbestimmungsrechts gefeiert. Die Staatsordnungen nach 1918 und 1945 haben *"die in multinationalen Staaten eingeschlossenen Völker, denen die nationale Unabhängigkeit verweigert blieb"*, über-

gangen, schreibt der "Welt"-Redakteur Lothar Rühl (Europa-Archiv 6/93). Die berühmte Schlußakte der KSZE von Helsinki sah, so seine Kritik, zwar die Teilnehmerstaaten als Nutznießer staatlicher und territorialer Integrität vor, "nicht aber die Völker in ihnen". Denn ein Recht auf Sezession enthielten weder die KSZE-Schlußakte noch das geltende UNO-Recht. Damit soll nach dem Zusammenbruch des RGW Schluß sein.

Die deutsche Politik hat bei ihrer Definition des Selbstbestimmungsrechts mehr oder weniger intensiv eine Sezession entlang völkisch-national definierter Grenzen unterstützt. Im Baltikum mochte dies noch mit der Unterdrückung von Mehrheitsbevölkerungen durch das russische Staatsvolk begründet werden. Im Fall der Tschechoslowakei galt diese Begründung schon nicht mehr. Und auch im *"Kunststaat Jugoslawien"* (Robert Leicht in der Zeit, 14.8.92) würde dieses Kriterium für die Albaner im Kosovo, nicht aber für die sezessionswilligen Kroaten und Slowenen gelten. Es muß also unterschieden werden zwischen einem in der internationalen Rechtsdiskussion in Formulierung befindlichen neuen Rechtsstatus, der Kriterien für solche Sezessionen entwickelt, und einer Praxis, die grundsätzlich jedes völkische Abtrennungsbegehren für natürlich hält.

Staaten und Völker

Bislang existierte im internationalen Recht sowohl das Recht auf Selbstbestimmung als auch das auf Souveränität und territoriale Integrität von Staaten, nicht aber das auf Sezession, weil dies ohne Verletzung der territorialen Integrität gar nicht zu verwirklichen ist. Es hat bis zur Anerkennung Sloweniens und Kroatiens erst einen Fall in der Geschichte der UNO gegeben, in dem diese eine Sezession — die Ostpakistans zum heutigen Bangladesh — anerkannt hat. Die staatliche Souveränität hatte nach bisherigem Verständnis Vorrang vor der Selbstbestimmung. Das Selbstbestimmungsrecht bezog sich auf die Selbstbestimmung in bestehenden Staaten (2). Staaten sind die Subjekte des internationalen Rechts. In deutsch-nationalsozialistischer Tradition wird jedoch der deutsche Ausdruck Völkerrecht einfach als "Recht der Völker" verwandt.

Nun ist auch dieses herrschende Recht das Recht der Herrschenden. Es entspringt zum einen dem universalistischen Rechtsprinzip, nach dem vor dem Recht alle gleich und Rechte für alle gleich zu gelten haben, und ist zum anderen bestimmt von der Ära des Kalten Krieges (in der die USA als rechtsmächtigster Staat im Umgang mit den Menschenrechten sehr wohl wußten, diese zur Erosion des sowjetischen Blocks in Stellung zu bringen, ohne im eigenen Einflußbereich die gleichen Maßstäbe gelten zu lassen) und von der nachkolonialen Ära. Die Grenzen der in die Unabhängigkeit entlassenen Kolonien wurden von den ehemaligen Kolonialmächten gezogen, per Völkerrecht sollten sie garantiert werden. In Äthiopien (mit der Unabhängigkeit Eritreas) erleben wir beispielsweise das Aufbrechen solcher Grenzziehungen. Mit der Unverletzlichkeit der Grenzen begründen beispielsweise der türkische, irakische und iranische Staat, den Kurden das Selbstbestimmungsrecht und einen eigenen Staat zu verweigern. Zwischen unterschiedlichen machtpolitischen Interessen und der Verweigerung eines Rechts für eine Gruppe von Menschen, die wegen der Zugehörigkeit zu einer ethnischen Minderheit unterdrückt werden, hat das bisherige Völkerrecht nicht unterschieden.

Doch daraus kann ja — gar nicht revolutionär, sondern nur "rechtsimmanent" gedacht — nicht geschlußfolgert werden, ein ethnisches Selbstbestimmungsrecht zu fordern, sondern nur die Rechte von Minderheiten zu achten und ihnen im Falle der Verweigerung das Recht auf einen Staat zuzuerkennen. Angesichts des realen Auseinanderbrechens bisheriger Staaten wird daher das internationale Recht Modifikationen erfahren, die für diese Unterscheidung Regelungen bereitstellen. Die deutsche Position aber ist eindeutig die des völkischen Rechts.

Für die Linke stellt sich m.E. die Frage sowieso nicht, abstrakte Rechtsformeln zum Gegenstand ihrer Analyse zu machen. Das Auseinanderbrechen solcher Staaten hat in aller Regel nicht irgendwelche ethnischen Grundlagen, sondern ökonomische und politische Ursachen, die aus der Weltmarktabhängigkeit resultieren. Die Bildung ethnischer Nationalstaaten, die in der Regel als Befreiung gefeiert wird, ist der Schein der Lösung solcher Probleme und zieht in aller Regel die neue Unterdrückung von Minderheiten in den neuen Staaten nach sich, ohne daß sich an den Ursachen nationalistischer Konflikte etwas verändert. Nationalismus als Befreiung wird auf dieser Grundlage eine Zukunft haben. Nur was hat das mit sozialer Befreiung zu tun, warum soll das von Linken unterstützt werden?

In Jugoslawien lag der Fall von Beginn an sowieso anders. Das Selbstbestimmungsrecht reklamierten jene, die die Benachteiligung in der Führung staatlicher Unterdrückungsorgane wie Polizei und Armee in "Unterdrückung" umwandelten, um diese Organe für den eigenen Staat zu benutzen. Ihr Motiv war die Abkoppelung von den armen Regionen. Selbst den internationalen Befürwortern der Anerkennung Sloweniens und Kroatiens war — mit Ausnahme der Deutschen — klar, daß es langer, schwieriger Verhandlungen bedürfen würde, um die Grenzfrage bei einer Sezession zu regeln, da mit Ausnahme des homogenen Slowenien *alle* anderen die (Republik)Grenzen infragestellten. Hierfür gab es nur zwei Lösungsmöglichkeiten: den (Bürger)Krieg oder Kompromißregelungen, die durch Vermittlung zustandekommen. Den zweiten Weg beschritten die verschiedenen EG-Vermittler, selbstverständlich nicht als neutrale Mittler, sondern diktiert bzw. gehindert von den widerstreitenden Interessen der EG-Staaten. Die deutsche Politik und Publizistik aber wollte nur eines: Jugoslawien klein machen, Serbien reduzieren. Das aber, fürchteten sie, würde über Verhandlungen ungünstiger ausgehen. Deswegen war der Krieg genehm, zumal er sich mit dem Feindbild Serbien und der Klage über die "Ohnmacht" der "internationalen Gemeinschaft" hervorragend für die deutschen Ziele - UN-Sicherheitsrat, Europa-Interventionsarmee und eine eigenständige Europaabteilung der UNO (KSZE) - sowie die innenpolitische Diskussion funktionalisieren ließ.

Als Slowenien im Juni 1991 die jugoslawische Staatsgrenze nach Österreich aufhob und zur slowenischen machte und Zöllner und Grenzbeamte in slowenische umwandelte, war nach geltendem Recht dieser Akt der Sezession Unrecht und das Eingreifen der jugoslawischen Bundesarmee Recht, da die territoriale Integrität Jugoslawiens gefährdet war (3). Das Selbstbestimmungsrecht wurde den Republiken auch in Frankreich und Großbritannien nicht bestritten, nur wurde es nicht ethnisch definiert, sondern als Selbstbestimmung innerhalb Jugoslawiens. Daß mittlerweile in Serbien, Kroatien und Slowenien nicht nur neue Nationen entstanden sind, sondern auch jede ein bevorzugtes, die Nation begründendes Staatsvolk geschaffen hat, demgegenüber alle anderen Ethnien künftig Minderheiten sind, war unausbleibliche Folge der Ethnisierung. Zu Kroatiens Verfassung schreibt Joseph Markos, *"daß zwei Typen von Gruppen angesprochen werden: das den Nationalstaat konstituierende kroatische Volk im ethnischen Sinn und die dem Staat als Staatsbürger angehörenden anderen Völker und Minderheiten, so daß also ethnischer und politischer Volksbegriff vermischt werden"* (Neumann, S. 36/37 (4)).

In diesem Krieg werden nun kübelweise deutsche Krokodilstränen für die armen Opfer vergossen, weil sie (absehbar) schwächer sind als die Sieger. Kriegsverhinderung hätte daher oberste Maxime in Jugoslawien sein müssen. Doch in guter

deutscher Tradition läßt man andere für höhere Ziele kämpfen: Erst sah man Kroaten als Opfer im Kampf für die Freiheit, jetzt sind es die bosnischen Muslime geworden, deren Menschenopfer dem deutschen Ziel einer Interventionsarmee zum Durchbruch verhelfen soll.

Selbstbestimmung und bosnischer Krieg

In der linken Diskussion wurde diese Botschaft verstanden: Alles räsoniert darüber, daß eine wirksame militärische Intervention fehle und streitet sich nur noch darüber, wer diese kontrolliert. Nicht einmal das Naheliegende, den Bosniern von einem nicht zu gewinnenden Krieg abzuraten, statt unter unzähligen Opfern für das Ideal eines eigenen Staates durchzuhalten, wird gar nicht erst ernsthaft erörtert. Auch dieses Durchhalten bis zum letzten Blutstropfen um der Ideale willen ist sehr deutsch und in diesem Fall ungefährlich — bluten müssen andere.

Es gehört zu den Legenden im jugoslawischen Krieg, daß in Bosnien alles anders gewesen sei. Zwar gibt es eine längere Tradition multinationalen Zusammenlebens und eine ethnisch und religiös kaum trennbare Besiedlung. Doch auch in Bosnien wirkte die Erosion Jugoslawiens früher als im Krieg. Bei den Novemberwahlen 1990 traten Serben, Kroaten und Muslime in eigenen ethnischen, nationalistischen Parteien an. Die daraus hervorgegangene Regierungskoalition aller drei Parteien teilte sich die Ministerien fein säuberlich auf, jedes Ministerium wurde mit Beamten der jeweiligen Gruppe besetzt. Entsprechend errichtete jeweils die ethnische Mehrheit in den Gemeinden und öffentlichen Einrichtungen *"eine hegemoniale und oft intolerante Macht"*, schreibt Svebor Dizdarevic. *"Die Dreierkoalition degenerierte schnell zu einer Auseinandersetzung um die sterblichen Überreste des Staates, wobei die einzige Gemeinsamkeit der Parteien an der Macht die Bekämpfung jeder Option war, die auf Staatsbürgerschaft gründete."* (Blätter f. deutsche u. int. Politik, 5/93)

Dem deutschen Verbrechen der forcierten Anerkennung Kroatiens und Sloweniens folgte das der Anerkennung Bosnien-Hercegowinas als eigenständiger Staat. Denn diese erste Anerkennung sowie die Tatsache, daß die EG und die USA nach anfänglichem Zaudern sich dem deutschen Schritt anschlossen, war der Beschluß zur Auflösung Jugoslawiens. Spätestens damit wurde den ethnischen Staatsgründern das Signal zum bosnischen Krieg gegeben. Bosnien — ein Jugoslawien im Kleinen — wurde damit zwangsläufig zum Schlachtfeld ethnischer Kantonisierung, dem Juguslawismus war der Boden entzogen. Den kroatischen und serbischen Nationalisten in Bosnien konnte nach dieser Logik — außer mit Zwang — die eigene "Selbstbestimmung" — und sei es als Anschluß an ihr jeweiliges Vaterland — nicht mehr ernsthaft verwehrt werden. Den Muslimen wurde damit quasi der "Auftrag" erteilt, von bosnisch-jugoslawischen Staatsbürgern "zu sich selbst" zu finden und sich schnellstens eine muslimische "Identität" zuzulegen, um im Kampf um die ethnische Staatlichkeit mitspielen zu können: ein Sieg des deutschen, völkischen Prinzips. Es gehört zum deutschen Zynismus, selbst in völlig auswegloser Lage diesen Krieg zu Hauptlasten der Muslime immer wieder angeheizt zu haben, sei es durch die Forderung Kohls und Kinkels nach Waffenlieferungen, sei es durch die deutsch-amerikanische NATO-Drohung mit Luftangriffen auf serbische Stellungen.

Das deutsche "völkische Prinzip"

Ist der Bogen in die Vergangenheit zu weit gespannt, wenn man darauf verweist, daß mit dem deutschen Verständnis von Selbstbestimmungsrecht schon einmal Eroberungspolitik betrieben wurde? Einer der nationalsozialistischen "Großraum"planer, der "Geopolitiker" Karl Haushofer, beschrieb die Bedeutung der Losung von der Selbstbestimmung: *"Denn eine weitaussehende Politik eröffnet uns gerade bei strenger Achtung vor dem Selbstbestimmungsrecht der großen und kleinen Völker ... unter dem Wahlspruch 'Ehre, Freiheit und Gleichberechtigung' ungeheure Möglichkeiten ... Voraussetzung freilich ist dabei: überlegene Kenntnis der Volksdruckverhältnisse und Herrschaftsformen rings um die Erde, die längst ein einheitliches Kraftfeld geworden ist."* Franz Neumann, der diese Passage zitiert, kommentiert: *"Das Selbstbestimmungsrecht ist nichts als eine Waffe. Man nutze jede aus dem Minderheitsproblem erwachsende Spannung. Man schüre nationale und rassische Konflikte, wo man kann. Jeder Konflikt wird Deutschland, dem neuen selbsternannten Hüter der Ehre, Freiheit und Gleichberechtigung, in die Hände spielen."* (4)

In Jugoslawien hat die deutsche Politik "überlegene Kenntnis der Volksdruckverhältnisse" bewiesen und alles getan, den Konflikt entlang der Frage des Selbstbestimmungsrechts zu eskalieren. Heute heißen die Werte Menschenrechte und Minderheitenschutz, die zu vertreten mit den Worten Genschers *"wir uns von niemandem übertreffen lassen"*. Nachfolger Kinkel machte es ihm prompt nach: *"Ich lasse mich in Menschenrechtsfragen von niemandem überholen."* (Die Zeit, 10.7.92)

Die nationalsozialistische Politik setzte dem geltenden Recht zum Schutz von Minderheiten das sogenannte Volksgruppenrecht entgegen. Anstelle des Vorrangs von individuellem Rechtsschutz für Staatsbürger, die sich einer Minderheit zugehörig erklären, setzte das deutsche Recht auf das Gruppenrecht und den "nationalen Charakter und die Kultur" einer Minderheit. Diese Minderheit zu schützen, lag danach in der Verantwortung des (deutschen) Mutterlands bis hin zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Fremdstaates mit deutscher Minderheit, was Neumann den deutschen *Rassenimperialismus* nennt.

Elemente davon finden wir heute wieder: Fragen der Auslandsdeutschen sind beim Bundesinnenministerium angesiedelt, das in der Person des Staatssekretärs Waffenschmidt eine rege "Innenpolitik" im Ausland für die "Volksdeutschen" veranstaltet. Als großer Erfolg deutscher Politik seit 1990 wird die KSZE-Charta für die Minderheitenrechte gefeiert, die den Schutz nationaler Minderheiten zum Menschenrecht erklärt. Seither bemüht sich die Bundesregierung noch weitergehend, den Schutz von Minderheiten zum Grund für die innere Einmischung der KSZE und der UNO in andere Staaten zu machen. Unter Berufung auf die Situation der irakischen Kurden und mit Verweis auf Jugoslawien beschloß der Bundestag einen Antrag aller Parteien (also auch Bündnis 90/Grüne) mit Ausnahme der PDS, daß die Verurteilung der irakischen Massaker durch die UNO *"für die Völkergemeinschaft die Perspektive eröffnet, auf Verletzung von Menschen- und Minderheitenrechten durch den Einsatz von Zwangsmitteln zu reagieren."* Die Verletzung von Minderheitenrechten als künftige Menschenrechtsverletzung soll daher nach Meinung des Bundestags eine Intervention von außen ermöglichen, die *"keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten von Staaten darstellt"* (Bundestagsdrucksache 12/796, 18.6.91). Zugleich wird unter bundesdeutscher Ägide eine "Charta der europäischen Volksgruppenrechte" für die KSZE erarbeitet.

Bislang gibt es allerdings Widerstand gegen die vor allem vom deutschen Völkerrechtler Christian Tomuschat, Berater bei und Gutachter für die Erstellung der kroatischen Verfassung, und seiner Bonner Völkerrechtsschule betriebene Änderung des internationalen Rechts. (Tomuschat ist i.ü. Vorsitzender jener Kommission der UNO, die auf Initiative Kinkels Kriegsverbrechen in Jugoslawien untersuchen soll und von Deutschland mit dem Ziel der Bildung eines internationalen Strafge-

Ius sanguinis und internationale Politik

Im Artikel 116 Grundgesetz ist festgeschrieben, daß Deutsche im Sinne des GG auch Flüchtlinge und Vertriebene sowie deren "Ehegatten oder Abkömmlinge" aus dem Gebiet des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 sind. Auf dieser Grundlage regelt das Bundesvertriebenengesetz (BVFG) von 1953 (in der Fassung von 1971) in 6: *"Deutscher Volkszugehöriger im Sinne dieses Gesetzes ist, wer sich in seiner Heimat zum deutschen Volkstum bekannt hat, sofern dieses Bekenntnis durch bestimmte Merkmale wie Abstammung, Sprache, Erziehung, Kultur bestätigt wird."* In den Richtlinien zum BVFG (1980) wird präzisiert: *"Das deutsche Volkstum ist in diesem Sinne als nationalgeprägte Kulturgemeinschaft zu verstehen, d.h. als Gemeinschaft, bei der zu sprachlicher und kultureller Übereinstimmung auch das Bewußtsein nationaler Verbundenheit hinzutreten muß. Dieses Bewußtsein von der Zugehörigkeit zu einer politischen, insbesondere nationalsozialistischen Organisation abhängig zu machen, stellt selbstverständlich wie bisher eine unzulässige Eingrenzung dar."* Man muß es zweimal lesen: die Zugehörigkeit zu nationalsozialistischen Organisationen ist ein gültiger, allerdings nicht hinreichender Beleg, Deutscher zu sein! Es ist typisch für den völkischen Geist der deutschen Staatsbürgerschaft, daß das Vertriebenengesetz diejenigen Deutschen als un- bzw. halbdeutsch behandelt, die in politischer Gegnerschaft stehen, quasi Kommunismus "im Blut" haben. 11 schließt diejenigen vom Anspruch auf *"Rechte und Vergünstigungen Vertriebener oder Sowjetzonenflüchtlinge"* aus, die dem in der DDR *"herrschenden System erheblich Vorschub geleistet"* sowie die FdGO bekämpft haben.

Hierauf basiert nicht nur Vertriebenenrecht, sondern deutsches Auslandsdeutschtum, denn als Vertriebene gelten auch diejenigen Bekenntnisdeutschen, die in den *"zur Zeit unter fremder Verwaltung stehenden deutschen Ostgebieten, Danzig, Estland, Lettland, Litauen, die Sowjetunion, Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Jugoslawien, Albanien oder China"* leben und als *"Aussiedler"* deklariert werden (BVFG, 1, Abs. 2, Nr. 3.). Dieses Bekenntnisrecht ist im übrigen vererbbar auf *"noch nicht bekenntnisfähige"* Kinder, Enkel, Urenkel...

Die sich auf reale Prozesse der Verfolgung von Minderheiten beziehende deutsche Politik steht in der Tradition eines Begriffs von Volk, vor allem von deutschem "Volkstum", der ethnisch ist im Sinne einer Abstammungsgemeinschaft und nicht in der universalistischen Tradition des republikanischen Staatsbürgers steht, von Menschenrechten und Freizügigkeit, die im Prinzip jedem freistehen. Solcherart ethnisch begründete nationale Identität bestimmt nach wie vor die deutsche Aussiedlerpolitik. Sie steht in der Tradition der Gründung der deutschen Nation, wonach nicht "Wille und Entscheidung", sondern "Sprache und Geschichte" — in der Folge "Abstammung und Bekenntnis" — die Nation begründen (1). In diesem Punkt hat das deutsche Staatsbürgerrecht fast wörtlich die Definition der Nationalsozialisten von 1939, nach der Deutscher derjenige ist, der sich durch *"Bekenntnis, Sprache, Erziehung, Kultur usw."* zu Deutschland zugehörig erklärt, übernommen. Gestrichen wurde allein die Ausgrenzung von *"Personen artfremden Blutes, insbesondere Juden"*.

1) An dieser Stelle soll nicht erörtert werden, daß auch das Ideal "Wille und Entscheidung" in aller Regel nirgendwo die Nation begründet, sondern der republikanische Nationalismus oder "Verfassungspatriotismus" (à la Habermas) zu einem erheblichen Teil Abstammung, Sprache und Geschichte zur Grundlage hat. Nichtsdestotrotz sind die daraus folgenden rechtlichen Regeln und das nationale Selbstverständnis erheblich voneinander unterschieden.

richtshofs betrieben wird.) Die deutsche Klage über die Verweigerung eines neuen Minderheitenrechts bemängelt ausdrücklich, daß die Mehrheit in der UNO *"von einer Individualisierung der Rechte von Minderheiten ausgeht, die so aussieht, daß der einzelne Angehörige einer Minderheit Rechte hat, nicht aber die Minderheit an sich (!)"* (Heintze/Worku, siehe Anm. 2).

Die Tradition deutscher Einflußnahme über die Auslandsdeutschen in anderen Ländern ist lang. Schon vor dem Ersten Weltkrieg gehörte es zu den strategischen Zielen der "Alldeutschen", die Auslandsdeutschen zu einem "Eckpfeiler" der Ostexpansion vor allem in Rußland zu machen. Das 1917 gegründete "Deutsche Auslandsinstitut", das während der Weimarer Republik rege tätig war, verfaßte eine "Zentralkartei über das Deutschtum im Ausland", deren Zweck *"die Vorbereitung der Wiederherstellung von Beziehungen zu dem in Rußland verbliebenen Deutschtum, sowie überhaupt die Bereithaltung der Rußlanddeutschen für ihren in Zukunft etwa möglichen Einsatz in Rußland"* war.

Die Nationalsozialisten schufen dann den Begriff des "Volksdeutschen" als Grundlage einer Rechtsvorstellung vom *"Naturrecht des Vertrauens in das Mutterland"*, die das international geltende Recht zum Schutz von Minderheiten ablösen sollte. Von diesem "Naturrecht" leitete sich die "Obhutspflicht" des deutschen Staates für alle diejenigen ab, die als Deutsche definiert wurden. Unterschieden wurde danach zwischen Personen "deutscher Volkszugehörigkeit" (mit deutscher Staatsangehörigkeit) und "Volksdeutschen", worunter *"deutsche Volkszugehörige fremder Staatsangehörigkeit"* verstanden wurden, also jene heutigen Auslandsdeutschen, die wir zumeist als einreisende Aussiedler kennen. Damit war rechtlich die Möglichkeit der Eingliederung dieser "Volksdeutschen" ins Deutsche Reich ebenso geschaffen wie die willkürliche Ausweitung des "bekennenden" Personenkreises. Die nationalsozialistische "Germanisierungspolitik" berief sich auf dieses Rechtskonstrukt des Deutschen (5).

Das deutsche Staatsbürgerrecht, auf Blutsbanden basierend (ius sanguinis, siehe nebenstehenden Kasten), ist der Kern rechtlicher und politischer Ableitungen, die ich mit dem "völkischen Prinzip" in der Politik bezeichnet habe. Während viel über doppelte Staatsbürgerschaft diskutiert wird, steht dieses Blutsrecht kaum zur Debatte. Daß daran festgehalten wird, obwohl es sich um einen rechtlichen Anachronismus handelt, dürfte m.E. in seiner Funktionalität liegen: Es hält Einmischungsmöglichkeiten ebenso offen. wie es den Rechtsanspruch Deutschlands auf die Grenzen des Reichsgebiets von 1937 ausdehnt. Zwar sind diese Grenzen in zweiseitigen Verträgen garantiert, doch hat die deutsche Politik zu keiner Zeit darauf verzichtet, sich die Option auf diese Gebiete im Grundgesetz offenzuhalten. Zugleich erweist sich am Beispiel Jugoslawiens und der Tendenz der Ethnisierung inner- und zwischenstaatlicher Konflikte, daß dieses deutsche Prinzip in der Tradition des Rassenimperialismus politisch funktional und zukunftsträchtig ist.

Heiner Möller

Anmerkungen:

1) Siehe zum slowenischen Nationalismus: Mojmir Krizan, Zur Diskussion einer "Gesellschaft aller Bürger" in Jugoslawien (Osteuropa, 4/89); ders., Nationalismen in Jugoslawien, Osteuropa 2/92 — (Krizan spricht vom "europafreundlichen Nationalismus" Sloweniens); Milica Bakic-Hayden/Robert M. Hayden, Orientalist Variations on the Theme "Balkans", Slavic Review 51, 1/92
2) siehe dazu: Norbert Ropers/Peter Schlotter, Minderheitenrechte und Staatsverfall, Normbildungen im KSZE-Prozeß, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 7/93; Heintze/Worku, Golfkrieg und Jugoslawienkrise — Einwirkungen auf das Völkerrecht, in: Sicherheit und Frieden 1/92
3) Vergleiche dazu die Diskussion in Joseph Marko/Tomislav Boric, Slowenien — Kroatien — Serbien, Die neuen Verfassungen, Wien 1991 (hier vor allem S. 92)
4) Franz Neumann, Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933-1944, 1944 veröffentlicht, Frankfurt 1984 (S. 185)
5) Zur "Germanisierungspolitik" siehe insbesondere: Martin Broszat, Nationalsozialistische Polenpolitik 1939-1945, Stuttgart, 1961

Volkstumspolitik und Grenzrevision

Die Kontinuität deutscher Politik am Beispiel Polen

Mit dem Zusammenbruch des RGW und dem Antritt bürgerlicher Regierungen in Osteuropa ergab sich für die BRD erstmals die Möglichkeit, eine eingreifende Politik für die sogenannten deutschen Minderheiten in Osteuropa zu betreiben. Diese Politik ersetzte die Bemühungen um Auswanderung der Deutschen "in die Heimat". Das Wiederaufleben der "Deutschtumspolitik" der deutschen Großmacht fällt auf den "fruchtbaren Boden" extremer politischer und ökonomischer Schwäche jener Staaten in Osteuropa, die noch zählbare deutsche Minderheiten haben. Bei allen Unverschämtheiten, der die polnische und tschechische Regierung von Seiten der Bundesregierung ausgesetzt sind, verbleibt die offizielle Minderheitenpolitik im Rahmen diplomatischer Gepflogenheiten, offener Revanchismus wird vermieden. Das hat Tradition.

Wie auch nach dem Zweiten Weltkrieg war Grundprämisse deutscher Polenpolitik nach 1919 die Nichtanerkennung der Grenzen, mit dem Ziel ihrer Revision. Der sozialdemokratische Reichsaußenminister Hermann Müller erklärte in der Nationalversammlung am 23.7.1919: *"Wir lassen keinen Zweifel darüber, daß es uns mit dem Willen zur Erfüllung der Vertragsverpflichtungen bis zur Grenze unserer Fähigkeiten ernst ist, aber darüber auch nicht, daß wir mit allen loyalen Mitteln die Revision dieses Vertrages erstreben werden."* (1) Dahinter stand das Konzept der Sicherung des Friedens und der Einbindung in den Westen als *"Voraussetzung für ein Wiedererstarken Deutschlands"*, der dann als *"große Aufgabe"* die *"Korrektur der Ostgrenzen"* (Stresemann) (2) zu folgen habe. Das hat unverkennbare Parallelen zur Politik nach 1945 - erinnert sei hier nur daran, daß vom ersten deutsch-polnischen Vertrag unter Willy Brandt bis zu den jüngsten Vertragsverhandlungen unter Kohl die Anerkennung der polnischen Grenze als endgültige immer unter den Vorbehalt eines Friedensvertrages gestellt wurde.

"Mehr oder weniger illusorische Erwägungen einer militärischen Aktion gegen Polen" (1) zur Grenzkorrektur wurden spätestens mit dem Locarno-Vertrag 1925 aufgegeben, von Verhandlungen mit der polnischen Regierung versprach Stresemann sich nichts. Er knüpfte vielmehr in jenen Jahren Erwartungen an einen wirtschaftlichen Zusammenbruch Polens. In einer Geheimbesprechung der Staats- und Ministerpräsidenten im November 1925 (2) erklärte Stresemann, es sei anzustreben, *"eine endgültige und dauerhafte Sanierung Polens so lange hinauszuschieben, bis das Land für eine unseren Wünschen entsprechende Regelung der Grenzfrage reif und bis unsere Machtstellung genügend gekräftigt ist."* Eine Lösung der Grenzfrage sei nicht zu erreichen, *"ohne daß die wirtschaftliche und finanzielle Notlage Polens den äußersten Grad erreicht und den gesamten polnischen Staatskörper in einen Zustand der Ohnmacht gebracht hat."* Man hoffte, daß Deutschland dann durch Mitwirkung bei einer "Sanierung" Polens entweder *"den Korridor zurückkaufen"* könnte, oder aber durch revolutionäre Entwicklungen in Polen ein *"Eingreifen Deutschlands erforderlich"* würde.

Ähnliche Planspiele sind heuzutage aus den Reihen der Vertriebenen und aus FAZ-Leserbriefen bekannt. Klar ist auch, daß die unter Willy Brandt begonnene Politik der exzessiven Kreditvergabe, des "Wandels durch Handel", ihren Anteil an der ökonomischen Dauerkrise des heutigen Polen hat — und daß es keinerlei Interesse an einer "dauerhaften Sanierung" Polens gibt. Denn diese würde den Zustand wirtschaftlicher Abhängigkeit und politischer Erpreßbarkeit Polens durch die BRD beenden und damit ihren von der polnischen Regierung notgedrungen geduldeten Einfluß auf die Neuformierung der deutschen Minderheit im westlichen Polen.

Geheime Infiltration

Zur Aufrechterhaltung des Revisionsanspruches unabdingbar war (und ist) der Erhalt der deutschen Minderheit. Sie, wie auch die Landsmannschaften im Reichsgebiet, waren ein wichtiger Bestandteil deutscher Innen- und Außenpolitik der Weimarer Republik — doch verblieb diese Politik immer im Bereich indirekter und verdeckter Einflüsse. Die Konsulate und Gesandtschaften wurden systematisch aus dem *"aktiven Bereich der Deutschtumspolitik herausgehalten. Eine Beteiligung an dieser Aufgabe hätte für die deutschen Vertretungen ein unnötig großes Risiko dargestellt, da sich das Mißtrauen der polnischen Behörden vornehmlich gegen sie wandte. Die Aktivitäten der diplomatischen Vertretungen gingen aus diesem Grunde nach außen nie über die Möglichkeiten hinaus, die ihnen das allgemeine Völkerrecht... bot."* (3) Eine direkte politische oder materielle Unterstützung der deutschen Minderheiten durch die Reichsregierung hätte unweigerlich den Einspruch der Siegermächte nach sich gezogen, Deutschland dem Vorwurf des Revanchismus und die deutsche Minderheit dem des Landesverrates ausgesetzt.

Von Seiten der Reichsregierung begann man nach Formen der Unterstützung zu suchen, die die Deutschtumspolitik dem Einblick der zu recht mißtrauischen Staaten Osteuropas und der Entente entzog. Da die Siegermächte auch die Haushaltskontrolle über die Ausgaben der Reichsregierung ausübten, konnten keine Mittel zugunsten der deutschen Minderheiten im offiziellen Budget auftauchen. Aus Gründen der Geheimhaltung wurden im zuständigen Außenministerium keinerlei Akten über beteiligte Organisationen oder Personen angelegt. Entscheidungen wurden bei Zusammenkünften bestimmter Personen gefällt, die Einbindung einzelner Abgeordneter aller Fraktionen bis auf Kommunisten und Nationalsozialisten garantierten den stillschweigenden parteiübergreifenden Konsens. Das Auswärtige Amt wies die Gesandtschaften in Kopenhagen, Warschau, Wien und Prag in einem Brief vom 29.9.1922 an: *"Das Reich muß sehr vorsichtig operieren und in dieser Arbeit stark zurücktreten, vermieden werden sollte alles, was nach 'Irredenta' oder 'deutscher Propaganda' aussieht."* (*"Irredenta"* ist eine politische Bewegung zum Wiederanschluß abgetrennter Gebiete.)

Dies galt jedoch nur für die von der Reichsregierung geschaffenen Tarnorganisationen, ansonsten war die anwachsende Irredentabewegung dem Auswärtigen Amt (AA) nur recht. So schrieb der Gesandte in Warschau, Rauscher, an das Auswärtige Amt: *"Das einzige, was zum mindesten in meinem Amtsbezirk vollkommen unnötig ist, ist die Schaffung einer Irredenta. Die existiert und wächst, ganz ohne Zutun irgendeiner amtlichen Stelle; im Gegenteil, die Gesandtschaft wird eher zu tun haben, sie vor unklugen Ausbrüchen zurückzuhalten und sie realpolitisch einzustellen."* (4)

Um keinerlei Rückschlüsse auf Aktivitäten eines Reichsministeriums zuzulassen, wurden vom Auswärtigen Amt verschiedene "private" Organisationen und Firmen gegründet, über die während der ganzen Zeit der Weimarer Republik, z.T. bis zur Wiedereroberung der betreffenden Gebiete im Zweiten Weltkrieg, die Deutschtumspolitik der Reichsregierung abgewickelt wurde.

Zur Verhinderung der Ausschaltung der deutschen Presse beschloß man in Berlin — noch vor der offiziellen Abtretung der "Ostprovinzen" an Polen —, *"das gesamte deutsche Pressewesen in dem Abtretungsgebiet in die Hand zu bekommen."* Zur Unterstützung bzw. zum Aufkauf der Zeitungen samt Druckereibetrieben wurde im Januar 1920 aus Mitteln geheimer Reichsfonds die *"Konkordia Literarische Gesellschaft"* gegründet. Sie kaufte zunächst in Polen, später auch anderswo, alle deutschen Tages- und Lokalzeitungen auf. Gerade durch die scheinbare Beibehaltung einer auch parteipolitischen Meinungsvielfalt konnte das Auswärtige Amt seine Politik in allen Kreisen der deutschen Minderheit erfolgreich propagieren.

Organe der Einflußnahme

Um den Erhalt deutscher Schulen kümmerte sich zunächst der *"Ostausschuß"*, eine aus Abgeordneten gebildete überparteiliche Parlamentariergruppe, der seine Aufgabe zunächst im Kampf um den Verbleib der Gebiete beim Reich gesehen hatte. Nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages machte er sich die "Erhaltung des Deutschtums" zur Hauptaufgabe. Nach seiner Umwandlung zur *"Deutschen Stiftung"* avancierte er unter dem ehemaligen Regierungsrat des Preußischen Innenministeriums Krahmer- Möllenberg zum *"entscheidenden Instrument der Deutschtumspolitik des Auswärtigen Amtes."* (3) Nach außen hin war die "Deutsche Stiftung" ein eingetragener Verein, in Wirklichkeit jedoch eine verschleierte Dienststelle des Auswärtigen Amtes, die seit Beginn der Inflation fast ausschließlich aus Reichsmitteln finanziert wurde und als Finanzierungs- und Kontaktorgan zu den deutschen Organisationen zuerst nur in Polen, später im gesamten europäischen Ausland diente. *"Diese Aufgabe hat die... Deutsche Stiftung von ihrer Gründung bis zu ihrer Auflösung im Jahre 1939, nach dem Einmarsch in Polen,... erfüllen können."* (3) Die Stiftung bediente sich ihrerseits zweier sogenannter Selbstverwaltungsorgane, des Deutschen Schulvereins in Bromberg und der Deutschen Vereinigung im Sejm und dem Senat in Bromberg. *"Die Notwendigkeit der Geheimhaltung entzog die Deutschtumspolitik jeder öffentlichen Diskussion nicht nur im Parlament, sondern auch innerhalb der Parteien."* (3)

Nach dem Friedensvertrag entstanden in Polen zwei Deutschtumsorganisationen, die gewerkschaftsnahe *"Zentral-Arbeitsgemeinschaft der deutschen Parteien"* (ZAG) und der *"Deutschtumsbund"*. Maßgeblich für diese Gründungen war auch das von der Entente Polen auferlegte Minderheitenschutzabkommen vom 28.6.1919, das zwar keinen offiziellen Kontakt zwischen den Regierungsstellen im Reich und der "deutschen Volksgruppe" in Polen ermöglichte, aber einige Vergünstigungen bot. Das Recht zum Aufbau von Wohlfahrtsverbänden, religiösen und sozialen Einrichtungen sowie auf Vereinsbildung bewirkte eine umfassende und intensive Organisierung der deutschen Volksgruppe. *"Die Vorstände der deutschen Organisationen stellten... die Bezugsgruppen für die deutsche Politik dar."* (3)

Anfang 1920 wurden im Auswärtigen Amt Überlegungen angestellt, wie die ZAG, die mit ihrem Einfluß unterliegenden Zeitungen ein breites Publikum in den abgetretenen Gebieten anzusprechen vermochte, als Störfaktor der eigenen Deutschtumspolitik ausgeschaltet werden könnte. Sie wurde schließlich vom Auswärtigen Amt planmäßig finanziell ausgetrocknet und politisch kaltgestellt, was den rechtskonservativen "Deutschtumsbund" zur einzigen Vertretung der Deutschen in Polen machte. *"Die Organisation des Deutschtums, die, von außen betrachtet, aus der Volksgruppe selbst zu wachsen schien, entstand also in Wirklichkeit auf Druck oder zumindest Anregung, in jedem Falle aber nach den Vorstellungen den AA und seiner Hilfsorgane und den Notwendigkeiten der deutschen Außenpolitik."* (3)

Autonomie vs. Integration

Als wichtigste Aufgabe sah das AA den Erhalt der deutschen Minderheiten und die Abwehr jeder Assimilation an. 1926 konnte Deutschland im Völkerbund die deutsche Definition von "Minderheitenrecht" weitgehend durchsetzen: Dauerhafte nationalkulturelle Autonomie kontra Integration. *"Das Auswärtige Amt betrieb in Polen und speziell in den abgetretenen Gebieten keine auswärtige Kulturpolitik im herkömmlichen Sinne. Hier wurde nicht versucht, mit den Mitteln der kulturellen Selbstdarstellung eine Art Sympathiewerbung für Deutschland bei den Polen gleich welcher nationalen Herkunft durchzuführen. Die gesamten Bemühungen dienten vielmehr dem Ziel,... die Angehörigen der deutschen Minderheit in ihrem Deutsch-Sein zu stärken, um die deutsche Volksgruppe als eigenständigen kulturellen Faktor zu erhalten."* (3) Doch man wollte sich von Anbeginn nicht auf das "Konservieren" beschränken, die *"Kräftigung des Deutschtums über seinen jetzigen Bestand"* hinaus, d.h. die Rückkehrmöglichkeiten Abgewanderter, galten als erstrebenswertes Ziel.

Infolge der starken Abwanderung aus den abgetretenen Gebieten sah man *"in der Ostmark die Gefahr einer fast völligen Entgermanisierung."* Als ein erstes Mittel gegen diese Tendenzen beschloß man eine Verschärfung der Einreise-, Paß- und Visabestimmungen und eine härtere Auslegung der Verdrängteneigenschaften (heute "Vertriebene"), die Grundlage von Entschädigungsansprüchen im Reich waren. Doch auch dies erwies sich als ungenügend, so daß nach 1924 neben der Finanzierung deutscher Schulen und Kindergärten die *"Stützung wirtschaftlich schwacher Elemente"* zentrale Bedeutung bekam. Erstes Ziel dieser Bemühungen war "das in den abgetretenen Gebieten noch vorhandene Deutschtum — etwa 350.000 von 1,3 Mio. — *"... durch Sicherstellung seiner wirtschaftlichen Existenz (zu kräftigen)..., um später die Aufrollung der Frage der Grenzrevision zu erleichtern."* (5) Im Rahmen der "Sicherung des deutschen Besitzstandes" trat die Landwirtschaft, vor allem der Großgrundbesitz, in den Mittelpunkt der Bemühungen.

Doch es ging nicht nur um die Sicherung der deutschen Position, sondern auch deren Ausbau. Nach dem Aufbau des Ossa-Konzerns stand ab 1926, zunächst für Danzig und Oberschlesien, ein umfangreicher Kreditapparat zur Verfügung, der seine Tätigkeit später auf die Tschechoslowakei und Südosteuropa ausdehnte. Mit Krediten in einer Gesamthöhe von 40 Millionen Mark, wiederum aus Fonds des Reichsetats, *"die an sich für andere Zwecke"* bestimmt waren (6), wurden zwischen 1925 und 1928 *"422 Objekte aus polnischer in deutsche Hand überführt."* (3) Weitere Kredite und Unterstützungen in Höhe von 60 bis 70 Mio. RM erhielt die Großindustrie in Ost-Oberschlesien.

Neben der Stärkung der politischen Ansprüche Deutschlands an Polen und der Offenhaltung der territorialen Revision, versprach man sich von den Millionenbeiträgen, die Jahr für Jahr an die Deutschen in Polen flossen, daß ihre Unterstützung dort *"mit Rücksicht auf die Valutaverhältnisse beider Länder"* (7) billiger wäre als ihre Eingliederung in das deutsche Wirtschaftsleben.

Norbert Friedrich Krekeler schreibt dazu (3): *"In der Außenpolitik mußten solche Maßnahmen jedoch eine völlig neue Dimension gewinnen, da sie Ausdruck einer Politik waren, die sich im Grunde gegen die Existenz des anderen Staates richtete, indem sie ein bestimmtes Gebiet mit einer spezifischen Bevölkerung von der Integration in den fremden Staat — nicht allein von der Assimilation — bewußt und planmäßig abzuhalten versuchte."*

Auch in der ersten Phase der nationalsozialistischen Herrschaft behielten die Grundsätze der Deutschtumspolitik ihre Gültigkeit wie auch ihre Zuständigkeit in-

nerhalb von Ministerien und Organisationen. Mittels der *Gleichschaltung* gelang eine lückenlose Kontrolle und Vereinheitlichung der bis dahin nur unzulänglich unter einen Hut gebrachten diversen Vereine und Interessenverbände des Deutschtums.

Von der kulturellen zur biologischen Überlegenheit

In den Vordergrund der Argumentation geriet der Rassegedanke. Entsprang der überhebliche Zug deutscher Ostpolitik bislang dem Gefühl kultureller und wirtschaftlicher Überlegenheit (*"die polnische Kultur mit ihrem weit verbreiteten Analphabetentum"* sei *"der deutschen weit unterlegen"* - Schreiben des Reichskriegsministers a.d. Preuß. Staatsministerium v. 12.1.1919 (1) - so kam jetzt die Überzeugung von der deutschen biologischen Überlegenheit dazu.

"Die Weimarer Republik hatte dem nationalsozialistischen Regime das deutschtumspolitische Instrumentarium des AA und auch die Organisationen der deutschen Minderheit in Europa vererbt — angesichts der Dominanz konservativ-nationalistischer Vorstellungen zwar nicht ideologisch gleiche, doch für die deutsche expansionistische Außenpolitik sehr brauchbare Hilfstruppen, die gewöhnt waren, ihren Kurs immer nach dem des Reiches auszurichten." (3)

Statt offener Grenzen...

Zum Abschluß möchte ich einige nicht zufällige Ähnlichkeiten zwischen der heutigen Deutschtumspolitik und der der Zwischenkriegszeit in Thesenform aufzeigen:

* Die Bundesregierung hat durch entsprechende Abkommen (Grenz- und Nachbarschaftsvertrag mit Polen, Charta zum Schutz von Minderheiten im Rahmen der KSZE) den Rahmen für die Neuformierung der deutschen Minderheiten in Osteuropa geschaffen. Die Organisierung und Unterstützung der deutschen Minderheiten geschieht offiziell nicht durch die Bundesregierung und die deutschen Konsulate, sondern von scheinbar unabhängigen und privaten Organisationen wie dem *"Verein für das Deutschtum im Ausland"* (VdA) und insbesondere den Vertriebenenverbänden aus. Die von diesen Organisationen und Vereinen privat aufgebrachten Mittel stehen in keinem Verhältnis zu ihren umfangreichen und kostspieligen Aktivitäten in Osteuropa. Durch ihre überwiegende Finanzierung durch die Bundesregierung kann man sie als heimlichen verlängerten Arm bundesdeutscher Außenpolitik bezeichnen

* Heute wie damals würde sich die (Bundes)Regierung hüten, eine Irredentabewegung zu unterstützen. Dies würde unweigerlich internationale Proteste nach sich ziehen und die Bundesregierung dem Vorwurf des Revanchismus aussetzen. Daß große Teile der in Westpolen in "Freundschaftskreisen" organisierten "Deutschen" darauf setzen, daß "Oberschlesien" auch eines Tages mit der BRD wiedervereinigt wird — eine Vision, die von den Vertriebenen lanciert wurde — ist aber für die Bundesregierung keineswegs ein Grund, ihnen den Geldhahn zuzudrehen.

* Die scheinbar urwüchsige Entstehung der Vereine der deutschen Minderheiten in Osteuropa und ihre Zusammenschlüsse zu Dachorganisationen wurde von den Vertriebenenverbänden mit Unterstützung der Bundesregierung betrieben, da eine einheitliche Vertretung leichter beeinflußbar und steuerbar ist. Jene Vereine der deutschen Minderheit in Polen, der Tschechischen und Slowakischen Republik, die entweder noch der KP nahestehen oder aus anderen Gründen auf Grenzanerkennung oder Integration in die jeweiligen Staaten setzten, erhielten keine finanziellen Mittel mehr und wurden damit auch politisch kaltgestellt.

* Im Rahmen der Vertragsverhandlungen mit Polen und der ehemaligen CSR wurde von Seiten der Bundesregierung über Maßnahmen zum Erhalt der deutschen Minderheiten hinaus auch auf Rückkehrmöglichkeiten samt Rückerhalt ehemaligen Besitzes für die 1945 Vertriebenen oder später in die BRD Ausgereisten gedrängt. Mit der Rückkehr ehemaliger Vertriebener könnte die deutsche Minderheit auch in jenen Teilen Polens, wo sie heute kaum noch von Bedeutung ist oder in Tschechien und der Slowakei wieder zum bedeutenden ökonomischen und damit auch politischem Faktor werden.

...offene Grenzfragen

* Wie in der Zwischenkriegszeit legt die deutsche Regierung auch heute Wert auf nationalkulturelle Autonomie der deutschen Minderheiten zur Verhinderung der Integration bzw. Assimilation in Osteuropa. Insbesondere in der Sowjetunion wird dieses auch im Rahmen der KSZE vertretene Konzept durch die Gründung deutscher Rayons oder der Wolga-Republik mit eigener Ökonomie und Verwaltung zu einer regelrechten Ausgliederung aus dem russischen Staat zugespitzt. Doch auch die von der deutschen Minderheit in Polen mit deutscher Unterstützung erhobene Forderung nach einem autonomen Status für Oberschlesien dürfte kaum einem besseren Zusammenleben dienen, sondern sich viel-mehr langfristig als gegen den polnischen Staat gerichtet erweisen.

* Die mit erheblichem finanziellen Aufwand seit der Wiedervereinigung betriebene "Rekultivierung" deutscher Minderheiten in Osteuropa dient öffentlich dem Zweck, ihre Einwanderung nach Deutschland zu verhindern. Auch Gustav Stresemann (Denkschrift vom 13.1.1925) forderte in der Zwischenkriegszeit *"alles zu tun"*, um die deutschen Minderheiten *"im Kampf um die Erhaltung ihres Deutschtums zu unterstützen und hierbei kein Mittel unversucht zu lassen, auch dann, wenn die Wirksamkeit der Hilfe nicht mit voller Sicherheit vorauszusehen ist und der erhoffte Erfolg langsam eintreten kann."*

Das Ziel der Sicherung "kultureller Selbstverwaltung" und "eigennationaler Gesinnungsschulen" benannte Stresemann am Schluß seiner Denkschrift: *"Die Schaffung eines Staates, dessen politische Grenze alle deutschen Volksteile umfaßt, die innerhalb eines geschlossenen deutschen Siedlungsgebietes in Mitteleuropa leben und den Anschluß an das Reich wünschen, ist das ferne Ziel deutschen Hoffens, die schrittweise Revision der politisch und wirtschaftlich unhaltbarsten Grenzbestimmungen der Friedensdiktate (polnischer Korridor, Oberschlesien) das nächstliegende Ziel der deutschen Außenpolitik."*

Das westliche Polen, das neben Rußland die größte und geschlossenste deutsche Minderheit hat, grenzt heute wieder an Deutschland. Damals wie heute gilt: Ohne Erhalt der "deutschen Volksgruppe" kann kein Anspruch auf Revision einer Grenze oder auf Europäisierung oder Internationalisierung bestimmter Regionen erhoben werden. Insofern war es konsequent, daß die Anerkennung der polnischen Westgrenze für Kohl stets nur als Preis für die deutsche Wiedervereinigung akzeptiert wurde.

Sabine Roisch

Anmerkungen:

1) Zitate und Angaben nach: Martin Broszat, Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik, Frankfurt 1972

2) G. Stresemann: Vermächtnis Band II, Berlin 1922/23

3) Norbert Friedrich Krekeler, Zur Deutschtumspolitik des Auswärtigen Amtes in den durch den Versailler Vertrag abgetretenen Gebieten 1918-1933 — Der Revisionsanspruch und die finanzielle Unterstützung deutscher Volksgruppen in Polen, Dissertation, Bonn 1972

4) Brief des deutschen Gesandten in Warschau an das AA

5) Vermerk Min.Dir. Wallroth vom 5.10.1926, zit. nach (3)

6) Reichsfinanzministerium an AA, 11.3.30, zit. nach (3)

7) Schreiben des AA vom 6.4.1921

Der Fall Türcke

Rassismus konkret: ein Vortrag mit Folgen

Rassismus auf dem "konkret"-Kongreß? — Hermann L. Gremliza winkt müde ab: Christoph Türcke, Philosoph und kritischer Theoretiker (1), habe keinesfalls, wie Bettina Hoeltje behaupte, *"von der Hautfarbe ausgehend ... auf innere Disposition"* geschlossen. Den Unterschied zwischen Professor und Kritikerin bilde jener *"zwischen einem Gedanken und einem Gerede"* (2). Zwar greift er ihn dann auch noch an, der Gremliza den Türcke, doch für den Kern des Konflikts ist der Bescheid des "konkret"-Herausgebers eindeutig. Mit Verve stellt er sich vor seinen Autor, versteigt sich gar dazu, sich den Kongreß-Redetext seines Schäfchens inhaltlich zur Gänze als *"richtig"* zueigen zu machen (3).

Solche Reaktionen auf Türckes Text — Gremliza steht als Beispiel für einen Großteil des Kongreß-Publikums — zwingen dazu, dessen Erwägungen über zu unterscheidende *"Rassen"*, *"schwarze, weiße, gelbe, rothäutige Variante(n) der Menschheit"*, etwas genauer in den Blick zu nehmen.

"...Temperament, Neigung, Begabung, Charakter..."

Türcke macht zunächst Unterschiede in *"Wuchs, Gestalt, Farbe, Sprache und Sitten"* zwischen verschiedenen Völkerschaften aus, die *"keine Erfindung"*, sondern *"simple Tatsachen"* seien. Er suggeriert, AntirassistInnen leugneten Unterschiede als solche, wo sie in Wirklichkeit die Biologisierung von — realen und angeblichen — *gesellschaftlich ausgeprägten* Differenzen verurteilen. Mit der Koppelung von erblichen Merkmalen (z.B. *"Farbe"*) und sozialen Kategorien (z.B. *"Sitten"*) deutet bereits der erste Satz Türckes ein rassistisches Gegenkonzept an.

Der zweite Satz bestärkt diese Vermutung — er lautet: *"Es gibt nun einmal Menschengruppen schwarzer, weißer, gelber oder rötlicher Hautfarbe, die sich durch die Gemeinsamkeit erblicher Merkmale signifikant von andern unterscheiden, und so unmöglich es ist, genau anzugeben, wie weit dieser Merkmalsunterschied sich über die Hautfarbe hinaus auf Temperament, Neigung, Begabung, Charakter erstreckt, so absurd wäre es, ihn zu leugnen und so zu tun, als bedeute der Unterschied zwischen schwarzer und weißer Hautfarbe nicht mehr als der zwischen einem roten und grünen Anorak."* Türcke stellt hier zwei Ansichten zueinander in Opposition. Die einen — die idealtypischen AntirassistInnen — leugnen, daß sich der Merkmalsunterschied "Hautfarbe" vererbe, und behaupten, er bedeute nicht mehr als die Farbe eines Anoraks. Diese Leute gelten als disqualifiziert, indem Türcke ihnen offensichtlich Unsinniges — die Leugnung jeder Vererbung — unterstellt. Die anderen — Türcke und andere Vernunftbegabte — sehen, daß "Hautfarbe" erblich ist und daß sich daran Unterschiede in *"Temperament, Neigung, Begabung, Charakter"* knüpfen. Die Tatsache der Verknüpfung gilt als gesichert, wenn auch jene nicht quantifiziert werden könne. Mit der Aufzählung: *"Temperament, Neigung, Begabung, Charakter"* schöpft Türcke die begrifflichen Möglichkeiten, ein Ensemble innerer Gegebenheiten an die Vererbung von Hautfarbe zu koppeln, wohl maximal aus.

Daß dem Sprachkritiker Gremliza die Tatsache verborgen blieb, daß hier — exakt wie Hoeltje beschrieb — von der Hautfarbe auf die *"innere Disposition"* geschlossen wird, ist ein unerklärliches Phänomen. Vertritt Türckes Text damit eine rassistische Konzeption? — Versuchen wir einmal, einen möglichst enggefaßten, möglichst konsensfähigen Arbeitsbegriff von *"Rassismus"* zu finden. Der müßte Rassismus wohl in etwa als eine Ideologie/Praxis definieren, die

1. eine bestimmte Zielgruppe stigmatisiert — enggefaßt: eine solche Gruppe, die an äußerlichen Merkmalen bestimmt, und als *"Rasse"* bezeichnet wird;
2. dieser Gruppe ein Ensemble von Eigenschaften, Merkmalen und Fähigkeiten als gemeinsame zuweist, welche als unveränderlich gelten. Eine enggefaßte Definition wird dies als *rassistisch* vielleicht nur bezeichnen, wenn (fiktive oder tatsächliche) Merkmale sozialen Ursprungs als *vererblich* eingestuft werden;
3. solche Zuschreibungen mit einer Abwertung/ mit der Ausübung von Herrschaft/ mit der Erlangung von Vorteilen verknüpft.

Bei Türcke sind — wie wir sehen werden — alle diese Merkmale gegeben. Daß er von *"Rassen"* spricht, liegt auf der Hand, ebenso, welch weitreichende Zuschreibungen er mit *"Rasse"* verbindet. Auch über seine Vorstellung von Erblichkeit läßt er keinen Zweifel aufkommen: Türcke schreibt, der *"Stoffwechselprozeß"* zwischen Mensch und Natur habe *"den Menschen zahllose Verschiedenheiten ein- und aufgeprägt, und wenn man den eindeutigsten und haltbarsten davon, die so tief im jeweiligen Kollektiv sitzen, daß sie sich unweigerlich vererben, mit wem die betreffende Person sich auch paare, den Namen der Rasseeigenschaft gibt, so ist das nichts als eine vernünftige Regelung."* In der etwas nebulös bleibenden biologistischen Vorstellungswelt des Christoph Türcke differenzieren sich die Erbanlagen sukzessive nach den jeweils unterschiedlichen geographischen Bedingungen. Wie seine Berufung auf Kant dokumentiert, ist er ganz offensichtlich der Meinung, die Welt in vier Klimaregionen einteilen zu können, die vier Grundrassen hervorgebracht haben. Jedenfalls geht er von eben diesen Rassen aus und behauptet, daß jene eine jeweils vererbliche Auswahl aus *"zahllose(n) Verschiedenheiten"* dauerhaft verbinde.

"... Warum nicht ...?"

In einem neueren Beitrag hat Wulf D. Hund anschaulich dargestellt, wie sich aus widersprüchlichsten Angaben in Reisebeschreibungen das Konzept der gerade *vier* Hautfarben erst mit der Ausformulierung rassistischer Standardtexte durchsetzte — schon diese Farbgebung ist also nicht Empirie, sondern ein Ergebnis rassistischer Konstruktion. Unter Linken sollte Hunds Resümee eigentlich selbstverständlich sein, daß es im europäischen Rassebegriff *"nicht um die Pigmentierung der natürlichen, sondern um die Farbgebung einer sozialen Haut"* ging (4). Wo immer von *"Rasse"* und ihren Eigenschaften die Rede ist, wird nicht wertfrei gesprochen, immer wohnt solchen Diskursen die Tradition und die Funktion der Abwertung von Menschengruppen inne. Die Hierarchisierung der *"Rassen"* wird in Türckes Text gar explizit vorgenommen, wenn er provozierend fragt: *"Warum nicht zugeben, daß die Natur ihre Huld innerhalb der Rassen wie auch zwischen ihnen nicht so gleichmäßig verteilt hat wie eine Firma ihre Postwurf-*

sendung?" Mit dieser Äußerung nimmt er unmittelbar Bezug auf *"klimatische und geographische Bedingungen"*, die sich aber, wie wir bereits gesehen haben, nach der Türckeschen Vererbungslehre ins Erbmaterial der unterschiedlich Beschenkten *"unweigerlich"* eingeschrieben haben.

Türckes Text erfüllt also in den kurzen Eingangspassagen geradezu idealtypisch all jene Anforderungen, die an eine, wie eng auch immer gefaßte Definition von "Rassismus" gestellt werden können. Hermann L. Gremliza hat dies, ausweislich seiner Anmerkungen, übersehen — da ist nirgends nichts gewesen ... Türcke, behauptet Gremliza, habe doch nur die Verschiedenheit des Anderen betonen wollen, die seine antirassistischen GegnerInnen negierten. Diese schrien nach "Menschenrechten", wollten das Andere homogenisieren, und seien unter dem Banner eines solchen Antirassismus die eigentlichen RassistInnen. — Die Argumentationskette Gremlizas ist eine hergeholte Konstruktion, sie ist doppelt falsch. Dem Text Türckes geht es keinesfalls um eine reale Wahrnehmung des Anderen; die vorgeführte Konstruktion von "Rasse" geht in biologistischen Zuschreibungen über die Realität des Gegenübers gerade hinweg. Und die Kritikerinnen Türckes, auf die Gremliza einprügelt, haben mit dem Zerrbild, das er von ihnen malt, nun wirklich nichts gemein. Weder kann Ingrid Strobl in ihren Analysen zu Antisemitismus, noch kann Bettina Hoeltje die Propagierung von "Menschenrechten" als antirassistisches Konzept zugeschrieben werden. Und selbst Jutta Ditfurth — gegen die Vorwürfe des Politizismus, des Denkens in Spiegelstrichen und des Antiintellektualismus noch beinahe immer zutreffen — wird diesmal zu unrecht beschuldigt: ihre Argumentationen gegen Eurozentrismus wenden sich noch stets gegen jene problematische Vergleichung, auf die Gremliza so wortreich aufmerksam machen will. Selbst, wo Gremliza höchst großzügig Lob verteilen will, arbeitet er mit herablassend frauenfeindlichen Stereotypen: Ingrid Strobl, die nichts verstanden habe, habe dennoch *"instinktsicher"* auf Türckes Schwachstellen verwiesen ... — Gremlizas kann mit solchen Wendungen über die eigene Verantwortung nicht hinwegtäuschen: Indem er sich vor Türckes Text stellt, sponsert er ein den Rassismus legitimierendes Theoriegerüst. Der Umgang mit Türckes Thesen droht in der radikalen Linken Positionen zu verschieben. Wenn offen rassistische Denkmodelle nicht mehr diskreditiert sind, sondern im Gegenteil zur Steigerung der Prominenz führen können, kann sich die Akzeptanz von "rassekundlichem" Denken ganz wesentlich vergrößern. Die Forderung nach einem Abbruch des Türcke-Referats mag in der Kongreß-Situation teils eher emotional als durchdacht vorgebracht worden sein, es mag für sie auch falsche Gründe gegeben haben; und unsinnig wäre die billige Skandallogik, jeden als Rassisten zu stigmatisieren, der Türcke zuende hören wollte. Dennoch: Gerade die Diskussion *seit* Beendigung des Beitrags, Reaktionen wie der lebhafte Applaus und Gremlizas Stellungnahme beweisen, wie wesentlich es ist, die Forderung nach Ausgrenzung offener Rassismen aus linken Diskussionen als *politische* Forderung durchzusetzen.

Die linke Diskussion findet in einem Umfeld statt, in dem biologistisches Denken allerorten an Boden zu gewinnen scheint. Nicht nur die Neonazis von der Straße, auch SPIEGEL und Intellektuelle wie Botho Strauß propagieren es. Das rechte Schlachtschiff Eibl-Eibesfeldt wird herumgereicht — von Texten in der Süddeutschen Zeitung über eine seine Thesen würdigende Artikelserie in der "Zeit" bis hin zum STERN-Interview ... Auch in den Wissenschaftsdiskursen der Biologie drohen Roll-backs. Verschiedene Prämissen der "Rassenlehre" galten als durch die (auf ihre Art biologistische) Genforschung unwiederbringlich widerlegt: Erbanlagen, die "Rassen" über Äußerliches wie die Haut hinaus verbunden hätten, ließen sich einfach nicht finden. Nun suchen neue Diskurse, der — vererblichen — Beschaffenheit der Haut großen Einfluß auf Persönlichkeitsstrukturen zuzuweisen: Damit käme dann doch wieder ein rassisches Ensemble von Eigenschaften zustande. Türcke macht als Philosoph die Vorgabe — schließlich sei doch *"die menschliche Haut (...) ein Wahrnehmungsorgan ersten Ranges"*, das *"Art und Richtung körperlicher und geistiger Aktivität"* durch und durch beeinflusse...

Der bislang geführte Nachweis rassistischer Inhalte bezog sich auf den Beginn des Türcke-Referates, in dem er auf die Abkunft der Menschheit aus einem Naturzustand abhebt. Ein zweiter Teil folgt, dem die These vom Verschwinden der Rassen im Kapitalismus zugrundeliegt. Wegen dieses zweiten, "antikapitalistischen" Teils galten auf dem "konkret"-Kongreß vielen die "unglücklichen Formulierungen" oder "Ausrutscher" des Einstiegs als verzeihlich. Der biologistische, rassistische Einstieg Türckes hat aber Konsequenzen, die weit in seinen Text hineinragen.

Die "Zuchtwahl" des Kapitalismus

Türcke geht von einem ursprünglichen Naturzustand aus, von dem sich menschlicher Geist, menschliche Seele und menschlicher Körper in unterschiedlicher Geschwindigkeit emanzipierten. Diesen Prozeß sieht er noch in vollem Gange: Erst der Kapitalismus könne ihn — durch expandierende Produktion — vollenden, erst der Kapitalismus wirke, durch die Vergleichung aller Subjekte unter dem Kapitalverhältnis, endgültig — Originalton Türcke — *"rasseauflösend"*. In Türckes Geschichtsbild war die Gesellschaft also bis zur Herrschaft der Bourgeoise ganz wesentlich vom Naturzustand, mithin von der Existenz von Rassen, determiniert. Menschliche Geschichte ist bei Türcke in der Gegenwart nicht *Sozial-* und *Klassengeschichte* allein, sondern zugleich *Rassengeschichte*. Die kann mit Türcke eigentlich erst dann als aufgehoben gelten, wenn auch der langsamste menschliche Faktor, der Körper, die Angleichung vollendet. Solange es verschiedene Hautfarben gibt, geht Türcke von "Rassen" aus, an denen *"die moderne Wirtschaftsordnung höchstselbst"* eine Angleichung, ihre eigene *"Zuchtwahl"* veranstalte.

So schreibt Türcke in einer kurzen Textpassage zu Südafrika: *"Seither"* — das ist: seit der Ausbreitung des Kapitalismus — *"sind Menschenrassen ein Anachronismus. Nicht, daß es nicht auch schon im Altertum reichlich Völkerwanderungen und -mischungen gegeben hätte. Nun aber werden sie zur zwingenden Konsequenz der sich bildenden Weltwirtschaftsordnung, die nicht existieren kann, ohne zu expandieren, und nicht expandieren, ohne systematisch die Völker einander anzugleichen und durcheinanderzumischen. Das moderne Wirtschaftsgesetz ist rasseauflösend. Die Auflösung ist zwar noch längst nicht verwirklicht, wie schon ein flüchtiger Blick auf Südafrika zeigt, aber sie ist in vollem Gange. (...) Apartheid ist unrentabel, überholt und deshalb so blutig. Die verstockte Gewalt, mit der Anachronismen ihr Lebensrecht behaupten, gehört zum Brutalsten."*

Die südafrikanische Gesellschaft wäre mithin aktuell noch *real* von der Existenz verschiedener Rassen (mit)geprägt, bloß ist die Überwindung dieses Zustands abzusehen. Das Beispiel zeigt, daß mit Türckes

Thesen eine Geschichte des *Rassismus* in die einer realen *Rassenexistenz* umzuschreiben wäre — Rassenkunde träte an die Stelle von Rassismusanalyse. Ist ihm die südafrikanische Apartheid *heute* auch ein *"Anachronismus"*, so konnte sie logischerweise in der Vergangenheit doch ein natürliches *"Lebensrecht"* beanspruchen.

Rassistisch zu argumentieren, verändert *alle* Kategorien, es greift die Substanz linken Denkens an. Dem fällt auch zum Opfer, was die Substanz kritischer Theorie ganz wesentlich mit ausmacht: die dort geführte Kritik bürgerlicher Staatlichkeit. Türcke versucht, das Ende eines Naturzustandes zu beschreiben, wenn er ausführt: *"Zwar ist es nach wie vor so, daß das materielle und geistige Erbe, der gemeinsame Erfahrungs- und Sprachschatz den Zusammenhalt jener naturwüchsigen Kollektive, die sich Volk und Nation nennen, ausmacht. Zugleich aber ist diese Art von Zusammenhalt längst durch die Zentrifugalkraft der internationalen Konkurrenz und Verkabelung untergraben ..."* Die Rede vom "naturwüchsigen Kollektiv" müßte bloßer Ausgangspunkt sein zur Kritik jener bürgerlichen Ideologie, die "Volk" und "Nation" als "naturwüchsig" *ideologisiert.* Nachzuweisen wäre, daß der bürgerliche Staat nicht "gewachsen" ist, sondern gewaltförmig *herbeigeführt* wurde — gerade die Homogenisierung von geschichtlicher *"Erfahrung"* und von *"Sprache"* muß als *Setzung* begriffen werden.

Nichts von alledem bei Türcke, da bei ihm dem Begriff des "Naturwüchsigen" Realitätsgehalt zukommt. Wie die Rassen gelten ihm auch "Volk" und "Nation" als dem Urzustand organisch entwachsen. Sie finden ein fixes *"Erbe"* vor wie einen *"Schatz"*, und erst im späten Kapitalismus wirkt dann das internationale Kapital auf seine brutale Weise enterbend ... Der Türckeschen Staatsphilosophie dürften vor allem jene realpolitischen Sektoren der BRD-Linken etwas abgewinnen, denen das als natürlich gefaßte "nationale Selbstbestimmungsrecht" eine unumstrittene Kategorie ist.

Nicht nur bei seiner Fassung von Staatsgründungen, auch bei der Staatspolitik läßt sich die spezifische Verbindung nachweisen, die Türckes kritisches Denken mit bürgerlicher Ideologie eingeht. Türcke spricht über die Politikformel des "Einwanderungsdrucks", die er zunächst als gängige Floskel zitiert, um anschließend nachzuweisen, daß ihr insofern ein materieller Kern innewohnt, als unter kapitalistischen Bedingungen darüber real Konkurrenz ausagiert wird. Alsbald folgt jedoch die Übernahme des bevölkerungspolitischen Begriffs — die Anführungszeichen verlieren sich. Der von Türcke nun zueigen gemachte "Einwanderungsdruck" beinhaltet aber das Bild eines Staatskörpers oder einer Staatsmaschine, die durch *"Druck"* von *außen* deformiert zu werden droht. Türcke affirmiert damit die staatlichen Ausgrenzungen als "natürlich".

"Einwanderungsdruck" und Realpolitik ...

Daß es sich nicht nur um eine Frage der Semantik handelt, beweisen die Aussagen Türckes zur Einwanderungspolitik (teils für "konkret" 8/93 dem Referat hinzugefügt). Er koppelt die radikal-antikapitalistische Attitüde mit ihrer realpolitischen Konsequenz: Offene Grenzen zu fordern, schreibt Türcke, sei *"wohlfeil"*, *"weniger angenehm ist es zuzugeben, daß im Bann der bestehenden Wirtschaftsordnung (...) noch das an sich Humane und Vernünftige zum Unheil ausschlüge"*.

Deutlich profiliert sich Türcke hier als einer, der unangenehme Wahrheiten ausspricht, der Tabubruch begeht, und mutig daraus folgenden Skandalen ins Auge blickt. Dieser Gestus durchzieht seinen Text, in dem es von Wendungen wie *"Geben wir doch zu..."*, *"Machen wir uns nichts vor..."* und *"Warum nicht..."* nur so wimmelt. Die Logik solcher "Tabubrüche" wurde von taz-Autoren über Jahre hinweg bis zum Erbrechen vorexerziert. Wie bei all diesen taz-Skandälchen ist der Nimbus des mutigen, verfolgten Tabubrechers auch bei Türcke völlig albern: Sein Text befindet sich mitsamt all seinen "skandalösen" Ausführungen *gesellschaftlich* nun wirklich nicht im Abseits, sondern im Mainstream. Sein Angebot an die linken Leser ist, sich besonders radikal-antikapitalistisch und "mutig" zu fühlen, wenn sie mit ihm zum gesellschaftlichen Trend zurückkehren.

Türcke betont, *"jeder"* spüre doch *"etwas von jenem Bedürfnis nach Besitzstandswahrung"*, das den Mordanschlägen von Mölln und Solingen zugrundegelegen habe. Der Hörer soll den "Mut" aufbringen, die innere Verwandtschaft zu den Tätern zuzugeben. Alsdann lädt Türcke dazu ein, der geistigen Kumpanei mit den Mordbrennern freien Lauf zu lassen. Dem reaktionären Gehalt des Impulses nimmt er den Schrecken, indem er die Realpolitik einer Ausgrenzung von ImmigrantInnen als aus Sachzwängen vernünftig erklärt — alles

Anti-Antirassismus

Christoph Türcke fand auf dem "konkret"-Kongreß energische Verteidiger, die über die Frage nach rassistischen Inhalten seines Textes hinweggingen. Dazu gehörte im umstrittenen Forum der Mitdiskutant Wolfgang F. Haug, und auf dem Abschlußplenum ergriffen Joachim Bruhn und andere aus der "Initiative Sozialistisches Forum" das Wort. Liegt da ein inhaltliches Interesse an Türcke, eine Übereinstimmung mit Teilen seines Referats vor? Tatsächlich ist den Genannten mit Türcke das Anliegen gemein, auf eine (so der Titel des Referats) *"Inflation des Rassismus"*-Begriffs hinzuweisen.

Nun ist die Kritik des "Rassismus"-Begriffs der realen Antifa-Arbeit nur allzu berechtigt, der oft ökonomistisch oder bloß moralisch bleibt. Festzustellen ist auch, daß Staat und Medien das Wort in Beschlag nehmen und es jeden wirklichen Inhalts entleeren. Wo Weizsäcker-Reden und Lichterketten als Aktionen "gegen Rassismus" gelten können, muß über die Fundierung des Begriffs nachgedacht werden.

Christoph Türcke

Allein: Nicht solche Tendenzen macht Türcke zum Thema, vielmehr wendet er sich gegen Schlüsselbegriffe, wie sie von Balibar/ Taguieff entwickelt wurden: *"Bei Marginalisierung von Volksgruppen spricht man von strukturellem Rassismus, der Antijudaismus in der christlichen Theologie firmiert als kulturalistischer Rassismus, der Wille der Volksgruppe, sich mit anderen nicht zu vermischen, als differentieller Rassismus, und neuerdings glaubt man, einen Rassismus ohne Rassen zu entdecken oder einen Postrassismus sich abzeichnen zu sehen."* Er wendet sich damit gegen eine Rassismusforschung, wie sie in der BRD z.B. von AutorInnen der ehemaligen Frankfurter Zeitschrift Diskus oder vom DISS (Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung) betrieben wird.

Türcke kritisiert, daß in dieser Definitionswelt Rassismus dezidiert als bloße Konstruktion auftauche: *"Die Scheinplausibilität, die der Rassebegriff einst für Rassisten hatte, hat heute der Rassismusbegriff für seine Kritiker."* Daß eine wahnhafte Ideologie gesellschaftliche Praxis werden kann, und dadurch selbst als höchst real beschrieben werden könnte, ist seinem Denken fremd. Seiner Logik des Anti-Antiras- ☞

sismus entspringt, daß Türcke für die Beschreibung der Vergangenheit einen positiven "Rasse"-Begriff braucht — der im Vorstehenden selbst als rassistisch beschrieben wurde.

Wolfgang Fritz Haug
Türcke ähnelnde Denkmuster finden sich im Beitrag *"Zur Dialektik des Antirassismus"* von Wolfgang Fritz Haug (vgl. Argument 1/92). Auch darin wird auf die angebliche Paradoxie des Antirassismus verwiesen: *"Der Antirassist konstruiert den Rassisten als einen, der Rasse konstruiert."* Wie Türcke kommt Haug zum Schluß, es müsse ein positiver Rassebegriff definiert werden: *"Verleugnung, Über-Negation von Andersheit, in Gestalt der Diskurstaktik 'es gibt keine Rassen', kommt ungewollt der Dissimulation"* (Anm.: das ist die Verheimlichung von Krankheitszeichen) *"des Rassismus (...) entgegen. Der freie Blick auf Unterschiede, auch die angeborenen des Körpers, scheint unerläßlich, um der Scheinheiligkeit des offiziellen Rassismus Paroli zu bieten."* Dem schließt sich bei Haug allerdings kein durchgeführter positiver Rassebegriff an.

Haug verwendet in seinem Text den Begriff "Rassismus" zur Beschreibung aktueller Ideologien und Handlungen — das ist aber eine bloße Inkonsequenz des Textes. Dessen Inhalte führen zum Punkt, an dem der Begriff eigentlich zu verwerfen wäre. Haug unterscheidet "Rassismus von oben" und "Rassismus von unten" — und für beide entwickelt er Argumente, die die Definition als "Rassismus" in Frage stellen.

Rassismus von unten gilt Haug als *"entfremdeter sozialer Protest"*. Er behauptet, dieser "entfremdete Protest" wirke mit staatlichem Rassismus nicht Hand in Hand, er sei vielmehr Staatsinteressen *entgegengesetzt*. Haug betont, es sei gefährlich, diesen als "Rassismus" zu bezeichnen: *"Könnte es sein, daß ich durch die daraus folgenden Politiken, Angriffe, Spaltungen und Allianzen ungewollt dazu beitrage, daß dieses von mir schon unterstellte Wesen tatsächlich hervortritt?"* Haug wendet sich also gegen Antirassismus, der womöglich Rassismus durch Stigmatisierung erst *produziere*. — Auch Haug warnt übrigens vor den *"politischen Folgen einer Liberalisierung der Einwanderung bzw. einer Politik der offenen Grenzen"*...

Der "Rassismus von oben" verändert nach Haugs Wahrnehmung seinen Charakter; eine rassistische Orientierung der Eliten an Hautfarbe, Na- ☞

andere führe zum Bürgerkrieg, der ganz "objektiv" drohe.

Türcke drapiert Realpolitik mit antikapitalistischer Rhetorik, die Berufung auf "gesunden Menschenverstand" mit Gedanken der kritischen Theorie. In der Linken scheint so etwas auf bereitwillige Aufnahme zu stoßen: Tief in so manchen Linken scheint schon länger der Gedanke zu schlummern, an Charaktervererbung und rassischen Fähigkeiten müsse doch etwas dran sein. Daß die Neger besser tanzen, aber vielleicht doch schlechter denken, daß es beim Primaten die Uraggression gegen Fremde nun einmal gebe — man sehe es doch beim Kleinkind, wie es fremdelt — all die Standards reaktionärer Diskurse scheinen untergründig geglaubt zu werden.

Fremdenfurcht

Die These vom "natürlichen", angeborenen Fremdenhaß liegt dem letzten Komplex in Türckes Referat zugrunde. Dort negiert er einen Begriff von "Rassismus", der bloß konstruiere und gar nicht mehr auf Rasse bezogen sei — an dessen Stelle solle besser von "Fremdenfeindlichkeit" gesprochen werden.

Türcke führt einen psychologischen Erklärungsansatz vor, der die Feindschaft gegen den "Anderen" gespeist sieht aus abgespaltenen Elementen des eigenen Ichs. Er koppelt dies mit Kapitalismuskritik — sehr verkürzt ausgedrückt in der These, durch Einbeziehung in eine Gesellschaft der Wertproduktion entfremde sich der Mensch seiner selbst und projiziere diese Fremdheit in den Haß auf den anderen. Dieser Erklärungsansatz — den Türcke nicht erfunden hat — ist für sich genommen sinnvoll; er läßt sich indes auch mit Rassismustheorien koppeln, die Türcke dazu in strikten Gegensatz setzt.

Höchst problematisch aber ist, wie Türcke ihn mit der These einer angeborenen Fremdenfeindlichkeit koppelt. Er meint, *"darauf bestehen"* zu müssen, *"daß Fremdenhaß zu den ältesten und finstersten Regungen der Menschheit gehört"*, und beruft sich auf Nietzsches Rede vom menschlichen *"Instinkt der Furcht"*. *"Instinkt"* aber bezeichnet stets eine angeborene Verhaltensdisposition, ihn dem Menschen zuzuschreiben ist Kerngehalt reaktionärer Verhaltensforschung. Unter Berufung auf Nietzsche stellt Türcke einen ursprünglichen menschlichen Zustand, dem das Fremde feindlich erscheinen muß, einer kulturellen Entwicklung gegenüber; erst diese könne Feindlichkeit und Haß überwinden. So schreibt er z.B.: *"Im Andern etwas von sich selbst zu entdecken und entfesseln, ist auch die Chance, auf es als Fremdes, Schreckendes nicht mehr einschlagen zu müssen (...) Die wissenschaftliche Neugier, die Abenteuerlust, die Sehnsucht nach fremden Ländern, das Entbrennen für die schöne Fremde sind Empfindungen, in denen das Ungenügen, die Beschränktheit, die Fessel des bestehenden Zustands verspürt wird, aber sie zehren gleichwohl von all der in diesen Zustand schon eingegangenen Naturbeherrschung und Aufklärung."*

Mit dieser Ableitung kommt Türcke einer wesentlichen Prämisse des modernen Biologismus sehr nahe: der Behauptung eines angeboren-natürlichen menschlichen Fremdenhasses. Diese These aber gibt die Grundlage ab für eine Erneuerung der rassistischen Theorie.

Ende der "Rassen" — Ende des Rassismus?

Die These von der "angeborenen Fremdenfeindlichkeit" ist in der BRD eng mit den Namen Konrad Lorenz und Irenäus Eibl-Eibesfeldt verknüpft. Die Beweisführung ist schon in allen biologischen Ausgangspunkten völlig unhaltbar — weder kann angeborenes Fremdelverhalten beim menschlichen Säugling noch angeborene Fremdenabwehr bei Primaten oder gar im Tierreich überhaupt behauptet werden (5). Nichtsdestotrotz werden diese "Beweise" im "Alltagswissen" geglaubt und Gesellschaftstheorie zugrundegelegt. Die behauptete biologische Konstante "Fremdenfeindlichkeit" aber führt direkt zur These, unterschiedliche Gruppen/Kulturen/Nationen hätten sich zu separieren, um "natürliche" Aggressionen zu vermeiden. Die französische neue Rechte um de Benoist beispielsweise — bei der Eibl-Eibesfeldt veröffentlicht und zu Gast ist — geht längst nicht mehr von vererbbaren Rasseeigenschaften aus, wohl aber von der biologischen Notwendigkeit der Abgrenzung ethnischer Gruppen.

In der französischen Debatte wurde die veränderte Argumentation bereits früh thematisiert. Vor allem Etienne Balibar und Pierre-André Taguieff haben in ihren Rassismusanalysen versucht, diese Veränderungen auf den Begriff zu bringen. Beide entstammen der Althusser-Schule, die Elemente der Diskursanalyse in marxistische Konzeptionen zu integrieren versucht. Balibar prägte den Begriff des *"kulturalistischen"* Rassismus, *"dessen vorherr-*

schendes Thema nicht mehr die biologische Vererbung, sondern die Unaufhebbarkeit der kulturellen Differenzen ist" (6). Er betont, *"daß die theoretische Dimension des Rassismus heute wie damals zwar historisch relevant, aber weder eigenständig noch primär ist. Der Rassismus gehört vielmehr — als wahrhaft 'totales soziales Phänomen' — in den Zusammenhang einer Vielzahl von Praxisformen".* Verändert der Rassismus auch seinen Begründungszusammenhang, kann die Abwertung und Ausübung von Herrschaft gegen die stigmatisierten Menschengruppen doch in seiner Praxis als fortwährend nachgewiesen werden. Dabei legt Balibar (ganz im Gegensatz zu Türcke) das Zusammenwirken eines "Rassismus von unten" mit jenem "von oben" zugrunde.

Die neue Begründung für Rassismus schafft jenen also nicht aus der Welt, sie ist dennoch bedeutsam. Der kulturalistische Rassismus argumentiert auch *biologistisch*, aber er betont ideologisch die Differenz, statt offen ihre Homogenisierung oder Unterdrückung zugunsten der "überlegenen Rasse" zu fordern. Taguieff prägte vor diesem Hintergrund den Begriff des *differentialistischen* Rassismus, der den *"universellen"* und den *"superioren"* abgelöst habe. Gegen den traditionellen Rassismus hatte der Antirassismus die These von der Verschiedenheit der Menschheit verteidigt. Jenes *"vive la differance!"* aber macht sich der kulturalistische Rassismus gerade zu eigen, er nimmt nur implizit eine Abwertung des "Anderen" vor, dessen Erhalt als unvermischt "Anderes" in erster Linie eingefordert wird. Die Begriffe "kulturalistischer" und "differentialistischer" Rassismus, gegen die Türcke scharf polemisiert, eröffnen die Möglichkeit, das Ungenügen eines überkommenen "Antirassismus" zu erkennen.

Daraus kann aber keinesfalls der Vorwurf gespeist werden, Balibar/Taguieff negierten das "Andere" am "Anderen", wie es Gremliza den Türcke-GegnerInnen insgesamt unterstellt. Das theoretische Niveau jener Debatten, die Türcke pauschal verworfen sehen will, ist höher, als auch der "konkret"-Herausgeber glauben macht. Gerade die genannten Theoretiker haben auf die Problematik immer wieder hingewiesen, Antirassismus dürfe weder das "Andere" als unveränderlich setzen noch andererseits etwa einer universellen Homogenisierung das Wort reden.

Christoph Türckes Definition von "Rassismus", die an reale "Rasse" geknüpft ist, zwingt ihn, die Ablösung des Rassismus durch etwas Neues zu behaupten. Als "neu" bezeichnet er beispielsweise, daß Ausgrenzung nicht mehr voller Haß, sondern "kalt" betrieben werde: Rassismus werde *abgelöst* durch Wohlstandschauvinismus. Er übersieht, daß ein konkurrentes Element selbst dem Rassismus der Nazis innewohnte. Auch überwog bei jenen keinesfalls der geifernde Haß, eher beherrschte sie kalte Ergriffenheit von einer historischen Ausrottungsmission. Die These einer *Ablösung* des Rassismus durch Besitzstandsdenken entbehrt tatsächlich jeder empirischen Bestätigung. Eher scheinen gegenwärtig *alle* Spielarten des Biologismus aufzuleben: Eugenik, Antisemitismus, der dominantere Rassismus kulturalistischer Prägung, aber *auch* jener der Nazi-Horden auf der Straße, der sich eines offen biologistischen Begründungshorizonts bedient.

Berthold Brunner

Anmerkungen:

1) Christoph Türcke lehrte an der Gesamthochschule Kassel und lehrt seit kurzem in Leipzig.
2) So Gremliza in "konkret" 8/93, S. 43; Türckes Referat ist dort auf S. 35 ff dokumentiert. Ein Ärgernis am Rande: Vor ihrem Kongreß-Redebeitrag hatte Bettina Hoeltje um Türckes Redetext gebeten, ihn aber nicht erhalten. Nachdem "Konkret" exakte Argumentationen entlang des Textes zunächst solcherart verhinderte, präsentiert jetzt ihr Herausgeber die selbstproduzierte Lücke: gewendet zum Vorwurf angeblich unzureichender Sorgfalt gegen die Diskutantin (undurchdachtes *"Gerede"*). Den so entstandenen Kongreß-Redebeitrag veröffentlichte "konkret" in 8/93 ohne jede Nachfrage bei Bettina Hoeltje. Sie hat ihren Rassismus-Vorwurf inzwischen ausführlich an Türckes Text belegt — veröffentlicht nicht in "konkret", sondern in der neuesten "17°C — Zeitung für den Rest" vom August 1993.
3) Gremliza schreibt, der Türcke-Text sei *"zu größten Teilen richtig und bloß in einem, dem entscheidenden Punkt falsch"*, der aber der nachgeschickten Vorbemerkung Türckes entstamme. Ergo: Gremliza erklärt den ursprünglichen, den Rede-Text für inhaltlich vollauf *"richtig"*. Dieses Urteil wird auch nicht dadurch geschmälert, daß sein Kommentar eine Kritik an der *Wortwahl* des Türcke-Referats entwickelt.
4) Wulf D. Hund, Über die Konstruktion von Menschenrassen, Blätter für deutsche und internationale Politik, 8/1993, S. 1008f — vgl. dazu auch die Rezension in diesem Heft.
5) Einen ausführlichen Nachweis dazu vgl. bei Georgias Tsiakalos, Interkulturelle Beziehungen: steht ihnen die "Natur" entgegen?, in: Ein Herrenvolk von Untertanen, DISS-Studien, Duisburg 1992
6) Gibt es einen Neo-Rassismus?, in: Etienne Balibar/ Immanuel Wallerstein, Rasse Klasse Nation. Ambivalente Identitäten, Hamburg/ Berlin 1990

tionalität o.ä. sei am Verschwinden. Da der Kapitalismus alle gleichermaßen dem Kapitalverhältnis unterwirft, hätten "Rasse" und "Rassismus" keine Zukunft. "Rassismus von oben" verwandelt sich nach Haugs Prognose in einen Biologismus, der allein auf Leistung u.ä. abzielt, aber keine fixen äußeren oder kulturellen Merkmale mehr zur Stigmatisierung nutzt.

Manfred Dahlmann

Vom Verschwinden des Rassismus spricht auch Manfred Dahlmann in einem Referat, das er auf einem Jour-Fixe der Freiburger ISF (Initiative Sozialistisches Forum) gehalten hat ("Totale Vergesellschaftung und totale Herrschaft"). Der theoretische Hintergrund jener Prognose unterscheidet sich allerdings von den Ableitungen Türckes/ Haugs: Dahlmanns Referatthema ist eine Auseinandersetzung mit Hannah Arendts Totalitarismustheorie. Er geht davon aus, nach der "totalitären" NS-Herrschaft müsse die BRD als "total vergesellschaftet" begriffen werden. Die Kategorie, die seinen Begriff der "Totalität" füllt, ist die Selbstbewegung des Werts.

Wie im NS-Regime sich niemand als spezifisch "antirassistisch" hätte definieren können, sondern sich die Orientierung immer gegen das totalitäre Gesamtsystem habe richten müssen, so ist nach der Anschauung Dahlmanns auch heute jeglicher spezifische "Antirassismus" obsolet. Dahlmann unterfüttert diese These mit der Behauptung, ein spezifischer "Rassismus" im engeren Sinne könne heute nicht mehr - oder doch nur noch in verschwindendem Umfang - festgestellt werden. Solchen "Rassismus" im engeren Sinne sieht auch er allein in der expliziten Bezugnahme auf "Rasse". Eine solche Bezugnahme lasse sich im staatlichen Handeln — der einzigen Sphäre, mit der er sich näher beschäftigt — nicht empirisch belegen; in der Frage der Immigration werde z.B. auf Staatsangehörigkeit, nicht aber auf Rasse abgehoben.

Gemeinsam ist den genannten Autoren eine Tendenz, die Fundierung des Begriffs "Rassismus" in "Rasse" einzufordern und vor solchem Hintergrund — gegen alle Empirie — ein "Absterben" des Rassismus zu prognostizieren. Gemeinsam ist ihnen eine daraus abgeleitete Logik des Anti-Antirassismus, der jedenfalls die Gefahr innewohnt, den Begriff "Rasse" zumindest für die Vergangenheit, möglicherweise aber auch aktuell zu affirmieren. Der Fall Türcke führt diese Problematik überdeutlich vor Augen.

Von der Unschuld der Begriffe

Rasse-Biologie und Antikapitalismus

"Warum nicht die schwarze, weiße, gelbe, rothäutige Variante der Menschheit, wie Kant es tat, als Rassen definieren?" fragt Christoph Türcke in der "konkret" 8/93 (S. 36) und stellt seine Theorie vor, nach der die ungleiche Verteilung der "Huld der Natur" — klimatische und andere Einflüsse — ungleiche, verschiedene Menschen hervorgebracht habe. Denn die *"eindeutigsten und haltbarsten"* Merkmale der Verschiedenheit pflanzen sich *"unweigerlich"* fort, *"mit wem sich die betreffende Person auch paare"*. Warum also nicht so definieren, wie es die unbescholtene Autorität Kant getan hat? — Frage: Wie hat der es denn getan?

Kant legte in seinen Vorlesungen über die "Racen" die Theorie von den vier Klimazonen (naß-kalt, trocken-kalt, trocken-heiß, naß-heiß) zugrunde. Er folgte der anthropologischen Theorie des 18. Jahrhunderts, die die Hautfärbung der Menschen aus der Mischung der Säfte und der Lösung des Eisens im Blut bestimmte. Daß *"in dem Geschlechte der Weißen dieses in den Säften aufgelösete Eisen gar nicht niedergeschlagen (würde), und dadurch zugleich die vollkommene Mischung der Säfte und Stärke dieses Menschenschlages bewiesen"* sei (1), galt Kant als evident. Diese "vollkommene Mischung" finde sich — erklärt er uns, der Sichtweise der Entdeckung der Welt von Europa aus folgend — in der "Alten Welt":

"Frägt man: mit welcher der jetzigen Rassen der erste Menschenstamm wohl möge die meiste Ähnlichkeit gehabt haben, so wird man sich, wiewohl ohne jenes Vorurteil, wegen der anmaßlich größeren Vollkommenheit einer Farbe von der anderen, vermutlich vor die der Weißen erklären. Denn der Mensch, dessen Abkömmlinge in alle Himmelstriche einarten sollten, konnte hiezu am geschicktesten sein, wenn er uranfänglich dem temperierten Klima angemessen war; weil solches zwischen den äußersten Grenzen der Zustände, darin er geraten sollte, mitten inne liegt. Und hieselbst finden wir auch von den ältesten Zeiten her die Rasse der Weißen." — Immanuel Kant, 1775 (1).

Zwar besteht Kant im zitierten Text darauf, daß die Hautfärbung der einzige Rassenunterschied sei, während alle anderen Unterschiede "Naturcharakter" trügen, die jede der vier Rassen unter entsprechenden Bedingungen in gleicher Weise "aneignen" könnte. Doch Léon Poliakov weist in seiner Untersuchung über die Quellen des Rassismus darauf hin, daß der spätere Kant in seiner "Anthropologie in pragmatischer Hinsicht" (1798) offenkundig seinen eigenen Vorsatz verließ, einen Zusammenhang zwischen Blutmischung und Charakter herstellte und die Schlußfolgerung zog, daß *"die Vermischung der Stämme ... dem Menschengeschlecht nicht zuträglich sei"*, da diese *"nach und nach die Charaktere auslöscht"* (2).

"Rasse" — ein soziales Konstrukt

Daß Kants biologischer und wertender Rassismus für das 18. Jahrhundert eher gemäßigt war, macht es nicht vernünftiger, sich heute auf seine Schriften zu berufen. Wir stehen vor der Frage, warum Türcke im Jahre 1993 den Unsinn von der Kombination Haut-Klima, Rasse und Vererbung für die Erklärung politischer Entwicklungen benutzt — warum er neben der sozialen und kulturellen eine biologische Differenz aufmacht. Der Hinweis, Begriffe seien dafür zu benutzen, *"wofür sie einst standen"* (S. 36), und nicht, wozu sie gemacht worden seien, hört sich denkradikal an. Nur ist die Behauptung, es könne einen ungewerteten Rassebegriff geben, falsch, wie gerade an Türckes Quelle Kant überzeugend nachgewiesen werden kann. Kant setzt den Begriff "Rasse", um soziale und kulturelle Hierarchien biologisch zu fundieren. Die Kategorie dient dem Nachweis, daß die weiße Rasse, wenn auch unverschuldet und naturbegünstigt, die überlegene sei. Einen anderen Rassenbegriff, der nicht als soziales Konstrukt beurteilt werden müßte, gibt es in der Geschichte nicht.

Der Sündenfall der naturwissenschaftlichen Anthropologie war nicht, wie Türcke schreibt, die Wertung von Rassen, sondern ihre Konstruktion. Das Konstrukt Rasse determiniert soziale Wertigkeit, das liegt in der Logik der Sache. Entsprechend ist in der wissenschaftlichen Diskussion je nach Erkenntnisstand die Definition der Hautfarbe, ob rot, schwarz, gelb oder weiß, als "signifikantestes" Rassemerkmal dem Interesse der rassischen Hierarchisierung durchaus flexibel angepaßt worden (3).

Zu welchen Skurrilitäten der Versuch führt, einen "biologischen" Rassebegriff zu retten, zeigt Dieter E. Zimmer in seiner "Zeit"-Serie "Angst vor dem Fremden". Er sucht sich von der "unbiologischen Rassendoktrin der Nazis" abzusetzen: *"Unbiologisch war sie, weil die Deutschen eben keine auch nur halbwegs reine Rasse sind, sondern eine nordeuropäische Promenadenmischung."* (13.7.93) Bei den Nazis hätten wir es also klassisch mit einem *"Mißbrauch des Rassebegriffs"* (Türcke) zu tun — obwohl sich im Kritisierten gerade das Hauptmerkmal des Rassismus ausdrückt. Nach Türckes Logik, daß "Rassismus" begrifflich in "Rasse" korrekt fundiert werden müsse, wären also auch die Nazis keine Rassisten gewesen. Wenn Gesellschaft die Überformung von Natur ist, wie Türcke schreibt, dann reicht es, das Naturwesen Mensch vom Tier zu unterscheiden. Alles weitere über die Verschiedenheit der Menschen erklärt nicht die Natur-, sondern die Gesellschaftsgeschichte.

Anti-Anti-Rassismus — biologisch begründet

Weil Türcke das soziale Konstrukt Rasse zur Natur erklärt, kann seine Ideologiekritik an den Antirassisten nicht stimmen. Weil er "Rasse" als Wirklichkeit nimmt, muß er ideologisch argumentieren. Der Vorwurf, den linken Antirassisten sei die Assoziation "minderwertig" zu "Rasse" zur zweiten Natur geworden und sie würden dem Schein aufsitzen, es gehe nicht wirklich um Rasse, sondern um die entfremdete Wahrnehmung der Konkurrenz: dieser Vorwurf benötigt selbst die Konstruktion einer "realen" Rasse. Auf solcher Grundlage qualifiziert Türcke den Antirassismus pauschal ab, statt ihn so zu behandeln, wie er in der linken Diskussion behandelt gehört: Gegen die Inflation des Rassismus als Kategorie der "Tagesschau", gegen seine bürgerliche Soziologisierung gilt es, einen geschärften, antikapitalistischen Rassismusbegriff zu setzen; und es gilt, die Modernisierung des desavouierten biologischen Rassismus zum aufgeklärt-kulturalistischen herauszuarbeiten.

Der Kern der Popularisierung und Inflationierung des Rassismusbegriffs ist aber gerade die Reduzierung auf das, was (fast)

alle ablehnen: das offene, krude Ressentiment gegen primäre Unterscheidungsmerkmale (davor wäre übrigens auch der Begriff des "Fremdenhasses" nicht gefeit). Zu einer multikulturell produzierenden Nationalökonomie mit "Herrenvolk" passen die differentialistische Ausgrenzung und Hierarchisierung der Gesellschaft besser als der "primitive" Rassismus — sofern sie funktioniert und außergewöhnliche Veränderungen nicht auch außergewöhnliche Methoden erfordern. Deswegen ist der "primitive" Rassismus aber nicht einfach disfunktional. Der "krude" Rassismus in Rostock und anderswo ist mit dem Wunsch der großen Mehrheit ausländerfreundlicher Bürger, den Zuzug zu begrenzen, ein reales Bündnis eingegangen. Dem Staat hat dies die Realisierung seiner Asylgesetzgebung ermöglicht, die zumindest vorübergehend relative Zufriedenheit erzeugt hat. Nur: *Rassistisch* bleiben die *verschiedenen* Artikulationsformen der Ausgrenzung. Weil Türcke nicht anerkennt, daß Rassismus Herrschaftsideologie ist, kann er ihm auch nur eine andere Interpretation seiner Absichten geben: als sozialer Protest von unten und — wie er in einer Fußnoten-Ergänzung in der "konkret" schreibt — allgemeine "Besitzstandswahrung". Auch Türckes Einführung des Begriffs "Furchtinstinkt" zur Erklärung gesellschaftlichen Verhaltens gegen Einwanderer arbeitet mit Naturhaftigkeit. *"Fremdenhaß"* ist aber kein instinktives Verhalten, sondern bereits Ergebnis sozialer Überformung kindlicher/menschlicher Natur.

Warum Türcke auf solche Weise die *"Inflation des Rassismus"* kritisiert? — Seine Botschaft scheint mir deutlich: Wenn es Rassismus nicht gibt (weil sich der Impuls nicht wirklich auf eine reale Rasse beziehen könnte), wenn das, was wir Rassismus nennen, der von Sozialneid und Konkurrenz gesteuerte "Fremdenhaß" ist, dann kann man gegen Rassismus auch nicht kämpfen. Wenn zudem der *"Furchtinstinkt"* eine der menschlichen Natur eingegebene Grundregung ist, dann läßt sich diese auch nicht bekämpfen, solange Konkurrenz und Sozialneid als Ausdruck der Wertvergesellschaftung existieren, solange also Kapitalismus existiert. Türcke überbringt die scheinradikale Botschaft, daß man gegen den Kapitalismus nichts tun kann, bis er wie Deus ex Machina fällt, was dann Produkt allein seiner selbstzerstörerischen Eigenbewegung wäre. Solche Sichtweise fügt ihn ein in die größer werdende Schule einer bestimmten Interpretation und Anwendung der Marxschen Werttheorie. Dieser scheint das Kapitalverhältnis zur zweiten Natur geworden zu sein, und sie muß jeden Versuch des Eingriffs in diese "Natur", jeden Ansatz von verändernder Kritik und Politik als unsinnig denunzieren.

Nationaler Wahn und "Besitzstandswahrung"

Hermann Gremliza, der Türcke gegen den Vorwurf des rassistischen Argumentierens nicht nur verteidigt, sondern dessen Text *"zu größten Teilen richtig"* findet, hat den KritikerInnen auf dem "konkret"-Kongreß Theoriefeindlichkeit, Wahnhaftigkeit, oder im Falle der geschätzten Autorin Ingrid Strobl *"Instinktsicherheit"* (wohl wegen "weiblicher Intuition") bescheinigt. Er hat Türcke nicht verstanden, denn sonst hätte er ihn nicht verteidigen dürfen (hat er ihn doch verstanden, machte das die Sache schlimm). "Instinktsicher", nämlich seinem antideutschen "Impuls" folgend, hat er immerhin erkannt, daß Türcke eine Nivellierung von Widersprüchen betreibt, die alle Erscheinungen von Klassengesellschaften und des kapitalistischen Weltmarkts auf eine monokausale Erklärung reduziert: die unausweichliche Konkurrenz des totalisierenden Weltmarkts zeitigt ihre unausweichlichen Folgen. Daß vor diesem Hintergrund Auschwitz der US-Rassenpolitik ähnelt, kann Gremliza nicht stehenlassen.

Die patriarchale Streicheleinheit für Ingrid Strobl trifft nicht, jene hat einfach zugehört. Was Gremliza in Türckes nachgereichter Vorbemerkung entdeckt hat, steckte bereits im Vortrag. Dort führte Türcke aus: *"Die jüdische Weltverschwörung war Hirngespinst. Der Einwanderungsdruck verelendeter Massen existiert wirklich."* (S. 39) So kommt's, wenn man Äpfel mit Birnen vergleicht: Bereits vor sechzig Jahren waren Weltmarkt, Krise und Konkurrenz, also reale Faktoren, Motoren für den Siegeszug einer Ideologie, die Türcke (durchaus richtig) als Hirngespinst bezeichnet. Massenarbeitslosigkeit und Konkurrenz wären, würde man sich dem Bild vom "Einwanderungsdruck" anschließen (ich tue es nicht), die Vergleichsebene. Die "jüdische Weltverschwörung", verantwortlich für das Unverstandene, hat heute zahlreiche Synonyme — "Asylantenflut", "Fundamentalismus", "Überfremdung" und weitere —, wobei unklar ist, welches davon zur Bündelung aller Kräfte führen und die Bereitschaft zu neuen Exzessen hegemoniefähig machen könnte. Türcke schätzt aber die nationalsozialistische Massenunterstützung falsch ein, wenn er sie auf deutsche "Vaterlandsliebe" und "Leidenschaft" zurückführt und heute "gar nicht mehr genug Emotionen" für Rassismus und Nationalismus sieht. Nicht ein von allen materiellen Grundlagen völlig gelöster nationaler Wahn war der Motor für die Unterstützung des deutschen Nationalsozialismus. In die NS-Propaganda gingen sehr wohl so "rationale" Ziele ein wie: Arbeit für alle, Wohlergehen, "Lebensraum", Siege im Krieg zum Wohle Deutschlands — also aller "Volksgenossen".

Kapitalismus ohne Subjekte

Türcke: *"Andere erklären den Kapitalismus, weil in seiner Ära die übelsten Angriffe von Weißen auf Schwarze und Indianer stattfanden und stattfinden, für ein genuin rassistisches System, als gehe es ihm eher um die Etablierung einer Herrenrasse als um die Gleichschaltung aller Menschen und Dinge als Waren zum Zwecke ihrer maximalen Ausbeutung und Vernutzung."* (S. 38). Türcke setzt das Kapitalverhältnis als subjektloses, das in Bezug auf Besitzende als auch Besitzlose gleich wirkt. Er spricht vom Kapitalismus an sich und unterstellt seiner "Natur" einen feststehenden Zweck (*"Gleichschaltung ... zum Zwecke"*) — anstatt von seiner Bewegungsgesetzlichkeit zu sprechen, die auch das politische Handeln in ihm bestimmt. So werden bei ihm die Untaten der Subjekte zu bloßen Folgen objektiver Verläufe, es werden Opfer und Täter eins — und *"die diffuse rechtsradikale Szene"* steht *"kaum weniger am Rand der Gesellschaft als die Ausländer"* (S. 39). Die Nivellierung von Auschwitz ist logisches Produkt solchen Denkens, weil die Vernichtung Folge des gleichen subjektlosen Verhältnisses ist wie der US-Rassismus und der neodeutsche "Fremdenhaß".

Erst wenn das Kapitalverhältnis nicht nur als ein eigengesetzliches Wirken ökonomischer Prozesse mit politischen Zwangsläufigkeiten begriffen wird, sondern auch als Herrschaftsverhältnis; erst wenn mitgedacht wird, daß dieses "Naturverhältnis" die Gesellschaft tatsächlich organisiert, daß Menschen — wie unbewußt oder im Denken verblendet auch immer — aktive Träger dieses "Naturprozesses" sind, erschließt sich eine andere Sichtweise, die Täter und Opfer unterscheiden und richtig und falsch erkennen hilft. Dann wird auch klar, daß Türckes "Fremdenhaß" nicht einfach der naturhafte Reflex auf das Unverstandene ist, sondern einer Ideologie folgt, die ihre Widerspiegelung in der gesellschaftlichen Hierarchie findet. Klassengesellschaft ist zumeist auch Rassengesell-

schaft, und innerhalb wie unterhalb der Klassen rangieren die "Rassen" und es wird untereinander noch einmal ausgeschlossen und abgewertet. Das macht den Rassismus so wertvoll und wirkungsmächtig.

Daß sich das Kapital mehr und mehr international bewegt, löst seine gesellschaftliche Organisierung in Nationalstaaten nicht auf — Staat, Staatsvolk und Nation sind notwendig, um kapitalistische Herrschaft aufrechtzuerhalten und den "Selbstlauf des Geldes" immer wieder auf seinen Verwertungszweck, die Ausbeutung von Menschen und Dingen als Waren, zurückzuführen. Ebensowenig löst sich der Rassismus auf, wenn man ihn nicht - wie Türcke - biologistisch, sondern als eine Form von Herrschaft definiert. Als solche ist er älter als der Kapitalismus, vermutlich so alt wie die Herrschaft von Menschen über Menschen. Im Kapitalismus ist er vom Mythos zur Wissenschaft der höher- und minderwertigen Menschen geworden — ein der Warengesellschaft adäquates Ausleseprinzip, das den Keim für Selektion und Vernichtung enthält. Er ist mitnichten ein "Anachronismus", sondern sehr aktuell und hat unter den Bedingungen der Weltmarktkonkurrenz Zukunft. Er steht der Zivilisation nicht entgegen, sondern ist ihr zuzuordnen.

Bekenntnis zur Zivilisation

Wo die "konkret" ihr beliebtes Spiel "Motivforschung" betreibt und allen Türcke-KritikerInnen Theoriefeindschaft unterstellt, möchte ich mit einer Spekulation über die Motive der "konkret", Türcke zuzustimmen, antworten. Jene hatte im Vorspann zum Türcke-Text einen so "interessanten Diskurs" vorgeschlagen wie: *"Gibt es ein biologisches Substrat, das es gestattet, Menschenrassen in nichtdiskriminierender Absicht zu unterscheiden?"* Das Substrat, die eigenschaftslose Grundlage, wird bei Türcke der "Rasseauflösung" durch den Kapitalismus unterworfen. Dessen fortschrittliche, zivilisierende Funktion will er retten gegen den Anwurf, von einem "Anachronismus" wie dem, von Rassismus durchdrungen zu sein — er zitiert aus dem "Manifest" gerade diesen Satz: *"Die Bourgeoisie zwingt ... auch die barbarischsten Nationen in die Zivilisation".*

Fast 150 Jahre nach dem Erscheinen des "Manifests", nach zwei imperialistischen Weltkriegen, Auschwitz und dem Ende des "zivilisierenden" Kolonialismus ist aber bewiesen, daß Barbarei heute nicht mehr nur als Rückschritt, sondern auch als dominantes und nicht zweites Gesicht des kapitalistischen Fortschritts buchstabiert werden muß. Das Festhalten an der zivilisierenden Funktion des Kapitalismus ist heute ein linker Anachronismus. Marx hatte diese zivilisierende Funktion auch nicht als Notwendigkeit, sondern als Möglichkeit gesehen, für die er ein Subjekt der Durchsetzung hatte: das Proletariat. Die Anhänger des subjektlosen Kapitalismus haben dieses Subjekt gestrichen, nicht aber die Orientierung auf die Zivilisationstendenz des Kapitalismus. Dieses Denken interpretiert Kapitalismus als Fortschritt, der barbarische Auswüchse des Weltmarkts mit sich bringe — es sieht in ihm aber nicht die eigentliche Barbarei.

Und prompt folgt der Sündenfall aller Ideologiekritik, die Realpolitik. Wir erfahren von Türcke, der rechte Mob sei nicht nur unsensibel, sondern ebenso durch "Übersensibilität" gekennzeichnet — er spüre ja, daß der "Einwanderungsdruck verelendeter Massen" real sei und *deswegen "dem sozialen Netz tatsächlich eine Zerreißprobe bevorsteht"* (S. 39). Folglich landet Türcke bei der schnöden sozialdemokratischen Position, ein "weniger entwürdigendes Asylverfahren" einführen zu wollen. Die Ausgrenzung aber muß bleiben: Offene Grenzen, so wünschenswert und human sie auch wären, dürfe es, so Türcke, nicht geben, weil dies *"in Deutschland bürgerkriegsähnliche Zustände produzieren würde"* (S. 40).

"Biologisches Substrat" und Tabubruch

Türcke verkoppelt Einwanderung und zunehmende Konkurrenz, Schein und Wirklichkeit, und sitzt damit der Propaganda als Realität auf. Die Zunahme der Konkurrenz resultiert erkennbar aus den erklärten deutschen Zielen, Spitzenpositionen auf dem Weltmarkt einzunehmen. Dazu findet eine Umstrukturierung der Wirtschaft — inklusive notwendiger Massenarbeitslosigkeit — statt, die wirtschaftspolitisch gesteuert ist — Türcke aber wirft die Schrecken der Einwanderung an die Wand. Schnitte ins soziale Netz sind nicht Einwanderungsfolge, sondern sie dienen dem Staatsziel der Absenkung aller Lohnbestandteile zur Verbesserung der internationalen Konkurrenzfähigkeit des deutschen Kapitals. Die Asylpolitik ist der kalkulierte Regulator, dessen Notwendigkeit plausibel zu machen: So entstand die Propagandaformel vom *"Einwanderungsdruck".*

Auf die Realpolitik folgt der Appell an den "common sense" der Metropolenlinken: *"Machen wir uns nichts vor, jeder der hierzulande irgend sein Auskommen hat, spürt etwas von jenem Bedürfnis nach Besitzstandswahrung, das ebenso brachial wie prophetisch in den Anschlägen auf Ausländer in den letzten Wochen und Monaten ausgebrochen ist."* (S. 40). Hand aufs Herz — exekutieren Skins und Nazis nicht, was sogar wir Linke denken, in die Tat umzusetzen uns aber nicht trauen? Das Bekenntnis zur Vorteilnahme des Metropolenbewohners kommt als etwas Objektives daher, als nicht kritikabel. Die Zugehörigkeit zum produktivsten Teil der Welt erlaubt demnach dem härtesten Kritiker des Kapitalismus, links zu denken und dabei die "zivilisierten" Metropolenverhältnisse so zu verteidigen, wie sie nun einmal eben sind.

Wir haben dieses Bekenntnis zur zivilisatorischen Bedeutung des Kapitalismus und zur Abwehr ihrer vermeintlichen Gefährdung zuletzt im Golfkrieg erlebt. Als es realpolitisch angesagt zu sein schien, den Krieg gegen die "Bedrohung des Westens" durch den Barbaren Saddam Hussein zu unterstützen, wurde auf Kriegsbefürwortung eingeschwenkt. Damals war es indes noch möglich, diese Parteinahme mit der Argumentation, Israel sei bedroht, zu vermengen. Die These von der "Bedrohung" durch Einwanderung kann sich mit solcher moralischen Ehrenhaftigkeit nicht mehr schmücken. Sie muß schnöde ihre eigene Teilhabe am System verteidigen — kann aber, so ist zu fürchten, gerade *dafür* mit Verständnis rechnen. Vielleicht erklärt dieses "Kontinuum", warum die "konkret" nach der Golfkriegsdebatte erneut das Faß der zivilisatorischen Wirkung des Kapitalismus geöffnet hat — und nun im Zuge der Rassismusdiskussion das "biologische Substrat Rasse" hoffähig macht.

Heiner Möller

Anmerkungen

1) Immanuel Kant, Von den verschiedenen Racen der Menschen, Vorlesungen gehalten in Königsberg 1775
2) Léon Poliakov, Der arische Mythos, Hamburg 1993, S. 196 ff
3) Vergleiche dazu: Wulf D. Hund, Die Farbe der Schwarzen. Über die Konstruktion von Menschenrassen. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 8/93
4) Vergleiche hierzu: Georgios Tsiakalos, Interkulturelle Beziehungen: steht ihnen die "Natur" entgegen? In: Ein Herrenvolk von Untertanen, DISS-Studien, Duisburg 1992
5) Es gehört im übrigen zum schlechten Stil der "konkret"-Veröffentlichung, daß sie die KritikerInnen im Wortlaut von Diskussionsbeiträgen publiziert, die zwangsläufig weniger reflektiert und wissenschaftlich erscheinen müssen als ein ausgearbeitetes Referat und eine nachgereichte, ausführliche Erläuterung.

"Rassen" und Linke. Rasende Linke.

Überlegungen zum "Türcke-Eklat" auf dem "konkret"-Kongreß

Worin das Ärgerliche und — würde man sich über derlei noch wundern — Skandalöse des "Türcke-Eklats" auf dem "konkret"-Kongreß bestand, schien mir recht eindeutig: Das pöbelnde Maulheldentum einer bankrotten Aktivisten-Bewegung hatte einen antiintellektuellen Exzeß veranstaltet, der den affirmativen Kern ihres Praxis-Fetischismus um so deutlicher zutagetreten ließ.

Nachdem in der "konkret" Nr. 8 der vollständige Vortrag von Christoph Türcke mit einer ausführlichen Vorbemerkung sowie Fußnoten und Erläuterungen erschienen ist, kann ich mich allerdings des Eindrucks nicht erwehren, daß entschiedene Kritik, wäre sie denn nur fundiert geübt worden, durchaus angebracht war und, da die "Türcke-Debatte" scheinbar die wichtigste Nachwirkung des Kongresses in der Linken darstellt, noch immer angebracht ist. Doch anstatt, wie geschehen, die Oberfläche der fragwürdigen Wortwahl moralisch zu verurteilen, sollte man sich besser mit Türckes ebenso fragwürdiger Herleitung seiner Begriffe beschäftigen.

Der Türcke-Vortrag

Hauptanliegen seines Vortrages ist es, das Wirken des Weltmarktes als universalisierten Ausdruck der kapitalistischen Wertverwertung auf die Weltbevölkerung, als Nivellierung natürlicher und individueller Differenzen der Menschen zu beschreiben. Unter der Herrschaft des weltweit durchgesetzten Wertgesetzes wird die Fremdheit unter den Menschen nicht mehr durch ihr Ausgeliefertsein an die äußere Natur bestimmt. Hier gibt die gesellschaftlich organisierte Konkurrenz aller um die abstrakte Form des Reichtums, das Geld, den Ausschlag. Fremdenfeindlichkeit ist daher eine Form der Austragung dieser Konkurrenz in einer durch den Weltmarkt internationalisierten kapitalistischen Gesellschaft. Rassismus ist ein Ausdruck dieser auf Konkurrenz gründenden Fremdenfeindlichkeit und meint deshalb auch gar nicht die "Rasse" des Fremden.

Doch noch aus einem anderen Grund, und der führte auf dem Kongreß zum Eklat, erübrigt es sich laut Türcke, die heutige Manifestation von Fremdenfeindlichkeit als rassistische zu bezeichnen: Es gebe nämlich keine "Rassen" mehr. Demnach muß es also mal welche gegeben haben. Nach Türcke hat es dies auch. Und zwar bevor der Weltmarkt sich anschickte, als universeller Zuchtmeister die Bildung einer menschlichen Einheits"rasse" zu initiieren. Deren Schicksal sei es, unabhängig von den für das Verwertungsinteresse einschränkenden Bedingungen der ersten Natur, Wert verwerten zu müssen. So weit, so ambivalent.

Verlassen der Naturgeschichte

Warum müssen es ausgerechnet "Rassen"merkmale sein, jene natürlichen Unterschiede in Hautfarbe und Physiognomie, die die voneinander isolierten menschlichen Kollektive vor ihrer durch die Gewalt des Weltmarktes gestifteten "Vermischung" auszeichnete? Und durchaus ist die Frage gerechtfertigt, warum nach der bekannten blutigen Geschichte des Rassenbegriffs dieser gerade für die Kritik ihrer Voraussetzungen tauglich sein soll.

In seiner Vorbemerkung stellt Türcke die Frage, ob es Begriffe gebe, "die so kompromittiert sind, daß man sie nicht mehr benutzen darf". Eine rhetorische Frage, denn die Kompromittiertheit eines Begriffs ist nicht mit diesem identisch, und man kann ihn selbstverständlich in seiner wirklichen Bedeutung, wenn nötig, weiterhin benutzen. Doch ist der Begriff Rasse nur ein durch grausame Verwendung in Theorie und Praxis kompromittierter? Drückt er jenseits dessen noch etwas anderes, wirklich Vorhandenes aus? Türcke verweist auf die übliche Bezeichnung von Pudeln, Doggen und Dackeln als Hunderassen. Gerade hier ist aber die Bestimmtheit des Begriffs, trotz der Flapsigkeit in seiner rhetorischen Verwendung durch Türcke, bereits eindeutig zu erkennen. Haustierrassen setzen Züchtung voraus, also "Veredlung" des ursprünglichen Zustandes vom "Niederen" zum "Höheren". Nicht zufällig fand die Entdeckung angeblicher "Menschenrassen", und damit die Prägung des Begriffs, durch weiße Europäer statt, die damit ihre selbstverständliche Superiorität konstatierten.

Türckes Verweis auf das unbefangene Umgehen US-amerikanischer Linker mit Begriffen wie "race-relations" zeigt nichts anderes als das affirmative Verhältnis dieser Leute zur Bevölkerungspolitik ihres staatlichen Souveräns, der schon beim Ausstellen von Pässen die weißhäutigen "caucasians" den verschiedenen "coloured races" gegenüberstellt. Der verfassungsmäßige Vorsatz des US-amerikanischen Staates, seine verschiedenen Unterklassen gleich zu behandeln und Diskriminierung nicht zuzulassen, ist eine liberale, den Markterfordernissen entgegenkommende Variante der Umsetzung von Rassendenken in Politik. Auch die BRD-Verfassung enthält einen entsprechenden Paragraphen. Für eine andere Variante steht das südafrikanische Beispiel. Dort definierte der staatliche Souverän noch bis vor kurzem die Markterfordernisse auf der Grundlage seiner Rassendoktrin so, daß ihm die Apartheid als das angemessene Mittel zur Durchsetzung seiner innenpolitischen Zwecke erschien. Vor der nominellen Aufhebung der Apartheid fanden in Südafrika ständig eine Anzahl von Zivilprozessen über das Schicksal von sogenannten Mischlingen statt. In den Prozessen ging es darum, ob die jeweiligen Personen, jeweils mit den entsprechenden sozialen Konsequenzen, einer der staatlich definierten Subrassen der Weißen oder Schwarzen angehören sollten.

Diese Ausführungen über die Praxis des Begriffs "race-relations" würden Christoph Türcke wahrscheinlich zu weit gehen, weil er hier den "Mißbrauch des Rassebegriffs" feststellen würde, und diesen will er nicht als " einzig möglichen Gebrauch" anerkennen. Es geht ihm auch nicht um einen möglichen politischen Ge-

brauch des Begriffs, denn dieser sei ja, wie schon ausgeführt, durch die Wirkung des Weltmarktes obsolet geworden.

Offenbar will Türcke den Rassenbegriff benutzen, um den Unterschied deutlich zu machen, der zwischen einer Menschheit besteht, die den Zwängen der ersten, der äußeren Natur ausgesetzt ist und durch diese Auseinandersetzung auch physisch geformt wird, und einer solchen, die aus ihrer "Naturgeschichte" herausgetreten ist, aber den blind wirkenden, von ihr unverstandenen Zwängen des Wertfetischs unterworfen ist.

Innen und außen

Es sei die Haut, die die unterschiedlichen Menschengruppen dieser Naturgeschichte nicht nur konstruiere, sondern auch die Verwendung zur Kennzeichnung von "Rasse" legitimiere. *"Es gibt nun einmal"*, schreibt Türcke, *"Menschengruppen schwarzer, weißer, gelber oder rötlicher Hautfarbe, die sich durch die Gemeinsamkeit erblicher Merkmale signifikant von anderen unterscheiden, und so unmöglich es ist, genau anzugeben, wieweit dieser Merkmalsunterschied sich über die Haut hinaus auf Temperament, Neigung, Begabung, Charakter erstreckt, so absurd wäre es, ihn zu leugnen und so zu tun, als bedeute der Unterschied zwischen schwarzer und weißer Hautfarbe nicht mehr als der zwischen einem roten und einem grünen Anorak"*. Worin dieser andere, weitergehende, Unterschied denn genau besteht, weiß auch Türcke nicht, doch es muß ihn schließlich geben, denn "die menschliche Haut ist ein Atmungs- und Wahrnehmungsorgan ersten Ranges, Grenze und Filter zwischen Außen und Innen". Die Pigmentierung sei nur ein Faktor der Hautbeschaffenheit, worin die weiteren bestehen, verrät uns Türcke nicht. Es hieße, den Stoffwechselprozeß der Menschen mit der übrigen Natur zu leugnen, würde man behaupten, daß die Beschaffenheit der Haut nicht ausschlaggebend dafür sei, *"wie das Äußere aufs Innere wirkt und Art und Richtung körperlicher und geistiger Aktivität beeinflußt"*.

Ein wenig erinnert diese Argumentation an die romantischen Ursprünge der völkischen Ideologie im Deutschland des 19. Jahrhunderts. Vertreter dieser Richtung waren der Meinung, daß Landschaftsformen bestimmte typische Geistes- und Empfindungseigenschaften ihrer Bewohner hervorbrächten, eine jeweils eigene "Volksseele". Es versteht sich, daß die Deutschen dabei über eine besonders wertvolle Version davon verfügten, was ihren späteren Ansprüchen gegen weniger seelenbegabte Kollektive zugute kam. Diese Argumentation führt vielleicht zu weit, da Türcke ausdrücklich jede Wertung menschlicher, durch Hautfarbe definierter Gruppen als Projektion ablehnt. Doch durch seine Verwendung der Begriffe Seele und Seelenleben in bezug auf Kollektive stellt er selbst die Verbindung zur völkischen Romantik her.

Über die Weisheit des Alltagsbewußtseins

Aber zurück zur Haut. Begründen kann er deren geschilderte Bedeutung nur mit einem begrifflich elegant als "Paradoxon ebenso offensichtlicher wie nicht verifizierbarer Kausalzusammenhänge" umschriebenen Rückgriff auf eine naheliegende Weisheit des Alltagsbewußtseins: das "Bescheidwissen". *"Ob es das nahegelegene Kraftwerk war, das ein Kind an Leukämie erkranken ließ, wird sich im Ernstfall nie empirisch nachweisen lassen, obwohl es die Spatzen von den Dächern pfeifen, daß sich im Umkreis von Atomkraftwerken die Rate von Leukämieerkrankungen erhöht. Ob es die reichlich genossenen Gewalt-Videos waren, die Jugendliche in einem jeweils bestimmten Fall motivierten, ihren Altersgenossen zu foltern, wer will das wissenschaftlich zweifelsfrei erhärten? Aber absurd anzunehmen, derlei Videos erhöhten nicht die Gewaltbereitschaft. Ähnlich kurzsichtig die Behauptung, die Beschaffenheit der Haut habe mit dem, was physisch und psychisch in dem Körper, den sie umschließt, vor sich geht, schlechterdings nichts zu tun — nur weil man den Zusammenhang nicht isoliert nachweisen kann und er auch immer weniger ins Gewicht fällt."*

Wenn man nicht nachweisen kann, daß das AKW für die Leukämie verantwortlich ist, also auch alle möglichen anderen Gründe als Ursache in Frage kommen könnten, kann man sie in diesem Fall auch nicht ernsthaft als Argument anführen. Zwar ist es unsereinem egal, aus welchem Grund derartige Anlagen, deren Schädlichkeit bewiesen ist, schließlich abgeschaltet werden, aber eine einfache Übertragung dieser Art von Argumentation auf andere Bereiche (hier also die Haut) kann einem Kritiker der bestehenden Verhältnisse nicht wünschenswert erscheinen. Der Hinweis auf Videos als Motivation und Stimulanz für Gewalt von Jugendlichen ist bekanntlich neben Gewaltaufnahmen in Nachrichtensendungen eine der derzeit gängigsten Erklärungsformeln, wenn die durch die gewöhnliche Sozialisation geförderte Gewalttätigkeit über die gerade akzeptierte hinausgeht.

Eine Debatte, die "nicht verifizierbare Kausalzusammenhänge" akzeptieren würde, weil sie angeblich "offensichtlich" sind, begäbe sich auf das Niveau jenes Glaubens, Meinens und Dafürhaltens und wäre damit der Stützpfeiler des "gesunden Menschenverstandes" der Untertanen.

Der Rassismusvorwurf

Weil der Rassenbegriff von seinem Ursprung und seiner Bestimmung her ein sprachliches Mittel zur Unterdrückung der Menschen ist, läßt er sich auch nicht anders benutzen. Versuche, dies dennoch zu tun, scheitern wie der von Türcke. So ist Türcke speziell in diesem Punkt denn auch als Gescheiterter zu betrachten. Da ist es wenig hilfreich, wie Ingrid Strobl auszurufen: "das ist doch Biologismus, das ist Eugenik, das ist Rassismus, das ist Antisemitismus, das ist Sexismus." Diese Aufzählung von Schweinereien ist noch lange nicht vollständig, und den Vortrag von Türcke betreffen sie nicht, denn darin kam nichts davon vor. Wäre der Kongreß eine religiöse Veranstaltung gewesen, hätte man auch rufen können: "Das ist Blasphemie!" Aber so ...

Türcke selbst faßt seine Position folgendermaßen zusammen: *"1. Menschenrassen sind keine Erfindung des Rassismus, sondern ein Produkt der Naturgeschichte. 2. Rassismus als Ideologie trat zu dem Zeitpunkt auf, als die Menschheit auf ihrem fortgeschrittensten Erdteil durch ihre fortgeschrittenste Klasse begann, ihre Naturgeschichte auf zuvor nie gekannte Weise in Eigenregie zu nehmen."* Die Unhaltbarkeit des ersten Punktes habe ich bereits dargelegt, die Richtigkeit des zweiten Punktes steht außer Frage. Freilich ist für Türcke der Rassismus des bürgerlichen Zeitalters eine brutale Reaktionsweise auf die durch den Weltmarkt bewirkte "Durchmischung der Rassen" und die daraus folgende Obsoletheit des Rassenbegriffs. Als Herrschaftsmittel taucht er bei ihm nicht auf und erscheint sogar als kontraproduktiv, weil Türcke die Marktgesetzlichkeit und die von ihr gestiftete Gleichheit der Subjekte als Warenproduzenten und -verkäufer auch in der politischen Betrachtung absolut setzt und staatliche und ideologische Faktoren als untergeordnet begreift. Dies rechtfertigt aber nicht, ihn als Rassisten zu bezeichnen.

Oder, wie in der Berliner Autonomen-Zeitschrift Interim (Nr.245), zu behaupten, er wolle "den rassistischen und antisemitischen Philosophen Gobineau rehabilitieren".

Wenn Jutta Ditfurth in der ÖkoLinx Nr.11 den Anthroposophen Rudolf Steiner mit einer rassistischen Aussage über die Minderwertigkeit von Schwarzen und die Höherwertigkeit von Weißen zitiert und anschließend behauptet, dessen rassistische Sprache unterscheide sich nicht "im Kern von der des Elfenbeinturmbewohners Türcke", dann verfehlt dieses polemische Geschoß nicht nur um Längen sein Ziel, es erweist sich auch als unfähig, über modernen Rassismus überhaut etwas auszusagen.

Neo-Rassismus ignoriert

Aktueller Rassismus, wie ihn beispielsweise die herrschenden Politiker, aber auch die Theoretiker der sogenannten "Neuen Rechten" derzeit vertreten, enthält sich bewußt einer vordergründigen Bewertung von Menschengruppen, egal ob sie als Völker, Ethnien oder Rassen bezeichnet werden. Im Gegenteil, unter Schlagworten wie "Ethnopluralismus" wird eine Gleichwertigkeit der verschiedenen Gruppen vorangestellt, die hauptsächlich durch Vermischung bedroht sei. Der französische Marxist Etienne Balibar spricht in diesem Zusammenhang von einem "Rassismus ohne Rassen", ein Begriff, der von Türcke als besonders krasser Ausdruck der "Inflation des Rassismus" begriffen wird. Für Balibar ist dies *"ein Rassismus, dessen vorherrschendes Thema nicht mehr die biologische Vererbung, sondern die Unaufhebbarkeit der kulturellen Differenz ist; ein Rassismus, der — jedenfalls auf den ersten Blick — nicht mehr die Überlegenheit bestimmter Gruppen oder Völker über andere postuliert, sondern sich darauf 'beschränkt', die Schädlichkeit jeder Grenzverwischung und die Unvereinbarkeit der Lebensweisen und Traditionen zu behaupten. Diese Art von Rassismus ist zu Recht als ein differentialistischer Rassismus bezeichnet worden."* (1)

Weder Christoph Türcke noch seine Kritiker gehen auf diese neue Form des Rassismus ein. In Türckes Vortrag sind Nationalsozialismus und Rassismus nichts weiter als Erscheinungsformen des Konkurrenzkampfes um knapper werdende sozialstaatliche Versorgung. Offenbar sind diese Erscheinungsformen wenig geeignet, sie selbst auf ihre Ursache zu befragen, denn da sind "gar nicht mehr genug Emotionen da, die man zum großen Erlebnis des eigenen Volkskörpers aufheizen könnte, wie damals, als der Ruf Deutschland erwache erschallte".

Anstatt sich fast ausschließlich auf Türckes mißlungene Überlegungen zur menschlichen Naturgeschichte zu beziehen und sich selbst dann als moralisch sauber hinzustellen, hätten seine Kritiker sich besser auch mit seinen Ausführungen zur aktuellen BRD-Situation befassen sollen. Doch diese hielt man, wenn Bettina Hoeltjes Beitrag auf dem Kongreß repräsentativ ist, für " 'ne umfassende Kapitalismuskritik, 'ne Kritik an der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, 'ne Kritik an brutaler Gleichmacherei — da stimmen wir ja alle zu". Wirklich?

Was bleibt?

Zustimmen sollte man Türcke auf jeden Fall in der Beschreibung der Aufhebung der naturbedingten Fremdheit unter den Menschen durch den Weltmarkt und die Schaffung eines weltweit gleichen Menschentyps, der die Vergleichbarkeit aller an der abstrakten Wertform zur Voraussetzung hat. Wenn Jutta Ditfurth (ÖkoLinx Nr.11) dies als eine "undifferenzierte Feststellung" mit dem Hinweis auf die realen Ungleichheiten, die der Kapitalismus produziert, abtut, zeigt sie, daß sie vom Prinzip der bürgerlichen Gleichheit vor dem Warenwert nichts verstanden hat. Diese stellt sich doch gerade dadurch her, daß alle Individuen gezwungen sind, nicht nach ihren Fähigkeiten und Bedürfnissen zu arbeiten, sondern ihr Leben für die Produktion von abstraktem, wertförmigem Reichtum nutzbar zu machen. Dadurch wird auf der Grundlage der Überwindung natürlicher Differenzen unter den Menschen eine neue Fremdheit zwischen den sich nun als Konkurrenten gegenüberstehenden Menschen geschaffen. Diese kann auf der Grundlage der als natürlich angesehenen Marktgesetze nicht beseitigt werden. Auch darin sollte man Türcke zustimmen.

Nicht zustimmen sollte man Türcke in seiner Beurteilung der Randständigkeit nicht nur von Neo-Rassismus, sondern auch von Nationalismus. Nicht nur das Beispiel der biederen Bürger von Dolgenbrodt sagt viel über das "Zentrum der Gesellschaft" aus, die Abschaffung des Asylrechts zeigt, in welch ergänzendes und funktionales Verhältnis parlamentarische Demokratie und faschistischer Pogrom-Mob zueinander treten können. Wenn Türcke klagt, *"heute will man für die Sanierung des Ostteils der Nation nicht mal mehr Steuern zahlen, streitet sich kleinlich um einen Solidarpakt, hat nicht die geringste Lust, die Wolgadeutschen an das große Herz der Nation zu drücken ...,"* ist das mehr die Frustration des Kolonialbeamten; er unterrichtet an einer Hochschule in der Ex-DDR.

Mit der Realität der BRD, in der der DDR-Anschluß und dessen Finanzierung widerstandslos hingenommen werden und wo das Interesse an "Deutschstämmigen" in Osteuropa zumindest in den Massenmedien wächst, hat das nicht viel zu tun.

Am problematischsten ist Türckes affirmative Beschreibung des deutschen "Sozialstaates" und dessen angeblicher Gefährdung durch den "Einwanderungsdruck". Dieser wird von ihm nicht als Resultat staatlicher Produktivitätsplanung und insofern durch den Souverän jederzeit nach wechselnder Bedürfnislage veränderbar, sondern als "eigene nationalstaatliche Versorgungsanstalt" bezeichnet. Er fühlt sich genötigt, zuzugestehen, daß im Bann der bestehenden Wirtschaftsordnung, die weltweit systematisch Millionen von Flüchtlingen produziert, *"noch das an sich Humane und Vernünftige zum Unheil ausschlüge, würde man es hier und jetzt in die Tat umzusetzen versuchen"*. Antikapitalistische Kritik ist hier auf Ursachenandeutung ("im Banne der ...") heruntergekommen. Statt daß die antikapitalistische Kritik als Forderung der Aufhebung der durchschauten Wertverwertung und als schonungsloser Angriff auf das falsche Bewußtsein der aktiven und passiven Träger der aufzuhebenden Verhältnisse wirksam wird, ist sie hier zu einem reflektierenden Nachvollziehen à la Enzensberger verkommen.

Die "Türcke-Debatte" ist auch ein Ausdruck des Dilemmas der deutschen Restlinken. Auf der einen Seite das Abdriften kritischer Theorie in begrifflichen und methodischen Obskurantismus — und auf der anderen Seite geistloser Lärm moralisierender Aktivisten. Eine Kritik, die auf die Abschaffung der die Menschen in Rassen, Völker, Ethnien und was auch immer für einen Blödsinn einteilenden Verhältnisse zielt, hat es da nicht leicht.

Klaus Wehmeier

Anmerkung:

(1) E. Balibar, Gibt es einen "Neo-Rassismus"? in: Balibar/Wallerstein, Rasse Klasse Nation. Ambivalente Identitäten. Berlin 1990, S.28

Logik der Relativierung

Zu Manfred Dahlmanns Thesen über "totale Herrschaft"

In seinem Beitrag "Totale Herrschaft und Antisemitismus" (Bahamas 10, S. 40 ff) faßt Manfred Dahlmann in Anlehnung an Hannah Arendt NS-System und Stalinismus im Begriff der "totalen Herrschaft" zusammen — definiert als uneingeschränktes Zusammenfallen von Wille und Tat des totalitären Regimes. In Abgrenzung zu Arendt führt er solch "totale Herrschaft" auf kapitalistische Bewegungsmechanismen zurück — kurz gefaßt geht danach die Selbstbewegung der Macht aus der Selbstbewegung des Werts hervor und bleibt ihr unterworfen. Dahlmann meint, mit seinen Begriffen ("totale Herrschaft") das Spezifische am Ereignis Auschwitz zu erfassen. Er erliegt — wie folgende Anmerkungen belegen sollen — aber im Gegenteil einer *Relativierung* von Auschwitz, die mit seinen Argumentationen einhergeht.

Eine Fußnote

Was kann als das Spezifische an "Auschwitz" beschrieben werden? Verschiedene Überlebende und AutorInnen knüpften zur Bestimmung jenes Spezifischen an der Erfahrung, der Perspektive der Opfer an. Das Ende jeder kalkulierbaren Rationalität für den Auschwitz-Häftling, der nicht als Ergebnis eigenen Handelns, sondern höchstens aus Zufall dem Tod entrinnen konnte, beschreibt etwa Jean Amery als wesentlichen Bestandteil jenes Raubes an Menschenwürde, der auch Jahre nach dem Ende des NS-Systems fortwirkte. Dan Diner sieht in genau jenem Element den "Zivilisationsbruch" fundiert, den "Auschwitz" darstelle.

Dahlmann wischt in seinem Text diese ganz wesentliche Debatte en passant, in einer Fußnote (!), beiseite. Dort schreibt er: *"Im Grad an Brutalität oder moralischer Verwerflichkeit ein Unterscheidungskriterium für verschiedene Formen von Herrschaft zu sehen, ist blanker Zynismus. Denn aus der Sicht eines Betroffenen macht es absolut keinen Unterschied, ob er in einem Konzentrationslager der Nazis, den Arbeitslagern der Stalinisten oder unter der Isolationsfolter Stammheims zugrundegerichtet wird."*

Die Beispiele, zwischen denen er unter dem gewählten Blickwinkel *"absolut keinen Unterschied"* ausmachen kann, entstammen dem NS-System, der stalinistischen Sowjetunion und dem BRD-Postfaschismus. Diese Auswahl ist keineswegs ein Zufall. Sie bedeutet vielmehr den höchst problematischen Versuch, "totale Herrschaft" und "totale Vergesellschaftung" quasi in eins zu setzen. Davon, wie diese Bewegung in Dahlmanns Text eine Relativierung von Auschwitz mit sich bringt, soll später die Rede sein.

Zunächst einmal aber interessiert an Dahlmanns Fußnote das Kriterium, nach dem die drei Beispiele in eins gesetzt werden. Die *"Sicht eines Betroffenen"*, von der Dahlmann spricht, ist die eines bereits ums Leben Gebrachten: Da ihm nun jede Wahrnehmung genommen ist, spielen auch die Todesumstände keine Rolle mehr. "Tot ist tot" ist also die Logik des Arguments, und in dieser Logik könnte Dahlmanns Reihung auch um einen Raubmord oder Autounfall ergänzt werden.

Daß im Tod von Menschen Unterschiede egalisiert, aufgehoben würden, ist für sich genommen eine diskutable Sichtweise. Die von Dahlmann vorgebrachte Logik aber will jedes Nachdenken darüber beiseite wischen, ob sich für Opfer, Überlebende und "Nachgeborene" unterschiedliche Todesumstände als qualitative Differenz des Ereignisses selbst darstellen konnten und können. Solchem Nachdenken geht es keinesfalls, wie Dahlmann unterstellt, um eine fragwürdige moralische Bewertung (den *"Grad an Brutalität"* zu bewerten sei *"Zynismus"*). Z.B. Jean Amery geht es vielmehr darum, die sehr spezifischen Merkmale der NS-Vernichtung aus dem Erleben am eigenen Leibe *analytisch* zu kennzeichnen. Mit seiner Fußnote spricht Dahlmann den Überlebenden dazu jede Fähigkeit und jedes Recht ab.

Vergleich der Lagersysteme

Mit Hannah Arendt kennzeichnet Dahlmann als das typisch "Totalitäre": Die Außerkraftsetzung des "Rationalen" zugunsten einer Selbstbewegung von Ideologie und Terror. Die dabei implizierte Frage nach einer (insbesondere: ökonomischen) "Rationalität" ist problematisch und kompliziert. So nimmt z.B. im Wahngebäude eines Antisemiten die Verfolgung der Juden einen *immanent* völlig *"rationalen"* Ort ein. "Rational" hat also immer auch eine unklar bleibende Konnotation von: für den Sprechenden in seiner inneren Logik noch gedanklich *nachvollziehbar*.

Legen wir die — problematische — Kategorie dennoch einmal zugrunde, gilt: Die These Dahlmanns stimmt für das NS-System *von seiner Konsequenz Auschwitz* her. Das NS-System läßt sich jedoch in vielen Aspekten nicht als verselbständigt-irrational beschreiben. Die NS-Kriegspolitik verfolgte z.B. durchaus ("nachvollziehbar") rationale Ziele. Wie Sohn-Rethel beschreibt, suchte das auf Weltniveau nicht mehr konkurrenzfähige Kapital über die Ostexpansion einen neuen, starken Ausgangspunkt zu gewinnen, um in ferner Zeit auf solcher Grundlage erneut konkurrieren zu können. — Die Planung und Durchführung der Vernichtungspolitik aber läßt sich aus solcher Logik tatsächlich nicht zureichend erklären. Die antisemitischen Wahnvorstellungen der Nazis ernstzunehmen bedeutet, in dieser Vernichtungspolitik die eigentliche "deutsche Revolution" zu erkennen. Daß "Auschwitz" einen Einschnitt bedeutet, der diese Perspektive auf das NS-System zur zentralen macht, ist evident.

Gilt aber derselbe Gedankengang ebenso für die stalinistische UdSSR, für das Gulag-System? Richtig ist, daß im Zusammenhang mit dem Lagersystem viele Maßnahmen eingeleitet wurden, die als ökonomisch unter jedem möglichen Blickwinkel widersinnig bezeichnet werden müssen: als Beispiel sei die Verfolgung und Einweisung zur Zwangsarbeit von großen Teilen der Intelligenz genannt.

Dennoch war das System der Gulag-Lager, anders als für das NS-*Vernichtungsprogramm* gesagt werden kann, in der Sowjetunion ein Wirtschaftsfaktor. Auf äußerst repressive, grausame Weise, über Leichen hinweg, ging es um Aufbau der Schwerindustrie, um die Industrialisierung entlegener Gebiete z.B. Sibiriens. Nach Schätzungen befanden sich zwischen 1938 und 1941 um die 10 Millionen Menschen, danach ca. 15 Millionen in Zwangsarbeit (1). Es heißt nicht, ein irrationales Element in ihrer Einführung bzw. in Einzelmaßnahmen oder die mörderische Repression zu verleugnen, wenn sie im wesentlichen eben doch als furchtbare *Arbeits-* und *Aufbau*lager gekennzeichnet werden. Die Existenz der Lager diente darüber hinaus der Militarisierung auch aller "regulären" Arbeitsverhältnisse. So konnten in der Sowjetunion überzeugten Parteimitgliedern Prinzipien zum Arbeitsideal werden, die im Gulag-System vorherrschten — ein Umstand, der für die NS-Vernichtungslager von vornherein undenkbar wäre.

Ein Beispiel, das die Differenz der Lagersysteme aufzeigt, führt Dan Diner in seinem jüngsten Aufsatz an (2). Er macht darauf aufmerksam, daß als typische "Widerstandshandlung" im Gulag-System die Selbstverstümmelung gelten kann, die dazu diente, sich dem — bis zu Tötung gewaltsamen — Arbeitszwang zu entziehen. In den NS-Todeslagern aber "entzogen" sich die Opfer der Vernichtung, indem sie sich in den tödlichen Stromzaun der KZ warfen: eine Alternative zum Tod existierte nicht. — Selbst der Aufstand im Warschauer Ghetto meinte die Wahl eines *anderen Todes*. Der überlebende Marek Edelmann betonte in Interviews und Texten immer wieder, über etwaige Erfolgsaussichten des Aufstands habe keinerlei Illusion bestanden: *"Die Menschen haben immer geglaubt, das Schießen sei das größte Heldentum. Darum haben wir geschossen."* (3) In der entscheidenden Beratung der beteiligten Gruppen stand alternativ zum Aufstand u.a. der Vorschlag, über die Mauer in den arischen Sektor der Stadt zu flüchten, um sich dort öffentlich erschießen zu lassen: dem Aufstand ging es vor allem anderen darum, eine *Öffentlichkeit* des Todes, d.h. der Vernichtungspolitik herzustellen.

Eine Vernichtung um der Vernichtung willen, die Auschwitz gleichen würde, kann für die stalinistische Sowjetunion nicht behauptet, demnach kann der "Stalinismus" nicht von einer *solchen* Konsequenz her bestimmt werden. Diese entscheidende Differenz zu nivellieren heißt, Auschwitz zu relativieren.

Die Frage nach dem "Irrationalen" der beiden Systeme — NS und Stalinismus — muß einer weiteren Differenzierung unterworfen werden. Dan Diner unterscheidet im bereits genannten Aufsatz anhand unterschiedlicher Perspektiven der Täter- und Opfergruppen.

In der Sowjetunion, stellt Diner fest, wird des Leidens unter dem Stalinismus nicht in nationalen Kategorien gedacht, sondern der Erinnerung gilt das "Regime" als der negative Bezugspunkt. Diese Erinnerungsform verweist darauf, daß in der stalinistischen Sowjetunion kein Angehöriger des nationalen Kollektives davor gefeit war, Opfer einer Verfolgungskampagne zu werden. Die Auswahl der Opfer sei im wahrsten Sinne des Wortes unberechenbar für *jeden* Sowjetbürger gewesen — bis hinein in die Führungsspitze. Diese irrationale Schaffung von Verfolgungsängsten diente dem (insoweit wieder rationalen) Zweck einer Herrschaftssicherung, die allein Diner als im direkten Wortsinne "totalitär" bezeichnet.

Im NS-System stellt sich die "Irrationalität" der Verfolgung gänzlich anders dar, die Perspektiven spalten sich auf. Ist die — antisemitische, rassistische — Wahl der Opfer und die Vernichtungsabsicht selbst irrational, so wird das Verhalten des NS-Systems nach der Selektion berechenbar. Für die "Volksgenossen" ergibt sich ein hoher Grad an Sicherheit, bei (absolutem) Wohlverhalten gegenüber dem NS-System nicht der Vernichtung zugeführt zu werden — Diner bestätigt hier, zynisch, einen richtigen Kern in der These Noltes, das nationalsozialistische Deutschland könne beinahe als "Rechtsstaat" bezeichnet werden.

Für die selektierten Opfer gilt umgekehrt, daß der Tod das zugeteilte "Schicksal" war. Konnte in der Sowjetunion jeder BürgerIn irrational, zufällig der Tod drohen, so kennzeichnet das System Auschwitz, daß höchstens völlig unberechenbare Zufälle ein Überleben bewirken konnten. Aus der Sicht von Auschwitz, der Perspektive der Opfer, bleibt das NS-System dem SU-System negativ unvergleichlich.

Dahlmann aber unterschlug ja, wie wir sahen, die Frage der Perspektive — er negiert damit die von Diner hervorgehobene Differenz. Daß der Stalinismus mit sozialen Kategorien *argumentierte*, das NS-System aber ideologisch von vornherein einen *nationalen* Rahmen voraussetzte, bleibt, so sehen wir, nicht ohne Folgen. Anders als Dahlmann behauptet, ergibt sich doch eine Differenz daraus, daß das stalinistische System mit "Klasse" und nicht mit "Rasse" argumentierte — auch wenn die Stalinsche Beschreibung der Verfolgungen als "verschärfter Klassenkampf" natürlich als Rechtfertigungsideologie beschrieben werden muß, und diese Ideologie völkische Struktur und antisemitischen Gehalt vieler Verfolgungen nur oberflächlich verschleierte.

Unterschied vernachlässigt

Kritik an: "Faschisiert sich Deutschland?" in Bahamas 10

Es ist sicherlich einer edlen Absicht geschuldet, wenn der Autor im Kontext der Aufzählung von Schweinereien, die der bürgerlichen Demokratie immanent sind, diese Herrschaftsform so nahe beim Faschismus ansiedelt, daß er den Begriff des letzteren am Ende verwirft — da die bürgerliche Demokratie ja wohl eigentlich schon fast Faschismus sei; in der Absicht nämlich, die bürgerliche Demokratie soviel wie möglich zu *be*lasten. Wer wollte auch als radikaler Linker dieses System nicht als repressives ablehnen?! Das Resultat aus A.K.s Ausführungen ist allerdings leider das Umgekehrte: die *Ent*lastung des Faschismus. Denn: Bürgerliche Demokratie und Faschismus sind zwar in der Tat zwei Formen bürgerlicher Herrschaft, aber eben doch *nicht dasselbe*, und das erstere ist dem letzteren unbedingt vorzuziehen. Ob, wie in der bürgerlichen Demokratie, Herrschaftskonstituierung über den abstrakt freien Willen erfolgt und damit über die "Umsetzung der notwendigen Unzufriedenheit in konstruktive Herrschaftsalternativen", für die die demokratischen Einheitsparteien der Hebel sind — oder ob, wie im Faschismus, die Interessengegensätze gleich bestritten werden und Unzufriedenheit von Geisteskrankheit zeugt, dies ist eben doch ein *gewaltiger* Unterschied, der nicht nur mal eben so am Rande erwähnt werden sollte. In der bürgerlichen Demokratie organisiert der stumme Zwang der Verhältnisse über den abstrakt freien Willen die Zustimmung der Staatsbürger zu der sie schädigenden Herrschaft — richtig. Doch: das ist zwar Repression, aber noch lang keine Massenvernichtung. Das Bestreiten der Interessengegensätze im Faschismus, die Identifizierung der Unzufriedenheit mit einer "volksfremden", kranken Haltung — also quasi biologisch mit einem "Gegenvolk" — aber hatte *Auschwitz* zur Folge.

Indem A.K. den Unterschied zwischen bürgerlicher Demokratie und Faschismus vernachlässigt, wird es ihm auch möglich, den gegenwärtigen Prozeß gesellschaftlicher Faschisierung herunterzuspielen: ist es nicht sowieso schon so schlimm, wie es schlimmer gar nicht mehr werden kann, da Demokratie eigentlich ja schon Faschismus ist? — Eben nicht! Faschismus haben wir gegenwärtig nicht, was aber nicht bedeutet, daß er nicht droht. Es wäre ein verhängnisvoller Irrtum, zu glauben, es könne nicht mehr schlimmer werden — das kann es allemal!

Ulrich

Fußnote zwei

Nicht nur das System der Gulag, auch der Antisemitismus in der Sowjetunion ist Grundlage für Dahlmanns Variante einer Totalitarismusthese. Dieser auch staatlich massiv betriebene Antisemitismus ist vielfach belegt, und es wäre verfehlt, für ihn andere Ursachen als in "kapitalistischen" Staaten geltend zu machen. Zur Diskussion steht aber, ob sich Antisemitismus und Verfolgungsmaßnahmen speziell des Nationalsozialismus und des Stalinismus in einer so spezifischen Weise entsprechen, daß sie kategorial von allen anderen Systemen zu unterscheiden wären. Manfred Dahlmann bezeichnet den Stalinismus als totalitär, nicht aber den italienischen Faschismus, der bekanntlich kein antisemitisches Vernichtungsprogramm, aber ab 1938 doch

eine systematische antisemitische Verfolgung betrieb. Zur Frage steht also, ob in der stalinistischen Sowjetunion Maßnahmen ergriffen oder geplant wurden, die Auschwitz gleichkämen.

Dahlmann scheint gerade dies zu bejahen, wenn er — wiederum nebenbei, in einer Fußnote — schreibt: *"Daß die Juden im Stalinismus nicht zum offen erklärten Feind, der zur Alleinherrschaft auserwählten Klasse avancierten, hatte keine prinzipiellen, sondern nur pragmatische Gründe. Vorbereitet war jedenfalls alles, um auch zu diesem Schlag auszuholen."* Er bezieht sich dabei auf Arendt, aber wohl auch auf neuere Veröffentlichungen, die belegen, daß eine Deportation der sowjetischen Juden geplant war (4). Diese Maßnahmen wurden nach dem Tod Stalins nicht mehr verwirklicht. Die geplante Zwangsdeportation kann nicht "wertfrei" gedacht, sondern muß als Höhepunkt einer beabsichtigten antisemitischen Welle begriffen werden.

Indes belegen die vorliegenden Dokumente keinesfalls, daß die Planungen Auftakt zu einem geplanten *Vernichtungsprogramm* gewesen wären, das mit Auschwitz vergleichbar sein könnte. Das NS-Vernichtungsprogramm gegen das europäische Judentum bleibt daher von einer eigenen, unvergleichlichen Qualität. Die Gleichsetzung des Antisemitismus der SU *spezifisch* mit dem deutschen — mit *Auschwitz* — ist nicht belegbar, diese Gleichsetzung vorzunehmen bewirkt eine Relativierung des *spezifischen Vernichtungsprogramms* Auschwitz.

Auschwitz und Wertanalyse

Anders als in der Propaganda des Kalten Krieges stellt Manfred Dahlmann "totalitäre Herrschaft" und bürgerliche Demokratie nicht als ausschließende Gegenbegriffe einander gegenüber. Anders auch als Hannah Arendt sieht er in "totaler Herrschaft" vielmehr die vollständige Verwirklichung jener Prinzipien, die in der entwikkelten kapitalistischen Gesellschaft angelegt seien.

Dahlmann kritisiert Hannah Arendt, die eine Verselbständigung der Ideologie in der Einheit von Wille und Tat als ein vom "Kapitalismus" unabhängiges Phänomen beschreibt. Arendt sehe, führt er in "Kritik und Krise" aus (5), Wertproduktion als eines von mehreren denkbaren Gewaltverhältnissen, ordne mithin "Wert" der Dimension "Gewalt" logisch unter. Dahlmann verweist im Gegenzug darauf, im Kapitalismus sei allein die Wertproduktion synthetisierend. Auch das NS-System sei dieser Synthetisierung unterworfen gewesen, weshalb jede Gewaltanwendung auf sie bezogen, ihr untergeordnet bleibe. Die Selbstbewegung der Gewalt in "totaler Herrschaft" sei, kehrt er Arendts Hierarchie um, nichts als eine spezifische Verwirklichung der Selbstbewegung des Wertes.

Wenn Dahlmann darauf verweist, daß beide, Wertproduktion wie totale Gewaltherrschaft, jeweils eine *Selbstbewegung* vollzögen, leistet er indes zunächst einmal nicht mehr, als eine *Analogie* aufzuzeigen. Dieser Analogie gibt Dahlmann in seinen Texten aber den Stellenwert einer *Analyse*. Er erklärt nicht, wie die genannten "Selbstbewegungen" auseinander entstehen und aufeinander bezogen sein sollen. Dennoch zieht er aus seinen Vorgaben weitreichende Schlüsse: Er behauptet nämlich, daß Gewalt, daß "totale Herrschaft", wenn sie der Wertproduktion unterworfen sei, *jegliche Eigengesetzlichkeit verliere*.

Das aber macht seinen ganzen Ansatz so problematisch. Was einmal das *Spezifische* von Auschwitz beschreiben sollte — "Selbstbewegung" der Vernichtung — wird bei Dahlmann der "Selbstbewegung" des Kapitals gedanklich so zugeordnet, daß nebensächlich wird, ob sich ein System des Mordens oder der Geldwirtschaft "verselbständigt" hat.

Form und Inhalt...

Zu Beginn seines Bahamas-Textes unterscheidet Dahlmann zwei gegensätzliche Denkweisen bei Linken: Verstricken sich die einen in *"Realanalyse"*, geben andere der *"Formanalyse"* den Vorzug. Er will damit auf den Gegensatz hinaus: hier Politizisten — dort Vertreter der kritischen Theorie. Mit seiner Auftrennung erliegt Dahlmann einer Dichotomie bürgerlichen Denkens, die "konkrete" und "abstrakte" Seiten der Theoriebildung nicht zusammenzufügen vermag. Welchen Sinn eine *Formanalyse* machen könnte, die nicht *Realitätsgehalt* (*auch* empirisch überprüfbaren) in sich aufnimmt, bleibt schleierhaft.

Im Schlußabsatz seines Textes schreibt Dahlmann dann: *"...totale Herrschaft ist keine neue Form von Herrschaft, sondern 'nur' die endgültige Form von Vergesellschaftung: des Kapitalismus. Die spezifische Differenz zwischen demokratisch-pluralistischen oder bürokratisch diktatorischen Herrschaftsweisen und totalitären Gesellschaften liegt ... nicht in der Form, sondern betrifft allein Inhaltliches: Indem die totale Herrschaft alle in den ihr vorangegangenen Gesellschaften, wie rudimentär und verfremdet auch immer, noch existierenden menschlichen Inhalte zerstört, wird sie zu dem, was der Kapitalismus seinem Wesen nach immer schon ist, wird zur reinen Form der Selbstbewegung des Werts."* Die Nachfolgegesellschaft, die Bundesrepublik, wird als ein System "totaler Vergesellschaftung" beschrieben: in sie geht ein, daß das totalitäre System alle ehemals "noch existierenden menschlichen Inhalte zerstört" habe.

Dahlmann kommt es auf die *Formanalyse* an, und nach ihr sind totale Herrschaft und totale Vergesellschaftung einander *gleichzusetzen*. Er gibt zwar zu, daß das eine Mal total gewirtschaftet, das andere Mal totalitär gemordet wird, doch erscheint seinem formanalytischen Kopf diese *inhaltliche*, realanalytische Differenz unwichtig. Daher ***muß*** Dahlmann die Perspektive der Auschwitz-Opfer abweisen, es ***kann*** seinen Text gar nicht interessieren, was an Auschwitz spezifisch sein könnte. Er genügt sich in der Analogie der "Selbstbewegungen"; auf die Idee, daß "Auschwitz" Eigenheiten innewohnen, die nicht in allgemeiner Wertanalyse aufgehen — die mithin als eigene *"Form"* zu untersuchen wären! — kommt er erst gar nicht.

Sein Denken führt übrigens nicht nur zur unangemessenen Rede über Auschwitz. Auch die Analyse von "Wertproduktion" wird ihres spezifischen Gehalts entleert. Um "Gewalt" unter "Wert" subsumieren zu können, faßt nämlich Dahlmann als "Wert" einfach allgemein ein Prinzip der abstrakten Selbstbewegung. Mit einer solchen Definition entfernt er sich völlig von den Marxschen Bestimmungen von "Wert". Er negiert z.B. implizit die Kopplung von Wert- und Gebrauchswertproduktion und das von Marx für "Wert" benannte Maß der durchschnittlichen gesellschaftlichen Arbeitszeit.

Dahlmanns Denken ist bestimmt durch eine Formanalyse, durch die das "Totale" an der "Vergesellschaftung" jedenfalls in der BRD mit der vorausgegangenen totalen NS-Herrschaft gedanklich eins wird. Letztlich wird ihm tatsächlich Stammheim zu Auschwitz: das Desaster eines Ansatzes, der einmal gegen Geschichtsrelativierung antreten wollte.

Berthold Brunner

Anmerkungen:

1) Vgl. Peter W. Schulze, Herrschaft und Klassen in der Sowjetgesellschaft. Die historischen Bedingungen des Stalinismus, Frankfurt/New York 1977

2) Dan Diner, Nationalsozialismus und Stalinismus. Über Gedächtnis, Willkür, Arbeit und Tod, in: Babylon, Nr. 10/11 1992

3) In: Hanna Krall, Dem Herrgott zuvorgekommen, Frankfurt am Main 1992, S. 9 f

4) Vgl. dazu: Louis Rapoport, Hammer, Sichel, Davidstern, Berlin 1992

5) Vgl. Totale Vergesellschaftung und totale Herrschaft. Zur Kritik der Totalitarismustheorie Hannah Arendts, in: Kritik und Krise 6/93, S. 31ff

Die Farbe der Schwarzen

In den brasilianischen Impressionen des Amerigo Vespuccio heißt es noch 1502:" Wir fanden das Land von Menschen bewohnt, die völlig nackt gingen ... die Farbe ist weiß." Wulf Hund führt eindrucksvolle Aussagen spanischer und italienischer Seefahrer und Eroberer des 15. und 16. Jahrhunderts an, die an den Ureinwohnern Amerikas so ungefähr alle Hautschattierungen bemerken, diese aber abhaken, als ginge es um die Hautschattierung eines Bauern oder Bauarbeiters im Hochsommer oder heutzutage jedes Mallorca-Urlaubers. Erst im 18. Jahrhundert weist Linné auf seiner rassistischen Farbskala diesen Hautschattierungen einen eigenen Platz zu — ab diesem Zeitpunkt bis Hollywood sind die Indianer rot und die Hautfarbe ein Erkennungsmerkmal angeblicher rassischer Zugehörigkeit. Wulf Hund führt aus, daß dieses Schicksal des homo americanus auch vom homo asiaticus geteilt wird, der seinerseits gelb wird. Wulf Hund kennzeichnet diese von Hautfarben ausgehende Rassentypologie als Resultat eines komplexen Produktionsvorganges, bei dem die Indianer schließlich sich selbst für rot halten.

Die "Schwarzen" schufen wahrscheinlich nach Wulf Hund das Modell für die Farbgebung einer sozialen Haut. Denn waren die Mohren noch am venezianischen und englischen Hof edel und angesehen genug, um als Wissenschaftler und Feldherren zu dienen, wird mit der starken Nachfrage nach afrikanischen Sklaven ab dem 16. Jahrhundert die dunkle Hautfarbe mehr und mehr mit der Sklaverei zusammengeschweißt und die soziale Kategorie des "Schwarzen" erzeugt. Die Farbe des "Schwarzen" kann deswegen nicht in der Epidermis nachgewiesen werden. Sie ist vielmehr in sozialen Strukturen, Beziehungen und Mentalitäten zu finden. (Dankenswerterweise führt Hund einige der interessantesten und abenteuerlichsten Theorien über die Hautfarbe vom 16.-18. Jahrhundert auf).

Das Wirken des schon aus der Antike bekannten und noch heute virulenten sozialstrukturellen Rassismus (die Natur bringt Herren und Sklaven hervor) auf der Folie des farbigen Rassismus erzeugt nicht nur eine Aufwertung sozialer Gruppen, die selbst rassistischer Diskriminierung unterliegen, sondern in der Eingrenzung der weißen Rasse wirkt sie auch Verschwisterungstendenzen der einheimischen Entrechteten mit den Entrechteten aller Länder entgegen. Auf dieser Basis unterstützt der farbige Rassismus so vor allem die Bereitschaft, die historische "Einladungskarte" zur Nationalstaatsbildung anzunehmen. Die Belohnung ist die Teilhabe an der weißen Kulturnation.

Daß der farbige Rassismus ein Machtmittel ist und nicht aus dem Zusammenhang von Moral, Politik und Ökonomie zu denken ist, wurde schon früh erkannt. Wulf Hund zitiert Antoine Barnave, der sich 1791 auf Haiti (30.000 Weiße, 400.000 "Schwarze") Gedanken über die Auswirkungen der Ideen der französischen Revolution machte: "Im Augenblick, wo der unaufgeklärte Neger, der nur durch greifbare *Vorurteile* geführt werden kann, ... glaubt, daß er dem Weißen ebenbürtig ist, ... wird es unmöglich, die Folgen eines solchen Meinungsumschwunges zu berechnen. Man muß sich deshalb klar machen, daß es keine Ruhe, keine gesicherte Existenz mehr in der Kolonie gibt, wenn man diese moralischen Machtmittel antastet, die *Vorurteile*, auf denen ihre Existenz beruht."

Regina Behrendt

Wulf Hund, Die Farbe der Schwarzen. Über die Konstruktion der Menschenrassen, Blätter für deutsche und internationale Politik 8/93

"Ein feste Burg..."

In der Reihe DISS-Texte erschien eine Untersuchung über den rassistischen Gehalt des Artikelkomplexes "Die Wunden Europas" in der Magazinbeilage der Süddeutschen Zeitung. Speziell ein Beitrag des Humanethologen Irenäus Eibl-Eibesfeldt wird untersucht.

Eibl-Eibesfeldt ist ein ausgewiesen rechter und rassistischer Wissenschaftler, insofern mag es müßig erscheinen, gerade ihm rassistische Positionen nachzuweisen. Da sein Ansatz , evolutionäre Prozesse und kulturelle Entwicklungen gleichzustellen, jedoch zunehmend bis in links-intellektuelle Kreise hinein diskutiert wird, kann es durchaus interessant sein, seine Argumentationsmuster genauer zu analysieren. Zumal im vorliegenden Fall sein Textes in der als liberal geltenden "Süddeutschen Zeitung" erschienen ist.

Looses Ausgangspunkt ist eine Kritik an der vorherrschenden Presseberichterstattung, die "sich vorwiegend auf die Folgen des Rassismus konzentriert, weniger aber auf seine Ursachen." Was zur Folge hat, "daß sehr viele Menschen Rassismus nur noch in Verbindung mit Gewalt als solchen wahrzunehmen in der Lage sind, während die vermeintlich 'friedlich-passive' ausländerfeindliche Haltung vieler Menschen weit weniger stigmatisiert ist." Einen Grund dafür, daß "ausländerfeindliche und rassistische Haltungen und Denkmuster massenhaft anzutreffen sind, sieht er in der Rolle einflußreicher Wissenschaftler, die Üoft indem sie ihre Popularität und damit ihren leichten Zugang zu den Menschen nutzen, bei der Produktion und Reproduktion solcher Haltungen" mitwirken. Dies soll anhand des Artikels von Eibl-Eibesfeldt exemplarisch aufgezeigt werden.

Eibl-Eibesfeldt bekennt sich in seinem Aufsatz zur "multiethnischen Weltgemeinschaft", die er in der "friedlichen Koexistenz" "zwischen territorial verwurzelten Ethnien" verwirklicht sieht. In einer "multiethnischen Immigrationsgesellschaft" hingegen sei "ein harmonisches Miteinander" kaum erreichbar. Darauf aufbauend versucht er, eine fremdenfeindliche, rassistische Haltung als natürliche überlebenswichtige Abwehrreaktion zu kultivieren.

Ingo Loose seziert den Artikel schrittweise. Zunächst werden die inhaltliche und formale Struktur offengelegt. Dann geht er die Sätze Stück für Stück durch und klopft sie auf ihren inhaltlichen Gehalt ab, sowohl was die unmittelbare Aussage angeht, als auch was den textlichen und gesellschaftlichen Kontext und mögliche Assoziationen betrifft. Das Schwergewicht der Untersuchung liegt darauf aufzudecken, wie Eibl-Eibesfeldt seine Position zu verkaufen sucht. Angefangen bei sprachlichen Tricks wie Fachbegriffen und Formulierungen in Feststellungsform, die Wissenschaftlichkeit vorgaukeln, sowie der Häufung von "wir"-Sätzen, die die LeserInnen mit einbinden sollen, über Begriffe, die bewußt auf rassistische Assoziationen anspielen, bis hin zum Gesamtkontext von Texten und Bildern, in dem der Beitrag steht.

Dabei weist Loose nach, wie die Redaktion durch Bildauswahl, redaktionelle Einleitungen und Überschriften das Szenario eines massiv bedrohten Westeuropas noch verstärkt und so eine "Festung Europa" gegen die Belastung durch "Völkerwanderungen, Umweltzerstörung, Religionskriege, organisiertes Verbrechen propagiert".

Karakal

Ingo Loose, "Ein feste Burg...", Wie eine Süddeutsche Zeitung das Hohelied von der "Festung Europa" singt, DISS-Texte Nr. 26, Duisburg 1993, 7 DM

Gegen Orthodoxie und Sozialdemokratisierung

Zum Buch "Die Wissenschaft vom Wert" von Michael Heinrich

Durch den Bestseller "Der Kollaps der Moderne" von Robert Kurz und die Aufsätze von Moishe Postone zum Antisemitismus ist ein breiteres Publikum auf einen Aspekt des Marxschen Werkes aufmerksam geworden, der in der orthodoxen Rezeption eher en passant behandelt wird: die Wertkritik. Das Buch des ProKla-Redakteurs Michael Heinrich ist gut dazu geeignet, in diesen Ansatz grundsätzlich einzuführen und seinen zentralen Stellenwert herauszuarbeiten.

Die wissenschaftliche Revolution von Marx sieht der Autor nicht in Krisenprognostik oder Rezepten zum Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft, sondern in der "Kritik der politischen Ökonomie" (so der Untertitel des "Kapital"), also einem destruierenden Verfahren. Dadurch habe Marx die Kategorien und Voraussetzungen der bürgerlichen Ökonomie gründlich demontiert und so ein ganz neues "wissenschaftliches Feld" erschlossen. Gegenüber dieser Pioniertat seien die Einzelanalysen, die Marx in diesem neuen Feld versucht habe, weniger wichtig, zuweilen sogar fehlerhaft.

Abschied von bürgerlicher Ökonomie

Von den Kategorien, mit denen Marx bricht, seien an dieser Stelle zwei erwähnt, in denen auch ein Gutteil der heutigen Linken befangen ist. Zum einen der "Anthropologismus": Bürgerliche Nationalökonomie geht immer von einem nicht weiter begründeten Menschenbild aus, etwa wenn Adam Smith vom Menschen als geborenem Händler spricht. Während Marx in den Frühschriften diese Methode noch übernimmt und lediglich mit anderen Vorzeichen versieht, nämlich dem bürgerlichen ein eigenes, "nichtentfremdetes" Menschenbild gegenüberstellt, verzichtet er in seinem ökonomiekritischen Hauptwerk (ab 1857) auf diesen normativen Ansatz. Marx mißt die kapitalistische Vergesellschaftung dann nicht mehr an irgendeinem humanistischen Ideal, sondern behauptet "nur noch", daß sie anders erscheint, als sie ist.

Zum anderen lehnt er den "Individualismus" ab: Die bürgerliche Ökonomie suggeriert, die Gesellschaft sei die Summe des (Tausch-)Handelns einzelner Personen. Für Marx ist nicht der Wille der Individuen determinierend, sondern das Wertgesetz, das sich hinter ihrem Rücken durchsetzt. Aus dieser Marxinterpretation folgt aber keineswegs eine "Subjektlosigkeit", wie Alfred Schmidt unterstellte. Marx will die Menschen nicht von der Verantwortung für ihr Tun freisprechen, sondern die Gravitationskräfte aufzeigen, die auf sie einwirken. Vereinfacht ausgedrückt: Das Wertgesetz schlägt die Individuen über seine ökonomischen Forderungen und die erzeugten Formen "falschen Bewußtseins" in seinen Bann — die kommunistische Kritik entzaubert die Mystifikationen der Warengesellschaft und trägt so dazu bei, daß die Menschen den Bann sprengen und zu Subjekten ihrer Geschichte werden können.

Kritik an Marx und Engels

Heinrich wirft Marx allerdings vor, nicht immer konsequent mit den bürgerlichen Kategorien gebrochen zu haben. So will er Schlacken der Nationalökonomie in Marx' Werttheorie ausgemacht haben.

Marx' Prämisse ist unstrittig: Wertmaßstab ist die in den jeweiligen Waren kristallisierte abstrakte Arbeit. Der Dissens beginnt da, wo Marx und Engels diese Arbeitszeitquanta physiologisch-naturalistisch bestimmen, etwa als die verausgabte Menge von "Nerv, Muskel, Hirn". Dies gehe — so Heinrich — davon aus, daß der Warenwert schon vor dem Austauschprozeß fixiert sei. Tatsächlich würden, wie Marx an anderer Stelle auch beweise, die Waren erst beim Austausch aufeinander bezogen und wertmäßig fixiert, und zwar durch das Geld. Die abstrakte Arbeitszeit sei demnach kein physiologisch bestimmbarer Begriff, sondern eine gesellschaftliche Determinante; gemessen würde sie nicht in Kalorien (wie Heinrich den "prämonetären" Marxisten spöttisch unterstellt), sondern in Geld.

Die "monetäre Werttheorie", die Heinrich als den korrekten Ansatz aus Marx herausdestilliert, verabsolutiert meiner Ansicht nach die Rolle des Geldes: es erscheint als das böse Allmächtige der Gesellschaft, ohne jede materielle Anbindung. Der Autor treibt die These auf die Spitze, indem er auch Marx' Ableitung des Geldes als Ware ablehnt: Es gebe keine Geldware, sondern nur Geldzeichen. Nur so sei das Geldsystem der Gegenwart, das die Golddeckung der Währungen aufgehoben habe, zu begreifen. (1)

Sozialismus

Ein hochinteressantes Kapitel über die Widersprüche zwischen der Kapitalismuskritik der Klassiker und ihren Hinweisen zum Aufbau des Sozialismus schließt das Buch ab. Wenn man die "frühen" Schriften, denen noch eine moralisierende Ökonomiekritik zugrundelag, wegläßt, so äußerten sich Marx und Engels nur zweimal etwas ausführlicher zur Funktionsweise der angestrebten Gesellschaft, nämlich Engels im "Anti-Dühring" und Marx in der "Kritik des Gothaer Programms".

Engels konstatierte den Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen als Motor einer sozialistischen Revolution, die endlich dem gesellschaftlichen Charakter der ersteren Rechnung tragen und sie in Gemeineigentum überführen werde. Ausgeblendet wird hierbei, daß der kapitalistische Charakter der Produktionsweise nicht in dem von Engels konstatierten Widerspruch liegt, sondern darin, daß Produktion und Reproduktion der Verwertung des Wertes subsumiert sind. Dieser Verwertungszwang setzt Imperative, die sich auch nicht ändern, wenn die Wirtschaft z.B. vom Staat gelenkt wird.

Nach Marx sollen im Sozialismus dieselben Austauschgesetze wie im Kapitalismus gelten, die Wertbestimmung durch die Arbeitsquanta: "Es herrscht hier offenbar dasselbe Princip, das den Warentausch regelt ... es wird gleich viel Arbeit in einer Form gegen gleich viel Arbeit in einer anderen getauscht." Zum Arbeiter heißt es: "Dasselbe Quantum Arbeit, das er der Gesellschaft in einer Form gegeben hat, erhält er in der anderen zurück." Der einzige Unterschied zwischen den beiden Gesellschaftssystemen wäre dann der, daß sich im einen Fall die Austauschrelationen anarchisch herstellen, im anderen fürsorglich geplant. Auch in dieser Konzeption erkennt Heinrich Überreste des "prä-monetären" Denkens: Wer die kapitalistischen Maßstäbe der Warenwerte beibehalten, aber gleichzeitig auf den Markt verzichten will, geht offensichtlich von der Vorstellung

Fortsetzung nächste Seite unten

Traditioneller Marxismus und kritische Theorie

Eine Kritik gängiger Werttheorie von Brick/Postone

Das Thema "marxistische Wertkritik" füllt gegenwärtig eher die linken Veranstaltungssäle als Diskussionsangebote über "politische" Themen. Nachdem jahrelang bewegungspolitisches Engagement im Vordergrund stand, besteht Nachholbedarf in der Erarbeitung theoretischer Grundlagen des Marxismus. Beiträge zur "Wertkritik" werden dabei indes oftmals ob des gemeinsamen Themas fast wie eine einheitliche Schule aufgefaßt, die sich gegen die "Politizisten" formiere. Daß sich AutorInnen mit der Marxschen Wertkategorie beschäftigen, begründet aber noch keinen gemeinsamen theoretischen Fundus — selbst dann nicht, wenn die verschiedenen Beiträge gleichermaßen eine Kritik an ML-Traditionen oder am "traditionellen Marxismus" formulieren wollen.

Eine Differenz ergibt sich beispielsweise um die These, die Marxsche Theorie sei in ihrer Trennung von Wert und Preis für überholt zu erklären. Verschiedene aktuelle AutorInnen halten die kategoriale Unterscheidung für eine Spitzfindigkeit, die logisch keinen Sinn mache, oder schwächen sie jedenfalls ab. Solchen Vorstößen stehen die Positionen eines bereits 1982 veröffentlichten Aufsatzes von Moishe Postone und Barbara Brick exakt entgegen. Er soll im folgenden — notwendig sehr verkürzend — dargestellt und zur Lektüre empfohlen werden.

Kritik des "traditionellen Marxismus"

Brick/Postone kritisieren in ihrem Text Denkschulen, die sie unter dem Begriff "traditioneller Marxismus" zusammenfassen. Damit ist nicht nur die "ML-Bewegung" gemeint, sondern beinahe alle "marxistischen" Traditionslinien werden darunter subsumiert. Als gemeinsamen Ausgangspunkt des kritisierten "Marxismus" machen Brick/Postone eine unzureichende Definition von "Kapitalismus" aus.

Als "Kapitalismus" sei zumeist ein System verstanden worden, das sich aus zwei Merkmalen erschließen lasse: aus dem Privateigentum an Produktionsmitteln und dem Vorherrschen von Marktverhältnissen. Danach ermöglichte der marktwirtschaftliche Kapitalismus zwar die Entfaltung der industriellen Produktionsweise, ihre Weiterentwicklung aber wird als zunehmend durch marktwirtschaftliche und privatkapitalistische Organisationsformen gehemmt angesehen. Der Kapitalismus, so beschreiben Brick/Postone "traditionellen" Fortschrittsoptimismus, schaffe (nicht zuletzt durch Zentralisation) die Voraussetzung für eine politische Revolution, die dieses Hemmnis aufheben könne.

In dieser Vorstellungswelt, kritisieren sie, gelte die fortgeschrittene industrielle Produktion nicht nur als materielle Basis des Sozialismus, sondern Sozialismus werde mit ihr geradezu identifiziert — statt unter Sozialismus *die* umfassende *Umwälzung, Revolutionierung* der Produktion zu verstehen. Industrielle Produktion wird nicht mehr selbst als gesellschaftlich bestimmt, als kapitalistisch an sich begriffen. Als "kapitalistisch" gälten vielmehr mit Markt und Privateigentum Faktoren, die im Grunde als der Produktion *äußerlich* gefaßt werden. Der Kernbereich, der den Kapitalismus ausmacht, findet sich so in der Sphäre der Distribution. Mit der Affirmierung der Industrieproduktion geht einher, daß die im Kapitalismus geleistete *Arbeit* bereits als Keimzelle sozialistischer Bestrebungen begriffen wird. Aus der Marxschen Idee der *Abschaffung* des Proletariats wird die Vorstellung, Sozialismus sei als deren *Selbstverwirklichung* aufzufassen.

Die Verkennung der Marxschen Sichtweisen im "traditionellen Marxismus" gründet für Brick/Postone in einer verkürzten Rezeption der Kategorie Wert: *"Was den Kapitalismus kennzeichnen soll, ist, daß Reichtum mit Hilfe des Marktes (Wert) verteilt und vom Kapitalisten angeeignet wird (Mehrwert)."* (S. 200). Damit werde "Wert" wiederum als eine *Distributionskategorie* gefaßt. Es werde nicht begriffen, daß Marx Wert aber — viel weitgehender — als jene spezifische *Form des Reichtums* definiert habe, die den Kapitalismus definiere und auch die Produktion durch und durch strukturiere.

Jene Theorieschulen, die die Bestimmung von "Wert" heute unmittelbar an den Preis binden wollen, vollenden die von

---

Fortsetzung von voriger Seite

aus, die Waren hätten ihre Werte schon vor dem Tausch gegen Geld.

Aus dem Scheitern der "prä-monetären" Planungsdiktaturen wird im Neuen Denken der Sieger und ihrer Adepten der Schluß gezogen, daß die Wertlogik ihre positive Wirkung nur über die ihr gemäße Vermittlungsinstanz, den Markt, vollbringen könne.

Und nun?

Auch Heinrich ist sich unschlüssig, ob er den Chimären einer "sozialistischen Marktwirtschaft" nachjagen oder die ungewisse Reise zu einer Planökonomie, die dem "monetären" Charakter der Warenwerte Rechnung trägt, vorschlagen soll.

Die grundsätzliche Aufhebung der Planungsaporien des "Realsozialismus", nämlich der Bruch mit der Wertlogik, verschwindet bei ihm in einer Fußnote. Schwerer wiegt, daß dieser Bruch auch bei Marx selbst erst für eine spätere Phase der neuen Gesellschaft vorgesehen ist. Dabei ist sein kommunistisches Motto "Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen" schon heute für eine Milliarde Menschen existentielle Notwendigkeit: Sie (und ihre Produkte) sind auf dem Weltmarkt "nichts mehr wert", können also nicht einmal mehr die Lebensmittel eintauschen. Letzte Ausfahrt Mogadischu — und kein Kommunismus in Sicht.

Jürgen Stuttgart

Michael Heinrich, Die Wissenschaft vom Wert, VSA-Verlag, Hamburg 1991 (272 Seiten, 34,- DM)

Anmerkung:
1) Dennoch konzentriert sich Heinrich m.E. in seiner Kapitalismus-Kritik nicht allein auf die Zirkulationssphäre. "Wert" und "Preis" bleiben ihm zwei getrennte Kategorien, und damit kann "Wert" weiterhin im Bereich der Produktion verlotet werden. Im Geld realisiert sich nach dieser Lesart die Wertgröße — aber nicht der Wert selbst. Ich stelle mir das von Heinrich skizzierte Verhältnis Wert/Geld so vor wie das Verhältnis Masse/Gewicht: Meßbar in Kilopond ist nur das Gewicht, und das hängt von den unterschiedlichen Gravitationskräften der Planeten (will heißen: den unterschiedlichen Maßstäben der jeweiligen Gesellschaften) ab und ist nicht vorab aus der Masse ableitbar.

Brick/Postone kritisierten Tendenzen des "traditionellen Marxismus". Wenn der Wert mit dem Preis, mit der in der Distribution empirisch erzielten Geldsumme, in eins gesetzt wird, richtet sich der antikapitalistische Protest gegen die "Wertproduktion" endgültig bloß mehr gegen Verteilungsformen — es geht verloren, was Brick/Postone gerade als das theoretische Zentrum des Marxschen "Kapitals" begreifen.

Kritik der kritischen Theorie

Doch nicht der "traditionelle Marxismus", sondern die "Kritische Theorie" ist der eigentliche Gegenstand des besprochenen Textes von Brick/Postone. Genauer: Brick/Postone suchen nachzuweisen, daß die Kritische Theorie in ihren Ursprüngen die problematischen Prämissen des "traditionellen Marxismus" übernommen habe und daß diese Anleihen eine grundsätzliche Problematik jener Denkrichtung begründen.

Bezugspunkt sind vor allem Texte Friedrich Pollocks aus den 30er und frühen 40er Jahren, auf deren politökonomische Analysen sich Horkheimer, Adorno und Marcuse bezogen hätten. Pollock sah im NS-System, das er untersuchte, sowohl Marktwirtschaft als auch das Privateigentum an Produktionsmitteln tendenziell aufgehoben. Beides galt ihm als noch feststellbar, aber von planwirtschaftlichen Elementen und einem Primat der Politik überlagert. Pollock konstatierte daher den Übergang zu einem Staatskapitalismus, der als *ökonomische* Formation dem Sozialismus gleiche. Er stellte fest, daß die Hoffnungen auf eine befreite Gesellschaft sich im NS-System in ihr Gegenteil verkehrten. Da ökonomisch NS-System und Sozialismus einander ähnelten, konnte eine Befreiung aber nicht mehr der "Ökonomie" entspringen, sie galt ihm vielmehr als bloß *politischer* Akt, der ökonomischen Verhältnissen äußerlich bleiben mußte.

Brick und Postone lassen dahingestellt, ob Pollocks Analyse des NS-Systems als Staatskapitalismus zureicht. Sie sind an einem dahinterliegenden Problem interessiert. Zwar erkenne Pollock, so Brick/Postone, daß die bloße Abschaffung von Privateigentum und Marktwirtschaft nicht befreiend wirken müsse, und er überwinde insofern den "traditionellen Marxismus". Dessen Prämissen aber habe Pollock nicht in Frage gestellt: Auch er definiere die kapitalistische Ökonomie verkürzend aus diesen beiden Merkmalen.

Aus dem Zusammenspiel dieser beiden Faktoren erklären Brick/Postone den *Pessimismus* der Kritischen Theorie, wie er in den frühen Schriften Max Horkheimers seine Ausprägung finde. Horkheimer konnte auf Grund der übernommenen Kategorien "Kapitalismus" nur noch als eine unveränderbare Totalität begreifen. Der Wunsch nach einer Aufhebung der Totalität ließ sich für ihn innerhalb dieses unveränderlich scheinenden Ganzen nicht mehr verorten. Um dennoch eine Fundierung für die kritische Grundhaltung zu gewinnen, suchte Horkheimer Zuflucht in paradoxen Formulierungen: Horkheimer, so Brick/Postone, habe nicht nur *"Emanzipation außerhalb der Geschichte"* angesiedelt, sondern sich gezwungen gefühlt, eine *"Disjunktion"*, ein Auseinanderfallen, *"zwischen Begriff und Gegenstand"* zum Hoffnungsträger zu machen, um solcherart *"die Möglichkeit von Emanzipation zu retten"* (S. 227). Dies sei nicht überzeugend: Eine Disjunktion zwischen Begriff und Gegenstand impliziere immer einen neuen Begriff, der ergriffen werden könne: Das eigentliche Problem Horkheimers liege in seinen theoretischen Prämissen.

Diese Ausführungen Bricks und Postones eröffnen einen interessanten Ausblick auch auf aktuelle VertreterInnen der "Kritischen Theorie". Dreh- und Angelpunkt in Texten z.B. der Freiburger "Initiative Sozialistisches Forum" ist die These von der *"totalen* Vergesellschaftung" — damit ist eben gerade eine *Totalität* beschrieben, in der kein innerer Widerspruch mehr die Möglichkeit ihrer Aufhebung bereithalten könnte. Tatsächlich ist in ISF-Texten die Problematik, die eigene kritische Grundhaltung nicht materialistisch verorten, sondern nurmehr idealistisch setzen zu können, immer wieder fast mit Händen zu greifen.

Der Wert und sein Zeitmaß

Brick/Postone betonen, "Totalität" dürfe nicht im Hegelschen Sinne als unaufhebbar, sondern müsse mit Marx so begriffen werden, daß ihre Vollendung auch ihre Überwindung bereithalten könne. Sie greifen bei ihrer Reinterpretation der Marxschen Werttheorie auf eben jene Elemente zurück, die reformistische ÖkonomInnen heute gänzlich eliminieren wollen. Sie rükken ins Zentrum des Interesses, daß Marx Wert eben nicht über den "Preis", sondern über die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit definiert. Das Wertmaß ist eine Funktion der Arbeitszeit und nicht der Masse der produzierten Produkte.

In diesem Maß kommt zum Ausdruck, daß Wert nicht nur Form des gesellschaftlichen Reichtums ist, sondern gleichzeitig Form der gesellschaftlichen Vermittlung. "Arbeit" im Kapitalismus ist nicht nur gemeinschaftliche produktive Tätigkeit, sondern sie ist zusätzlich *"Medium gesellschaftlicher Beziehungen, die in anderen Formationen offen als solche existieren"* (S. 203). Die Zeitbestimmung des Wertes bewirkt einen *"Tretmühleneffekt"*, zwingt, unabhängig vom Produktionsniveau, *"zu immer weiterer Verausgabung"*. Diesen Effekt analysieren Brick/Postone am Einzel-Arbeitsverhältnis; sie bewerten ihn indes als noch dominanter, betrachtet man das Kapital, den *"selbstverwertenden Wert"*. *"Mehrwert"*, betonen sie, meine nicht nur, daß Mehrprodukt von Arbeitern geschaffen werde, sondern impliziere eine ganz besondere *"Logik des Wachstums"* und *"Form des Produktionsprozesses"*.

Eine Revolutionierung des Gesellschaftssystems impliziert für Brick/Postone daher nicht nur, Marktverhältnisse und Privateigentum an Produktionsmitteln zu beseitigen — auch unter solchen Bedingungen könnten nämlich kapitalistische Produktionsverhältnisse fortexistieren. Vielmehr müsse wieder stofflicher Reichtum zur gesellschaftlichen Form des Reichtums werden. Die Wertbasis, die Zeitbestimmung der Reichtumsproduktion, muß demnach außer Kraft gesetzt werden, um kapitalistische Entwicklungslogik nachhaltig zu durchbrechen.

Mit ihren Ausführungen eröffnen Brick/Postone einen überzeugenden kritischen Blick auf verkürzende Diskussionsstränge des "traditionellen Marxismus". Ihr Nachweis, daß auch die "Kritische Theorie" die Prämissen des traditionellen Marxismus übernommen habe, überzeugt in Bezug auf ihren Ursprung, auf zitierte frühe Texte Horkheimers. Der Text Bricks/Postones gibt allerdings wenig darüber Auskunft, inwieweit die Beobachtungen auf die "Kritische Theorie" *insgesamt* übertragen werden könnten. Mit ihren Anmerkungen zu einer Neuformulierung Marxscher Kategorien eröffnet der Text Bricks/Postones einen theoretischen Raum, den es erst auszufüllen gälte. Bislang existieren zu dieser Frage — neben dem hier besprochenen — lediglich einige kürzere Texte Moishe Postones (teils noch nicht aus dem Englischen übersetzt). Eine umfassendere Marx-Interpretation Postones steht aber dem Vernehmen nach kurz vor der (zunächst englischsprachigen) Veröffentlichung.

Berthold Brunner

Barbara Brick/ Moishe Postone, Kritischer Pessimismus und die Grenzen des traditionellen Marxismus, in: Bonß/Honneth (Hrsg.), Sozialforschung als Kritik, Suhrkamp, Frankfurt am Main 1982

Gesellschaft und Erkenntnis

Aufsätze zur materialistischen Erkenntnis- und Ökonomiekritik

Die Versuche einer "Rekonstruktion der Kritik der politischen Ökonomie", die in den frühen 70er Jahren von diversen linken Zirkeln und Individuen unternommen wurden, sind längst der Vergessenheit anheimgefallen — und zwar nicht, weil sich das Vorhaben als gescheitert erwiesen hätte oder die Diskussionen gegenstandslos geworden wären. Vielmehr wurde Mitte der 70er Jahre unter dem Vorwand einer Kritik des "Ökonomismus" jede ernsthafte Beschäftigung mit politischer Ökonomie ad acta gelegt — und daran hat sich bis heute nichts wesentliches geändert. Über Ökonomie zu sprechen, zumal in den Debatten um Rassismus und Geschlechterfrage, erntet entweder mitleidiges Kopfschütteln oder handelt sich den Vorwurf der Zurückgebliebenheit ein.

Insofern ist es mehr als begrüßenswert, wenn mit dem von Diethard Behrens im ça-ira-Verlag herausgegebenen "Gesellschaft und Erkenntnis" vor kurzem ein Buch erschienen ist, das sich, wie Behrens im Vorwort ausführt, gleichermaßen und polemisch gegen den "Marxismus-Leninismus" und seine Lesart der Marxschen Lehre als eines "Handbuch(es) der Volkswirtschaftslehre" wie gegen dessen oberflächliche Kritiker wendet. Auch der "westliche" oder "kritische" Marxismus gilt den Autoren nicht als gesicherter Traditionsbestand und wird kritisch zur Diskussion gestellt. Verbindendes Moment aller sechs Aufsätze ist das Bemühen, an ausgewählten Problemen den Kritik-Charakter der Marxschen Ökonomie-*Kritik* durchzubuchstabieren, wobei gilt: "Alle theoretische Kritik bedeutet eingreifendes Denken" — aber nicht im Sinne des instrumentellen Theorie-Praxis-Verständnisses des "Marxismus-Leninismus", sondern indem "im Zusammenhang politischer Bewegungen die eigenen Grundlagen thematisiert werden und so Selbstreflexion stattfindet..." (Diethard Behrens im Vorwort).

Einen in diesem Sinne "programmatischen" Charakter trägt der letzte Aufsatz des Buches, "Der kritische Gehalt der Marxschen Wertformanalyse", ebenfalls von Diethard Behrens. Er nimmt darin eine Analyse der ersten 100 Seiten des "Kapitals" vor, unter Bezugnahme auf die in der kritischen Marx-Literatur öfters erörterte Fragestellung, ob Marx als kritischer Arbeitswerttheoretiker in der Nachfolge von Smith und Ricardo zu begreifen ist. Resultat der Behrensschen Ausführungen: Der Wert, obwohl das bestimmende und zwingende Moment kapitalistischer Produktion, entzieht sich gleichwohl der rationalen Bestimmbarkeit, in dem Sinne, daß er sich nicht unmittelbar quantifizieren läßt. Insofern liegt bei Marx eine Kritik der Arbeitswerttheorie der klassischen Ökonomie vor, und die orthodox-marxistischen Theoretiker erweisen sich als bürgerliche, da sie den Wert als bündig zu definierende und gesellschaftlich planbare Größe unterstellten, wie die Unsinnsparole von der "planmäßigen Anwendung des Wertgesetzes" beweist. Behrens entzieht damit der Auffassung den Boden, die da meint, bei Marx liege eine positive Theorie vor, die nur noch in Praxis "umgesetzt" werden müsse; demgegenüber liege der revolutionäre Charakter der Wertformanalyse darin, daß die Wertform als eine verrückte Form nur gänzlich abgeschafft werden kann. Behrens' Aufsatz zeigt damit auch ganz nebenbei, daß die scheinbar weltabgewandte, esoterische Tüftelei an erkenntnistheoretischen und ökonomiekritischen Problemen äußerst praxisrelevante und brisante Sachverhalte zu Tage fördert.

Gleiches gilt für die übrigen Aufsätze des Bandes. Von ihnen seien noch kurz hervorgehoben die Texte von Harald Kerber und Kornelia Hafner. Erstgenannter referiert die erkenntnistheoretischen Grundfragen der Kantschen und Hegelschen idealistischen Philosophie und die materialistische Kritik abstrakter Erkenntnistheorie durch Marx sowie die Positionen kritischer Marxisten — Lukacs, Adorno, Sohn-Rethel und Habermas (der's nun allerdings nicht mehr sein will) — zur Erkenntniskritik. Obwohl der Text zuweilen arg "komprimiert" ist, möchte man ihn geradezu als "Grundlagentext" zur Einführung in die materialistische Erkenntniskritik empfehlen.

Gegenstand von Kornelia Hafners Aufsatz mit dem Titel "Gebrauchswertfetischismus" sind Publikationen dreier Autoren — Wolfgang Pohrt, Helmut Reinicke und Stefan Breuer —, die, jeweils eigenständig anknüpfend an die sogenannte "Kritische Theorie" sich darum bemüht haben, den Gebrauchswert als eine Schlüsselkategorie der Ökonomiekritik herauszuarbeiten, da in diesem festgehalten sei, was sich der Verwertungslogik des Kapitals tendenziell entziehe. Wenngleich die Pohrt-Kritik nicht immer zu überzeugen vermag — bei Reinicke und Breuer ist Hafner treffsicherer — so freuen einen doch polemische Verve und analytischer Tiefgang des Textes. Daß "Erkenntnis und Gesellschaft" ein absolutes Muß ist für all diejenigen, die sich mit Problemen der Ökonomiekritik beschäftigen, dürfte sich also von selber verstehen. Wünschenswerter wäre es freilich, Ökonomiekritik wäre nicht länger ein Stiefkind der Linken. Das wäre ein kleiner Fortschritt und dem Buch wäre eine weite Verbreitung gesichert.

cl.

"Erkenntnis und Gesellschaft. Zur materialistischen Erkenntnis- und Ökonomiekritik", herausgegeben von Diethard Behrens (278 Seiten, 35 DM) ist im gutsortierten linken Buchhandel erhältlich oder über: ça-ira-Verlag, Postfach 273, 79002 Freiburg

Nationalsozialismus — Postfaschismus

Besprechung des neuesten Heftes von "Kritik & Krise"

Das wiedererstarkte, in der Verfolgung und Ermordung von Ausländern barbarisch sich artikulierende "gesunde Volksempfinden" der Deutschen, die Renationalisierung der Politik vor dem Hintergrund einer sich verschärfenden ökonomischen Krise hat die Frage nach der Gefahr eines neuen Faschismus erneut aufgeworfen. Nicht nur in dieser Zeitschrift, sondern unter radikalen Linken im allgemeinen wird deshalb seit geraumer Zeit wieder verstärkt über Faschismus, Nationalsozialismus, Autoritären Staat und deren aktuelle Virulenz gestritten. Was dieser Debatte zusätzlich Nahrung gibt, ist, daß der auf agententheoretischen Annahmen fußende, auf linksgewirkte Volkstümlichkeit abonnierte und Auschwitz systematisch ignorierende Faschismusbegriff a la Dimitroff zunehmend als der Quatsch erkannt wird, der er ja auch ist.

Grund genug dafür also, daß man auf das neue Heft der von der Freiburger ISF herausgegebenen Zeitschrift "Kritik & Krise", das Mitte Juni als Nr.6 unter dem Titel "Nationalsozialistischer Staat — Postfaschistische Demokratie" erschienen ist, mehr als gespannt sein konnte. Leider ist es so, daß das Heft in einer Hinsicht etwas enttäuscht. So zeichneten sich die beiden vorangegangenen Nummern dadurch aus, daß in ihr "Grundsatztexte" enthalten waren, worin die jeweiligen Themen, anknüpfend an die "Kritische Theorie", ökonomie- und politikkritisch auf den Begriff gebracht wurden. Ähnliches — und das hätte geheißen: eine kritische Rekonstruktion der von Linken zumeist nur als hohle Floskeln eingesetzten Begriffe Faschismus, Nationalsozialismus und Autoritärer Staat, ihrer Gemeinsamkeiten und Differenzen — vermißt man als einen eigenständigen Text im neuen Heft.

Nicht jedoch, daß die übrigen Aufsätze des Heftes dies nicht wieder wettmachen würden, vor allem nicht, daß der Streit um die Spezifika von Faschismus und Nationalsozialismus nicht doch geführt würde — und zwar als bewußt so präsentierte Kontroverse über den Prüfstein jeglicher materialistischen Gesellschaftskritik: die Vernichtung der Juden unterm Nationalsozialismus. Was an dieser Kontroverse wohl tut, ist, daß sie jenseits der mit Vorliebe auf evangelischen Akademien und Laber-Symposien erörterten Fragestellung geführt wird, ob denn die "Endlösung" nun "rational" oder "irrational" war — beide Annahmen werden im Gegenteil als alternative Formen von Sinnstiftung und Ideologieproduktion kritisiert — und daß sie sich jeglichen stirnrunzelnden Moralisierens enthält.

Ilse Bindseil z.B. will in ihrem "Versuch über den Faschismus" betitelten Beitrag Auschwitz in eine "konkrete Theorie des Kapitalismus" einholen, und sie kommt in ihren Ausführungen zu dem Schluß, daß die nazistische Judenvernichtung keine "substantiell andere Qualität" indiziere, sondern "direkt in die komplexe Widersprüchlichkeit normaler kapitalistischer Rationalität mit ihrer ungeheuren — propagandistisch, bürokratisch oder gar nicht motivierten — Vergeudung zurück(führt)". Um eine allerdings gewichtige Nuance unterscheidet sich davon die im Einleitungsessay "Materialismus und Barbarei" vorgetragene Darstellung des Nationalsozialismus als der, wenngleich auf "das sich selbst als Mittel zum eigenen Zweck setzende Kapital" sich gründenden, so doch "negativen Aufhebung der bürgerlichen Gesellschaft" in die manifeste Barbarei, die sich, so wäre zu folgern, von der bürgerlichen Gesellschaft dann auch qualitativ unterscheidet. Ergänzt wird diese Debatte durch eine Auseinandersetzung mit den von Heim/Aly formulierten Thesen zur "Ökonomie der Endlösung" sowie durch den Wiederabdruck des Aufsatzes "Nationalsozialismus und KZ-System" von Wolfgang Pohrt.

Zwei andere Beiträge des Heftes beschäftigen sich mit den verschiedenen Versuchen von "Vergangenheitsbewältigung" bzw. "-aufarbeitung", wie es im linken Tranfunzeljargon heißt, und sie zählen zu den brillantesten des Heftes. So untersucht Gabriela Walterspiel in ihrem Aufsatz über "Das zweite Geschlecht und das 'Dritte Reich'" die Überlegungen feministischer Autorinnen zur Rolle der Frauen im Nationalsozialismus und fördert dabei Grausiges, vom Entlastungsbedürfnis getragenes Geschwafel zutage. Daneben leistet der Text eine profunde Kritik der Debatte um Differenz und Gleichheit — beide Forderungen werden als kapitalimmanent und -funktional dargestellt — und meldet lautstark Zweifel an der Tauglichkeit des "Patriarchats"-Begriffs überhaupt an.

"Kritik & Krise" enthält darüberhinaus zwei Beiträge aus aktuellem Anlaß, wovon insbesondere der Aufsatz von Bodo Schulze zu Asylrechtsänderung und neuem Rassismus sehr lesenswert ist — er bietet eine kritische Auseinandersetzung mit der oft und ergebnislos erörterten Frage, inwieweit deutsche Politik derzeit eher nach ökonomisch-"rationalen" oder politisch-völkischen Kriterien operiert. Hingewiesen sei schließlich noch auf einen Beitrag von Ulrich Enderwitz (Autor des Buches "Antisemitismus und Volksstaat"), der in Postones Antisemitismustheorie einen enthistorisierenden "linken Strukturalismus" erblickt.

Alles in allem: die kritische Schärfe, mit der auch in der neuen "Kritik & Krise" bürgerliche Vergesellschaftung und ihre Manifestationen zerlegt werden, lassen ihre Lektüre zum Erkenntnisgewinn werden. Und deshalb ist sie es wert, daß man sie sich anschafft.

cl.

"Kritik und Krise" Nr.6 "Nationalsozialistischer Staat — Postfaschistische Demokratie" ist zum Preis von 15.-DM im gutsortierten linken Buchhandel erhältlich oder über: ça-ira-Verlag, Postfach 273, 79002 Freiburg

